

Arbeiterpolitik

20. Jahrgang
28. März
1979
Nummer 2
2,- DM

INFORMATIONEN - DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

WIR FORDERN
DIE 35 STD.
WOCHE

Loderer über die protestierenden Vertrauensleute:
»Die da draußen haben mit der IG Metall nichts zu tun!«

Stahlarbeiter mischen mit!



Vorbemerkung:

Wir empfehlen, den folgenden Artikel in Zusammenhang mit der Chronik des Stahlstreiks (auf S. 13 dieser Ausgabe) zu lesen. — Auf gewerkschaftspolitische Fragen, die dieser Kampf aufgeworfen hat, gehen wir im Anschluß gesondert ein. — Es folgen Berichte von Streik- und Aussperrungsbetrieben sowie von Veranstaltungen. Wir werden diese Berichte in der nächsten Ausgabe fortsetzen. Die Redaktion

Bedingt durch die Erfahrungen mit Kurzarbeit und Belegschaftsabbau seit 1974 steht die Sorge um den Erhalt der Arbeitsplätze bei den Belegschaften der Stahlindustrie im Vordergrund jeder Überlegung. Aus diesem Grund wurden in der Vergangenheit niedrige Lohnabschlüsse hingenommen. Seit Beginn der Krise in der Stahlindustrie wurden in der BRD mehr als 42 000 Arbeitsplätze (12 Prozent) abgebaut.

Die Stahlarbeiter an der Saar bekommen die Auswirkungen der Krise bisher am deutlichsten zu spüren. Der Arbed-Konzern will die Stahlindustrie an der Saar zwischen 1974 und 1983 um rund 40 Prozent der Arbeitsplätze »gesundschrumpfen«. Bisher hatten die Konzerne das Geld, um den Belegschaftsabbau mit Hilfe von Sozialplänen zu betreiben. Der Arbeitsplatzabbau erfolgte, auch an der Saar, noch weitgehend ohne Massenentlassungen (siehe hierzu ausführlich die Artikel in Nr. 3 und 4/78 der »Arbeiterpolitik«).

Dies wie auch die neueste ökonomische Entwicklung verdeutlichen die Stärke des westdeutschen Stahlkapitals. Für 1978 erwartete man einen Zuwachs im Rohstahlausstoß im Vergleich zum Vorjahr von mehr als 9 Prozent. Man hofft, erstmals wieder die Schwelle von 42 Mill. t zu überschreiten. Diese Entwicklung ist wesentlich günstiger als die der anderen westeuropäischen Konkurrenten. So bescheinigte auch der EG-Stahlkommissar Davignon der westdeutschen Stahlindu-

strie auf der Konferenz der IG Metall im November 1978, am besten von allen auf die Meisterung der Krise vorbereitet zu sein.

In Frankreich (Lothringen) und Belgien dagegen mußte der Staat den Konzernen zu Hilfe eilen. Das Ergebnis in Frankreich war die defacto-Verstaatlichung der größten französischen Stahlkonzerne Usinor-Châtillon und Sacilor-Sollac. In Belgien konnte die Stahlindustrie nur durch eine Minderheitsbeteiligung des Staates saniert werden. In beiden Fällen bedeutet Sanierung natürlich Abbau eines großen Teils der Arbeitsplätze. Diese Staatseingriffe zugunsten ihrer Konkurrenten sind den westdeutschen Konzernen nicht recht, sie verschärfen den Druck auf ihre Profite.

Auch aufgrund dieser Eingriffe wird eine weitere Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen wiederum in der BRD stattfinden. Nur so können die westdeutschen Konzerne trotz der staatlichen Unterstützung ihrer Konkurrenten ihren Vorsprung halten.

Vor diesem Hintergrund ist die Aussage Loderers zu sehen, daß in der BRD bis 1985 jeder 3. Arbeitsplatz in der Stahlindustrie gefährdet sei.

Unter diesen Vorzeichen begann der erste Stahlstreik in der deutschen Stahlindustrie seit 50 Jahren.

Die IG Metall muß auf den Abbau in der Stahlindustrie reagieren

Wie ist die IGM-Führung in diesen Konflikt hineingeraten, den sie so nicht wollte und an den die Mehrheit der Stahlarbeiter im Betrieb gar nicht dachte, als sie zur ersten Urabstimmung gerufen wurde? Wer hatte die Arbeitszeitverkürzung in die Tarifverhandlungen gebracht?

Die Bedingungen sind heute andere als bei der Einführung der 40-Stunden-Woche, die in den 50er und 60er Jahren vom DGB gefordert und von den Einzelgewerkschaften mit den Unternehmen schrittweise ausgehandelt und in den meisten Tarifverträgen festgeschrieben wurden. Im Stahlkonflikt traten die Unternehmensleitungen der Stahlkonzerne der Forderung nach Einstieg in die 35-Stunden-Woche nicht nur als Vertreter der Stahlindustrie an Rhein und Ruhr und Bremen entgegen, sondern als Vorreiter der Gesamtwirtschaft, sie erhoben die Forderung zur Klassenfrage, somit zu politischen Frage. Die Gewerkschaften wollten die Verhandlungen wie Tarifverhandlungen seit eh und je führen. Zwar schlugen sich in ihren Forderungen die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse nie-

»Eine völlig neue Qualität«

Aus einem »Spiegel«-Interview mit Farthmann

Spiegel: Deutet sich in diesem Konflikt eine neue Dimension der Tarifpolitik an? Farthmann: »Wir beobachten diese Tendenz schon länger. Ich darf sie daran erinnern, daß dies der dritte Streik im Jahre 1978 ist, der nicht um Lohn geführt wird, sondern um den Schutz der Arbeitnehmer gegen mögliche Rationalisierungsfolgen. Ich glaube in der Tat, daß diese Konflikte ein Wetterleuchten sein könnten für Tarifauseinandersetzungen einer ganz neuen Dimension und auch einer ganz neuen Härte, wie wir sie bisher noch nicht gekannt haben. ... Ich fürchte, daß die Hauptaufgabe der Tarifpolitik in Zukunft darin bestehen wird, für spezifische Gruppen Sonderregelungen auszuhandeln... ich glaube, daß diese Aufgabe nicht nur der Tarifpolitik, sondern der gesamten Sozialpolitik eine völlig neue Qualität geben wird...«

der, aber sie wollen ihr Vorhaben durchziehen, wie sie es im Sonnenschein der Hochkonjunktur und unter den Bedingungen des schiefling-friedlich Tarifschachers gewohnt waren.

Noch im Sommer 1978 war keine Rede davon, daß sich die IGM in einen Arbeitskampf um die Einführung der 35-Std.-Woche begeben würde. Gegen den Willen des Vorstandes war die Forderung nach der 35-Std.-Woche im September 1977 auf dem Gewerkschaftstag der IGM (und im Mai 1978 auf dem DGB-Kongreß) verabschiedet worden. Der IGM-Vorstand hatte seit mehreren Jahren vergeblich seine Vorstellungen zur Lösung der Stahlkrise im ganzen Land, schließlich auch in der EG angeboten: Geplanter, langfristiger, sozial abgesicherter Abbau der unrentablen Arbeitsplätze zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Stahlindustrie auf dem Weltmarkt.

Aber er bekam für diese schönen Vorstellungen von der Unternehmerseite nur die kalte Schulter gezeigt: Rudolf Judith (IGM-Vorstand, verantwortlich für Stahl) schilderte den Kollaps im November 1978 auf der Konferenz Eisen und Stahl in Mühlheim die vergeblichen Bemühungen der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsträger, beim Personalabbau ihre Vorstellungen berücksichtigt zu sehen: »Die Bereinigung der Stahlkrise nach den Gesetzen des Dschungels mag nach dem Geschmack einiger Konzernherren sein; der unsere ist es nicht. Wir sind nicht bereit, die Interessen der Arbeitnehmer auf dem Altar der Marktwirtschaft zu opfern.«

Die Montanmitbestimmung wird von den Unternehmern abgebaut

Die Vertrauensleute im Betrieb bekamen, wenn es um den Abbau bzw. um die Sicherheit der Arbeitsplätze ging, die Wirkungslosigkeit der paritätischen Mitbestimmung zu spüren. Die paritätische Mitbestimmung trug sogar dazu bei, den Abbau reibungsloser durchzuführen, Arbeitsdirektoren und auch Betriebsräte wirkten mit. Der Gewerkschafts»theoretiker« Hensche hatte vor kurzem geschrieben: »Die qualifiziert mitbestimmten Unternehmen der Montanindustrie sind Vorreiter für soziale Verbesserungen, die später über Tarifverträge oder über den Gesetzgeber allgemein eingeführt wurden.«¹ In der Metallindustrie oder in anderen Branchen bekamen bei Stilllegungen von Betrieben, bei Massenentlassungen usw. die betroffenen Kollegen von den Gewerkschaftsführern stets zu hören: »Wenn wir doch nur die paritätische Mitbestimmung hätten...« - In der Montanindustrie hat sie am Arbeitsplatzabbau selbst nichts ändern können, wohl aber hat sie auf die Form des Abbaus Einfluß nehmen können. Genau dieser Einflußmöglichkeiten sehen sich die Gewerkschaftsführer fortschreitend beraubt.

Bei Thyssen Niederrhein Oberhausen wurde der Abbau von Arbeitsplätzen sogar akzeptiert unter der Bedingung, daß Montanmitbestimmung per Vertrag erhalten bliebe.² In Bochum bei Krupp bereitet sich ähnliches vor: 1977 fand eine Neugliederung des Werkes in mehrere Gesellschaften statt,

¹ Hensche in »Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung« S. 470.

² Dem liegt die gesetzliche Regelung zugrunde, daß die paritätische Mitbestimmung nur auf Betriebe mit hauptsächlich Montancharakter zutrifft. Bekommt die Metallverarbeitung ein Übergewicht, trifft die gesetzliche Regelung nicht mehr zu.

um wie die Belegschaft vermutet, die Schließung der Gesenkschmiede vorzubereiten. Auch hier also Erhalt der Mitbestimmung für die hauptsächlich metalverarbeitenden Schmieden als »Zugeständnis« an die Gewerkschaften im Tausch gegen die Zustimmung der Gewerkschaft beim Abbau.

Die IGM hat die Erfahrung machen müssen, daß ihre in der Montanmitbestimmung gesetzlich festgelegte Mitarbeit in den Vorständen der Stahlindustrie von den Unternehmern auf kaltem Wege abgebaut werden kann: Die Personalpolitik, für die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Arbeitsdirektoren zuständig sind, wurde in mehreren Großbetrieben so umorganisiert, daß die Möglichkeiten zur Einmischung in Personalangelegenheiten durch Arbeitsdirektoren und Betriebsräte ausgeglichen wurden.

Die Klage der Arbeitgeber vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen das Gesetz von 1976 zur »paritätischen Mitbestimmung« brachte dies auf der politischen Ebene an die Öffentlichkeit.³ Der erste Tag im Streik um die 35-Stunden-Woche fiel nicht zufällig mit dem Tag zusammen, an dem der Prozeß begann. Die Gewerkschaftsspitze versuchte so eine Antwort zu geben auf die von ihnen beklagte Tatsache, daß die Unternehmer an der weiteren Zusammenarbeit auf der bisherigen Basis — das war der Schacher um einen größeren oder kleineren Teil für die Arbeiter von den ständig wachsenden Profiten — nicht mehr interessiert sind.

Es ist nicht allein die deutsche Stahlindustrie, die die Überproduktion verspürt, andere Produktionszweige bauen Kapazitäten ab oder planen den Abbau wie z. B. die Wertindustrie, Kohle usw. Kohle und Werften erhalten sogar Staatsmittel unter der Bedingung des Kapazitätenabbaus. Die Prognosen zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung weisen auf Einbrüche in der Automobilindustrie oder allgemein auf weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Die Stahlindustrie will ohne staatliche Hilfe Überkapazitäten abbauen — 50 000 Arbeitsplätze

³ Das jetzt ergangene Mitbestimmungsurteil des Bundesverfassungsgerichts v. 1. 3. 1979 hat scheinbar alle Kontrahenten befriedigt. Die Unternehmer, weil das Urteil feststellt, daß das Gesetz von 1976 die äußerste Grenze der Mitbestimmung bildet; weil die Eigentümer der Produktionsmittel die ausschlaggebende Entscheidung haben; weil die leitenden Angestellten eine eigene Vertretung haben. Die Gewerkschaften, weil das BVG die Klage der Unternehmer, daß das Mitbestimmungsgesetz verfassungswidrig sei, abgelehnt hat. Besonders Vetter war gegen diesen Anspruch der Unternehmer aufgetreten. Die Regierung und die Koalitionsparteien, weil das Gericht ihren »Kompromiß« bestätigt hat. Das Urteil selbst ist eine eindeutige Niederlage des DGB, da seine Forderung auf paritätische Mitbestimmung und Nichtvertretung der leitenden Angestellten als nicht mehr von der Verfassung gedeckt festgestellt werden.

Inhaltsverzeichnis

Stahlarbeiter mischen mit	1
Mitbestimmung im Abbau	3
Aussperrung in der Stahlindustrie, 1928	4
Die »große Vergangenheit« der Stahlindustriellen	5
Bankrott im »Kampf« gegen die Aussperrung	7
Antwort auf einige Fragen	10
Chronik des Stahlarbeiterstreiks	13

Arbeiterkorrespondenzen:

Informationen zum Stahlstreik bei Hoesch, Dortmund ..	19
Ein Kollege von Hoesch schreibt uns:	22
Die Solidarität der IG Bau, Steine, Erden	23
Bericht von Solidaritätsveranstaltung in Dortmund ..	23
Die Solidaritätskundgebung des DGB in Köln	24
»Heraus zur Kundgebung«	25
Aussperrung bei Thyssen-Niederrhein/Oberhausen ..	26
»Spielt bloß das Kaffeekochen nicht so hoch«	27
Krupp: Sollen Produktionsstätten geschlossen werden? ..	28
Stahlrunde 78/79 auf der Klöckner-Hütte, Bremen	29
Peine/Salzgitter wurde vom Stahlstreik kaum berührt ..	31
»Mit der 40-Stunden-Woche geht es besser«	31
Aus der Sonderbeilage der »Rundschau« des DGB, 1954 ..	32

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Günter Kuhlmann,
Postfach 10 38 45, 28 Bremen.
Konten: Sparkasse in Bremen Nr. 1146 1423
und Postscheckkonto Hamburg 3579 94-205

sollen in den nächsten 5 Jahren verloren gehen. Die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit zwingt zu kostensparenden Maßnahmen (Lohnkosten) und solchen Maßnahmen, die den Vorsprung gegenüber den Konkurrenten auf dem inneren und äußeren Markt halten. Die Unternehmer stellen sich auf Entlassungen in größerem Ausmaß ein und halten soziale Zugeständnisse, in dem Maß, wie sie die Gewerkschaft verlangt, nicht mehr für erforderlich und vertretbar.

Das schwindende Ansehen bei ihren Mitgliedern gefährdet die Position der IG Metall gegenüber den Unternehmern

Die Gewerkschaften, insbesondere die IG Metall, hatten in der letzten Zeit manche Pleite erlebt, die sie ohne effektive Gegenwehr hinnehmen mußten. Nach der Enttäuschung beim Mitbestimmungsgesetz war es der Versuch, mit Hilfe der Gerichte die Aussperrung zu verbieten, der kläglich scheiterte. Bei den Betriebsratswahlen der deutliche Denkmittel an die IG Metall — Daimler, Thyssen und viele andere Großbetriebe, wo große Teile der IG-Metall-Mitglieder der Gewerkschaft die Gefolgschaft versagt haben. Der Appell an die »Beitragsehrlichkeit«, der erst durch entsprechenden Nachdruck zum Teil befolgt wird. — Nun versuchte die Gewerkschaftsführung mit dem Kampf für die 35-Stunden-Woche bei Vertrauensleuten und Mitgliedern das erschütterte Vertrauen zurückzugewinnen. Denn Sicherheit der Arbeitsplätze — das ist für die Arbeiter und Angestellten das zentrale Problem.

Auf der anderen Seite versuchten die Gewerkschaftsbürokraten mit dem Stahlstreik ihre Anerkennung seitens des Kapitals als Verhandlungspartner zu behalten. Sie mußten zeigen, daß sie nicht machtlos sind und sie wollten versuchen, zu den Verhältnissen vor der Krise zurückzukehren.

H. Janßen stellte den Kollegen in der Kundgebung in der Ruhrländhalle Bochum folgendes vor: *»Den Gewerkschaften wird immer wieder eine Ideologisierung vorgeworfen. Dabei haben sich die Gewerkschaften nicht verändert. Gewerkschaften sind ein Eckpfeiler einer demokratischen Gesellschaft. Wo es keine Gewerkschaften gibt, da gibt es auch keine Demokra-*

tie. Die Gewerkschaften haben diese Gesellschaft mit aufgebaut, und sie wollen auch weiterhin in freier Betätigung an der Entwicklung dieser Gesellschaft teilnehmen. Wer sich aber verändert hat, das sind die Unternehmer. Sie wollen den Gewerkschaften sogar durch die Aussperrung die Handlungsfreiheit und Existenzgrundlage entziehen. Wenn die Unternehmer unbedingt wollen, dann können sie eine andere IGM haben.« Da hatte Janßen den Mund zu voll genommen: welche »andere« IG Metall die Unternehmer dann im Streik zu sehen bekamen, wollen wir später schildern.

Stagnation der SPD-Regierungspolitik

Die Gewerkschaftsspitze war im parlamentarischen Vorspiel mit einer Neuregelung der gesetzlichen Arbeitszeitordnung von der 48-Stunden-Woche zur 40-Stunden-Woche nicht weitergekommen. Dortmunder Betriebsräte hatten im Frühsommer 1978 mit H. Wehner in Bonn über dieses Problem konferiert. Er machte ihnen deutlich, daß der Einfluß der SPD bei den vorhandenen Kräfteverhältnissen nicht reiche und die Gewerkschaft in die Startlöcher gehen solle. Kurt Herb erläuterte auf einer Vertrauensleutevolkkonferenz diese Situation im Oktober 1978 in Essen durch die Blume: *»So haben in jüngster Zeit Mitglieder der Bundesregierung, zu denen allerdings der Bundeswirtschaftsminister nicht gehört, die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung bejaht. Der Bundeskanzler hat wiederholt die Tarifvertragsparteien aufgefordert, ebenfalls einen Beitrag zur Entspannung des Arbeitsmarktes und zur Wiederbelebung der Vollbeschäftigung zu leisten.«* — So »abgesichert« wollte die IGM nun den Arbeitskampf in NRW, einem Tarifbezirk, der seit Kriegsende noch nicht gewerkschaftlich bestreikt worden war, wagen.

Kontrollierter Streik — um von den Stahlunternehmern wieder respektiert zu werden

Die Gewerkschaften als Sozialpartner sind zwei Seiten verpflichtet. Zum einen den Unternehmern. Wenn die IGM es tatsächlich fertig bringen würde, daß die Arbeitge-

Mitbestimmung im Abbau

Nach der Pleite, die die Gewerkschaften mit der Forderung auf Einführung der qualifizierten Mitbestimmung 1976 erlebten, ist damit noch weniger Staat zu machen als vorher. Die zum Teil von den Gewerkschaften in ihre Funktion gehieften Arbeitsdirektoren in der Montanindustrie sind für die Arbeiter zum abschreckenden Beispiel dieser Mitbestimmung geworden.

Der nordrhein-westfälische Minister Farthmann, der ja aus der Gewerkschaftsbewegung kommt, hat auf die Frage der »Welt«: *»Sind die Gewerkschaftsmitglieder in den Vorständen (der Unternehmen) Unternehmer?«* geantwortet: *»Selbstverständlich.«* — Es ist ein Beweis eines erschreckenden politischen Tiefstandes unserer Gewerkschaftsführungen, wenn die Unternehmer den Gewerkschaftsvertretern in ihrer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Mitbestimmung sagen müssen: Was wollt ihr eigentlich? Gleichzeitig Unternehmer- und Arbeiterinteressen vertreten? das geht doch nicht! ihr mögt eure Aufgaben erfüllen bei den Arbeitern und Angestellten, wir — die Unternehmer — werden unsere in den Unternehmensleitungen erfüllen, das ist die Grundlage unserer Zusammenarbeit und Partnerschaft. —

Vetter hat jetzt die neue Idee eines »Frühwarnsystems« als Gegenmittel gegen die mangelnde Information der Betriebsräte propagiert. Ohne Informationen über geplante Rationalisierungsmaßnahmen würden Betriebsräte und die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten von der gewünschten planvollen Zusammenarbeit abgeschaltet. Die Frage erhebt sich, was denn die Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaftsfunktionäre in den Aufsichtsräten machen, wenn sie nicht einmal an ihre Betriebsratskollegen und Vertrauensleutkörper die Informationen über geplanten Abbau weitergeben

können? Wenn Judith (IG Metall) erklärt: *»Zahllose Beispiele lassen sich mittlerweile zusammentragen, wo die Vorstände in den Stahlunternehmen nicht nur versuchen, unsere Betriebsräte unter massiven Druck zu setzen. ... Sie versuchen immer häufiger und immer offensichtlicher, die Rechte der Interessenvertretungen aus dem Betriebsverfassungsgesetz zu unterlaufen«,* so muß man fragen, ob eine solche Erklärung nicht den Bankrott der sogenannten Mitbestimmung schon drastisch genug beweist.

Und wie soll das durch ein »Frühwarnsystem« anders werden?

Im übrigen müssen wir feststellen, daß die Aussage von Judith unterstrichen wird durch die Tätigkeit unserer Gewerkschaftsvorstände in den Aufsichtsräten der sogenannten Arbeiter- und Genossenschaftsbetriebe. Über bevorstehende Entlassungen in sozialdemokratischen Pressebetrieben wie der »Morgenpost« in Hamburg z. B. informieren die Aufsichtsratsmitglieder Mahlein und Wolf nicht einmal die zuständigen Funktionäre des Ortsvereins der Gewerkschaft. Wozu — fragt es sich — dann überhaupt die Forderung nach »paritätischer Mitbestimmung«?

Farthmann gibt die Antwort: *»... wenn man einem großen Teil unserer Gesellschaft die Möglichkeit nähme, im Wege der Mitbestimmung an der Gestaltung der Wirtschaftsordnung teilzunehmen, dann würden sich politische Bewegungen — ob man es will oder nicht — eine Bahn in eine andere Richtung brechen. ... wenn sich diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung jeder Entwicklungsfähigkeit begibt, dann kann ich nicht ausschließen, daß es zu Eruptionen kommt, an denen uns allen nicht gelegen ist. ... revolutionäre Bewegungen fragen nicht nach Paragraphen.«* (Zitate aus der »Welt« v. 13. 2. 79). Teilnahme an der »Gestaltung der Wirtschaftsordnung« aber ist in der Krise die Teilnahme am Abbau von Arbeitsplätzen.

ber sie wieder in ihren alten Funktionen anerkennen (was aber nur möglich wäre, wenn auch die gleichen wirtschaftlichen Grundlagen bestehen, die ihr diese Möglichkeiten gegeben haben), dann kann sie es jedenfalls nicht mit Methoden erreichen, die diesem Ziel widersprechen; sie darf den Unternehmern also keine einschneidenden Profitverluste zufügen. D.h. sie braucht streikende Arbeiter insoweit, als sie ihr die alte Position gegenüber den Unternehmern zurückgewinnen, aber sie kann einen Sieg über die Unternehmer in einem harten Streik nicht gebrauchen.

Die Auswirkungen eines Streiks in der Stahlindustrie treten erst recht spät ein, wenn die Lager voll sind. Und der Produktionsausfall eines dreiwöchigen Streiks — wie er ursprünglich von der Gewerkschaftsspitze eingeplant war — läßt sich leicht wieder hereinholen. Dazu noch die Organisierung des Streiks als Schwerpunktstreik, der in dieser Form der von der Führung angegebenen »Stoßrichtung« — die Lahmlegung der Autoproduktion — Hohn spricht.

Aussperrung in der Stahlindustrie, 1928

Die Aussperrung in der Stahlindustrie 1928 hat die Erinnerung wachgerufen an die Aussperrung von 220000 Stahlarbeitern im Ruhrgebiet 1928.

Die Gewerkschaften der Stahlarbeiter (Deutscher Metallarbeiter-Verband, Christlicher Metallarbeiter-Verband, Gewerksverein Deutscher Metallarbeiter) hatten die Lohntarife zum 31. Oktober 1928 gekündigt und eine Erhöhung der Löhne um 15 Pfennig pro Stunde gefordert, das waren 19,2%. Sie wollten damit herausholen, was sie ein Jahr zuvor bei konjunkturellem Aufschwung verpaßt hatten. Da hatten sie sich mit 2 Pfg. Lohnerhöhung, also einer Reallohnsenkung, abgefunden. Jetzt wollten sie ihren Anteil vom Kuchen holen, und sie beurteilten die Situation auch deshalb günstig, weil es zum erstenmal seit 8 Jahren wieder eine sozialdemokratisch geführte Regierung gab.

Die Verhandlungen über die Lohnforderung scheiterten. Daraufhin erhielten am 13. Oktober sämtliche Arbeiter der Nordwest-Gruppe ihre Kündigungen zum 31. Oktober. Für Ende Oktober wurden Schlichtungsgespräche vereinbart. Am 26. Oktober kam es zum Schlichtungsvorschlag: Lohnerhöhung um 6 Pfennig. Die Gewerkschaften akzeptierten sofort und verlangten vom Reichsarbeitsminister Wissell (SPD) die Verbindlichkeitserklärung, die dann am 31. 10. auch erfolgte.

Die Stahlbarone jedoch lehnten den Spruch ab — und sperrten ab 1. November aus. In der »Bergwerkszeitung«, dem Organ der Schwerindustrie, wurde am 30. 10. erklärt: »Ob der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wird oder nicht — ausgesperrt wird doch!«

Die Gewerkschaften klagten vor Gericht gegen die Aussperrung. Jedoch wurde ihre Klage in der 1. Instanz abgewiesen, am 12. November. Am 24. November allerdings gab das Landesarbeitsgericht Düsseldorf der Klage statt. Noch vorher hatte die Reichsregierung den Ausgesperrten, die keine Arbeitslosenunterstützung und kein Streikgeld bekamen, eine besondere Unterstützung zugesagt. In der Folge einigten sich Unternehmer und Gewerkschaften auf eine zweite Schlichtung, deren Spruch beide Seiten von vornherein akzeptierten. Schlichter sollte Reichsinnenminister Karl Severing (SPD) sein. Daraufhin hoben die Unternehmer die Aussperrung am 3. Dezember auf.

Am 21. 12. erfolgte der Schiedsspruch: Lohnerhöhung zwischen 1 und 6 Pfennig. Er blieb damit noch unter dem 1. Schiedsspruch.

Das Ziel der Unternehmer in der Endphase der Weimarer Republik war eine Einkommensumverteilung in großem Stile. Nur so glaubten sie, in der internationalen Konkurrenz bestehen, wenn nicht gar sich verbessern zu können. Das bedeutete kurzfristig Lohnsenkungen, langfristig aber die Vernichtung gewerkschaftlicher Tätigkeit und staatlicher Reformpolitik.

Es gab keine konsequente Bestreikung der Kaltwalz-Werke. Es gab Lücken in den einzelnen Konzernen, so daß diese Produktionsgrößen umiegen konnten (Thyssen) und auf diese Art und Weise Betriebe zu Auslastungen von 100% kamen, die damit im Traum nicht mehr gerechnet hatten. Als bei Mannesmann in Mühlheim ein sehr wichtiges Werk weder bestreikt noch von den Unternehmern mit Aussperrung bedacht wurde, mußte die Belegschaft die Streikleitung zur Einbeziehung (Austrittsdrohungen) zwingen. Bei Thyssen fand weiter die Auslieferung statt.

Bei dieser Form des Streiks wären drei Wochen spielend zu verkraften gewesen. Und im Falle eines Falles wären ja auch noch die ausländischen Produzenten da, um der deutschen Unternehmer liebstes Kind, die Autoproduktion, nicht zum Erliegen kommen zu lassen. Wie wenig erwünscht die so hochgelobte und vielgepriesene internationale Solidarität war, beweisen Berichte von Kollegen einer französischen CFDT-Delegation, die besagen, daß das Stahl-Büro unter Judith Anweisungen gegeben hätte, Bleche in die BRD zu liefern, damit keine finanziellen Nachteile auf die IGM zu-



Streikposten vor einem stillgelegten Betrieb. — Mehr als 300000 Arbeiter mußten 1928 »feiern«.

Im Lohnkonflikt 1928 bot sich die Möglichkeit, daß sich die Unternehmer als Opfer einer überzogenen Lohnpolitik darstellten. Und daraus folgend holten die Stahlbarone zum ersten Schlag aus. Dr. Springorum, Generaldirektor der Hoesch AG, erklärte in der November-Ausgabe der Werkszeitung »Hütte und Schacht«:

»Die Aussperrung war für die Eisenindustrie das letzte Mittel. Sie muß verstanden werden unter dem Gesichtspunkt der letzten Jahre. Seit der Mark-Stabilisierung sind einfach bei jedem Tarifablauf Kündigungen ausgesprochen und Lohnerhöhungen durchgesetzt worden. Als bei der letzten Tarifkündigung und bei den anschließenden Lohnverhandlungen diese gleiche Taktik wieder angewandt wurde, mußten wir uns ernstlich die Frage vorlegen, wohin solche wirtschaftlichen Irrwege auf die Dauer führen müßten, wenn nicht endlich einmal von einer Schlüsselindustrie ein energisches Halt geboten wird. ... Fragen der Taktik, der arbeitsrechtlichen Lage usw. sind völlig nebensächlich im Vergleich zu dem Ziel, auf das wir losgehen, weil wir müssen.«

Vor dieser klaren Linie der Unternehmer wichen die Gewerkschaften kampflös zurück. Sie sahen keine Veranlassung, »von der Linie der Taktik des ruhigen Aushaltens und besonnenen Verhandeln abzuweichen.« (Gewerkschaftszeitung 1. 12. 28). Sie sahen in dem Schlichtungsergebnis sogar eine »Niederlage der Unternehmer«.

Dieser Weg fand sein Ende in der Teilnahme am »nationalen Feiertag der Arbeit« am 1. Mai 1933 und mit der kampflösen und »geordneten« Übergabe der Gewerkschaftshäuser an die SA am 2. Mai 1933!

kommen. Sie wollten dem Bären das Fell waschen, ohne ihn naß zu machen.

Dann ist da noch die Verpflichtung den Arbeitern gegenüber: diese müssen die Gewerkschaftsführer ja für sich verhandeln lassen. Was selbstverständlich in den vergangenen Jahrzehnten war, ist heute ein wenig ins Wanken geraten. Der sehr rigorose Belegschaftsabbau in der Stahlindustrie hat Zweifel an der Tüchtigkeit der IG Metall aufkommen lassen. Aber den direkten und gegenüber den Profitinteressen rücksichtslosen Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze führen — das kann und will die Gewerkschaftsführung nicht. Da kommt die Forderung nach der 35-Stunden-Woche gelegen: ihre Durchsetzung erscheint geeignet, lindernd auf den Belegschaftsabbau einzuwirken. Kurt Herb erklärte am 24. 1. in der »WAZ«: Mit dem Tarifabschluß kann erreicht werden, daß »weniger Arbeitsplätze als bisher der Rationalisierung zum Opfer fallen«. Damit drückt er den Inhalt der Politik des IG Metall-

Vorstands aus: Belegschaftsabbau ja, aber sachte — sonst laufen uns die Kollegen weg!

Auch eine Reihe von Kollegen sagen, selbst der jetzige Abschluß lasse zu, daß bei guten Betriebsvereinbarungen (Blockstillstand)⁴ vorübergehend Leute eingestellt werden müßten: sie suchen nach Ansatzpunkten für ihre gewerkschaftliche und betriebliche Tätigkeit, nachdem mit dem von ihnen bekämpften Abschluß neue Bedingungen geschaffen worden sind.

War die Forderung nach der 35-Stunden-Woche noch 1977 gegen den Widerstand des IG-Metall-Vorstands verabschiedet worden und krächte im Sommer 1978 kein Hahn mehr danach, so mußte der Vorstand jetzt alles aufbieten, um bei kürze-

⁴ Blockstillstand ist die Zusammenfassung mehrerer Freischichten zu einer längeren, zusammenhängenden Freizeit für eine ganze Schichtbelegschaft. Diese Schicht wird dann durch Springer ersetzt. Durch zusätzliche Blockstillstände werden zusätzliche Springer benötigt.

Die »große Vergangenheit« der deutschen Stahl-Industriellen

Die deutschen Stahlindustriellen haben von jeher die Klassenfront der deutschen Unternehmer angeführt. Sie rühmten sich schon vor 1933 ihrer guten Kontakte mit der Naziführung, und sie haben den Aufbau der SA, SS und der anderen nationalsozialistischen Massenorganisationen finanziert. Haben wir es nicht bei den heutigen Stahlunternehmen mit den wiedererstarkten Nachfolgern ihrer Vorgänger aus der Weimarer Republik und dem 3. Reich zu tun? Sind sie es nicht, die im Ersten und im Zweiten Weltkrieg mit Rüstung und Rüstungsproduktion und mit billiger Arbeitskraft in den KZs riesige Gewinne machten?

Fritz Thyssen, der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Vereinigten Stahlwerke bekannte selbst: »Praktisch führte ich die Verbindung zwischen Hitler und den maßgeblichen rheinisch-westfälischen Industriellen herbei. Es ist allgemein bekannt, daß am 27. Januar 1932 — ein Jahr, bevor er die Macht ergriff — Adolf Hitler eine 2 1/2-Stündige Rede vor dem Industriellenclub in Düsseldorf hielt. Diese Rede machte einen tiefen Eindruck auf die versammelten Industriellen, und als Ergebnis floß eine Zahl von bedeutenden Zuwendungen aus den Quellen der Schwerindustrie in die Kasen der NSDAP...« — Zur Rettung ihrer ökonomischen Herrschaft und zur Erhaltung des Eigentums an den Produktionsmitteln überließen die deutschen Unternehmer die politische Machtausübung den braunen Horden. Hitler und seine Landsknechte waren ihnen das Mittel zur Unterdrückung jedes denkbaren gewerkschaftlichen und politischen Widerstandes, zur Zerschlagung der Gewerkschaften, zur Rettung des Kapitalismus in der Krise. — Spielen sie nicht schon wieder auf derselben Klaviatur, versuchen sie nicht wieder die wachsende Unzufriedenheit unter den Werkstätigen und Arbeitslosen über die Gewerkschaften in anti-gewerkschaftliche Kanäle zu leiten, um sie von den wahren Ursachen der Mißstände abzulenken? (s. Faksimile S. 9)

Nach der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg mußten die deutschen Stahlindustriellen ein Ende ihrer ökonomischen Herrschaft befürchten — allerdings nicht lange. In der britischen Zone wurde den Werksvorständen, an deren Spitze H. Dinkelbach — während des Faschismus Direktor der Vereinigten Stahlwerke — stand, schon 1946 die Treuhandverwaltung der Eisen- und Stahlindustrie zugeteilt. Mit Unterstützung der USA erhielten oder holten die deutschen Unternehmer Schritt für Schritt ihre ökonomische Macht wieder zurück und werfen sie jetzt in die Waagschale. Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges war die Produktion in den zerstörten Stahlbetrieben unter starker Initiative der Arbeiter wieder angekurbelt worden. Die Forderung nach »Sozialisierung« der Grundstoffindustrie war so allgemein verbreitet, daß auch die CDU 1945 vom »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« sprach. Als dann jedoch 1948 der nordrhein-westfälische Landtag bei Stimmenthaltung der CDU die Verstaatlichung



der Kohle beschloß, erkannten dies die Militärgouverneure Clay und Robertson nicht an.

Die westlichen alliierten Militärbefehlshaber behielten die direkte politische und militärische Machtausübung solange in eigenen Händen, bis die deutschen Unternehmer wieder so stark geworden waren, daß sie eine Abrechnung von seiten der Arbeiter nicht mehr befürchten mußten.

Auch die ursprünglich von den Alliierten vorgesehene »Entflechtung« der Trusts, Syndikate und Kartelle wurde den Kollegen vorgespielt. Die sogenannte »Entflechtung« der 7 großen Stahlkonzerne beinhaltete lediglich eine formale Umgruppierung der Eigentumsanteile. Unter Zustimmung des späteren DGB blieben in der Stahlindustrie im Grunde die alten Eigentumsverhältnisse unangetastet. Die Gewerkschaften erhielten für ihre Mitarbeit die Zusicherung — besser gesagt: das hohle Versprechen —, daß sie an Aufsichtsrat und Vorstand der Betriebe beteiligt würden. Für diese Neubelebung der Arbeitsgemeinschaftspolitik, die von den Industriellen endgültig 1933 aufgekündigt worden war, bekamen sie also die Mitbestimmung. In der Festigungsphase der Wirtschaft mußten die Kapitalisten zu diesen Zugeständnissen stehen. Bis zur Währungsreform 1948 gab es viele Streiks und Demonstrationen gegen den Hunger, die sich bis 1951 als Lohnstreiks weiter ausweiteten. Teilweise wurden sie von den Militärbehörden, später von den Landesregierungen verboten. Diese Kämpfe nutzte die Gewerkschaftsspitze um Böckler aus, um der deutschen Bourgeoisie 1951 das Montanmitbestimmungsgesetz abzuringen. Doch schon 1952 war diese stark genug, um im Betriebsverfassungsgesetz einen viel schwächeren Mitbestimmungsmodus durchzusetzen.

Der Geschäftsführer und Mitbestimmungsexperte der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Thüsing, erinnert sich daran, »daß die paritätische Mitbestimmung im Montanbereich damals von der britischen Besatzungsmacht unter ganz besonderen Bedingungen eingeführt wurde, teilweise mit Zustimmung der Unternehmen selbst, weil es darum ging, die Sozialisierung, die ja von den Gewerkschaften damals gefordert wurde, abzuwehren. Aber das ist Historie.« (Presse- und Funknachrichten v. 20. 1. 1979).

Vor allem ältere Kollegen erinnerten sich jetzt im Streik der schönen Reden von Sozialisierung von damals. Sie brachten das zum Ausdruck, indem sie die Parole »Wer aussperrt, gehört eingesperrt« in die Losung »Wer aussperrt, gehört enteignet!« umänderten.

ster Frist breite Unterstützung für diese Forderung zu bekommen. Die bekam er dann auch. Aber wenn man die ursprüngliche Haltung der Belegschaften charakterisieren will, so waren sie bereit, durch ein hohes Urabstimmungsergebnis der Verhandlungsführung den Rücken zu stärken, ja sogar auf das Zeichen der IGM zu reagieren und endlich, nach diesen Jahren der Erniedrigung, des sozialen und personellen Abbaus, auch ihrem Unmut gegen die Unternehmer Luft zu machen. Dennoch war die Forderung nach der 35-Stunden-Woche in der Belegschaft zunächst nicht verankert und die Behandlung dieser Forderungen überzeugte sie auch nicht (Freischichten, Urlaubstage — oder was sonst?) — Damit aber schienen auch von dieser Seite her der IGM-Führung die Voraussetzungen erfüllt, einen Streik zu führen, den sie jederzeit unter Kontrolle hatte. Daß sich dies später änderte, war für die IGM-Führung nicht vorhersehbar. Sie ist gegen ihren Willen in eine Lage geraten, die sie ebenso bedauert wie die Unternehmer: »Für sie (die IG Metall) ist ... die Beherrschbarkeit des Streiks, insbesondere die finanzielle, ein wichtiges Kriterium. ... Die Arbeitgeber sind daran interessiert, eine starke IG Metall als Gegenspieler als Vertragspartner zu haben. ... Deswegen finde ich es um so bedauerlicher, daß zum erstenmal in der Stahltarifrunde die IG Metall von dieser bewährten Praxis eines Ordnungsfaktors abgewichen ist. ...« — so Kirchner, der Geschäftsführer von Gesamtmetall.

In den Belegschaften fehlte die Vorbereitung

In den Belegschaften war die 35-Stunden-Woche lange Zeit kein Thema, auch nicht, als schon längst darüber verhandelt wurde. Erst als die IGM die Arbeitszeitverkürzung zum Hauptpunkt der diesjährigen Tarifrunde machte, wurde die Diskussion lebhafter.

Vielen Kollegen blieb unklar, was mit dieser Forderung eigentlich verbunden war. Sollte die Arbeitszeit denn tatsächlich effektiv in der Woche verkürzt werden; geht das denn bei Conti-³ und Drei-Schicht-Betrieben überhaupt? Oder stand eine Lösung zur Debatte, wie bei der Verkürzung von 42 auf 40 Stunden: 1. Lohnausgleich auf bestehenden Lohn, 2. freie Schicht darf nur auf Frühschicht genommen werden, um Lohn einbußen zu vermeiden (so eine Regelung schafft Springerarbeitsplätze). Oder sollte es eine generelle Freischichtenregelung geben? Und warum nützte eigentlich der Urlaub nichts? All diese Sachen waren wenig diskutiert, — und die Führung tat nichts, um dieses Dunkel zu erhellen —, als die Urabstimmung schon im Hause stand. Mit großem Aufwand brachte die IGM-Führung die Kollegen an die Urnen. Leitmotiv der Kollegen war Rückenstärkung und die sowieso vorhandene Wut auf die Unternehmer. Und daran knüpften die Redner der IGM auch fleißig an. Sie erinnerten an die Stahlbarone, die vor 50 Jahren mit einer Aussperrung ohne Beispiel die Gewerkschaften in die Knie zwangen und später den Faschisten in den Sattel verhalfen. Und fragten, ob denn die heutigen Stahlbosse anders wären. (Nach dem Streik beeilte sich Kurt Herb zu behaupten, daß die Stahlunternehmer sich nicht von den anderen unterscheiden und sie (die IGM-Führung) gut mit ihnen zurecht käme).

Nach der 1. Urabstimmung kam unverzüglich der Streikbeschuß: Schwerpunktstreik von 37 000 Kolleginnen und Kollegen, und zwar ab Dienstag, den 28. 11. Der Streik sollte sich angeblich gegen die Automobilindustrie richten. Deshalb gab es von Anfang an Kritik gegen diesen Beschuß, weil dann zumindest alle Kaltwalz-Werke in den Streik einbezogen werden müßten, noch besser aber sei ein Vollstreik. Die IGM beschwichtigte dann immer mit dem berühmten-berühmten Phasenplan. ('Wenn Phase 1 nicht anspricht, gehen wir zu Phase 2 über, aber das ist geheim' — vor allem vor den Mitgliedern).

Die Unternehmer waren vorbereitet — wirtschaftlich und politisch

Die Unternehmer hatten sich sorgfältig auf den Streik vorbereitet, hatten Lager aufgefüllt und konnten nun mit freiem

Rücken in den Arbeitskampf. Sie hatten sich vor allem zwei Mittel zurechtgelegt, die sie anwandten und bis zum Ende auch durchhielten. Diese Mittel waren Aussperrung und Spaltung der Kampffront. Unmittelbar nach Streikbeschuß boten die Unternehmer den 6-Wochen-Urlaub für alle an und hofften, die Kampffront noch vor ihrer Entstehung zu spalten und zu zerstören. Der Versuch mißlang, obwohl viele gerade der jüngeren Kollegen mit dem 6-Wochen-Urlaub liebäugelten. Am 1. Streiktag beschlossen die Unternehmer die Aussperrung. Sie legten die Aussperrung so an, daß ein Verhältnis Streikende: Ausgesperrte von etwa 1:1 erzielt wurde. Damit schusterten sie der IGM den nächsten Schritt zu, ohne selbst einen Millimeter gewichen zu sein.

Die Aussperrung aber kann nur erfolgreich bekämpft werden, wenn die Arbeiterschaft als Klasse auf den Plan tritt, d. h. daß jeder Versuch, einen bestimmten Teil der Arbeiterschaft mit der Aussperrung mazzusetzen, die Solidarität der anderen gegen die Unternehmer hervorruft. Dies ist das einzige Mittel, das die Unternehmer verstehen, wie man es in England, Frankreich und Italien zur Genüge beobachten kann. Diese Einsicht hatten scheinbar auch unsere Gewerkschaftsführer. H. O. Vetter: »Wenn wir jetzt erleben, daß die Aussperrung — die wir nie toleriert haben — Ausmaße annimmt, die an die Existenz der Gewerkschaft rühren, dann werden die Gewerkschaften gezwungen sein, um ihrer Aufgaben in der Gesellschaft willen, gegen diese Aussperrung mit einem ebenso totalen Gegenangriff anzugehen.« (»Quelle« 12/78). Die Nagelprobe auf Veters starke Worte war die am 1. Dezember erfolgte Aussperrung — sie war ausschließlich von verbalen Protesten begleitet! Überall rotierten die Betriebsräte, um die Notdienste zusammenzustellen. Nirgendwo äußerte irgendeiner Zweifel daran, ob wir bei einer Aussperrung so etwas überhaupt nötig hätten. Und Kurt Herb hatte nichts anderes zu tun, als am Vorabend lauthals nach Verhandlungen zu rufen!

Anders dagegen die Kollegen bei Mannesmann in Mühlheim. 3000 sollten weiterarbeiten. Daraufhin brachten zahlreiche Kollegen ihre Gewerkschaftsbücher ins BR-Büro und stapelten sie auf den Tisch auf. »Die könnt ihr alle behalten, wenn wir nicht in den Streik miteinbezogen werden.« — Am folgenden Tag wurde auf einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung der Streikbeschuß bekanntgegeben. Oder die Kollegen bei Hoesch, die eine Demonstration zunächst aufs Werksgelände machten, um zu zeigen, daß sie nicht mit sich umspringen lassen, dann aber in die Stadt abgedreht sind. — Schritte, wie etwa Aussperrung mit Besetzung zu beantworten, sind den Stahlkollegen noch nicht ins Blickfeld geraten.

Weichenstellung in die Pleite...

Am 4. Dezember tagte der Vorstand der IG Metall in Mühlheim, und hier mußte er die Weichen stellen, wie es weitergehen sollte. Nach den Erfahrungen des Frühjahrs 78 mit den Aussperrungen hatte die IG Metall den Streik auch so angelegt, daß sie in seinem Verlauf gegen die Aussperrung zu Felde ziehen konnte. Der eingeleitete Schwerpunktstreik hatte Aussperrungen einberechnet, die danach in Großaktionen gegebelt werden sollten. Diese Taktik hatten die Unternehmer aber gekontert, indem sie den Eindruck erweckten, durch ihre Aussperrungen die Parität nur wiederherstellen zu wollen und damit der IG Metall den Schwarzen Peter wieder zugschoben.

Der Vorstand entschied sich gegen die Ausweitung des Streiks und blieb damit auf der Linie des nicht beißenden Streiks. Demgegenüber beschloß er, Kundgebungen gegen die Aussperrung zu veranstalten. Kundgebungen in 33 Städten gleichzeitig, unter der Miteinbeziehung der anderen Gewerkschaften, insbesondere aber erging der Aufruf an die Metallverarbeitung. Die IG Metall hatte die Vorstellung, durch eine größere Mobilisierung zu Kundgebungen die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen und auf ihre Seite zu ziehen, um deren Unterstützung zu haben bei ihrem Gang vor die Gerichte. Gleichzeitig hoffte sie, durch diese Mobilisierung gegen die Aussperrung gleich noch Druck zu bekommen für die Forderung nach Einführung der 35-Std.-Woche.

... mit der Annahme der »politischen Schlichtung«...

Auf der Vorstandssitzung der IGM am 4. 12. ist auch die Farthmann-Schlichtung akzeptiert worden. Das schien logisch im Zusammenhang mit der Wirkung auf die »Öffentlichkeit.«

³ Bei der kontinuierlichen Schichtarbeitsweise (»Conti-Schicht«) arbeiten 4 Schichtbelegschaften jeweils im Rhythmus: 7 Tage Frühschicht, 2 Tage frei, 7 Tage Mittagschicht, 2 Tage frei, 7 Tage Nachtschicht, 3 Tage frei. In 28 Tagen = 4 Wochen werden also 21 Schichten verfahren = 168 Stunden. Das sind pro Woche 42 Stunden. Die 2 Stunden zusätzlich zur tariflich vereinbarten 40 Std. Woche werden bisher schon in 13 Freischichten pro Jahr »abgefeiert«. Dazu kommen die jetzt noch vereinbarten Freischichten.

NRW-Arbeitsminister Farthmann hatte das ganze Jahr über laut polternd seine Vorstellungen von Arbeitszeitverkürzungen zum besten gegeben. In der Essener Vertreterversammlung der IG Metall z. B. hat er sehr ausführlich berichtet, daß Wochenarbeitszeitverkürzung in seinem Katalog an letzter Stelle steht, und wenn, dann nur für bestimmte belastete Gruppen. Diese Position war also den Gewerkschaften bekannt und Kurt Herb hat sie auf der Vertrauensleute-Konferenz des Bezirks Essen wiederholt: *«Der Arbeitsminister unseres Landes, der Kollege Friedhelm Farthmann, hat in den letzten Tagen erst eine Studie vorgelegt, die auf die Dringlichkeit der Arbeitszeitverkürzung hinweist und besonders auch das Problem der Schichtarbeiter aufgreift. Diese Studie unterstützt also unsere Bemühungen, die Arbeitszeit zu verkürzen, um so die enormen Belastungen der Schichtarbeit, z. B. in der Eisen- und Stahlindustrie, zu verringern, um damit auch die Zahl der Frührentner zu senken.»*

Den Unternehmern war die Position Farthmanns ebenso bekannt. Wenn sie also nach dem **«politischen Schlichter»** Farthmann rufen, haben sie damit ein Konzept auf dem Tisch, das nicht von ihnen stammt, auf das sie sich aber stützen können. Es bietet ihnen die Möglichkeit, Mitgliedschaft gegen Gewerkschaftsführung auszuspielen. — Mit der Annahme der **«politischen Schlichtung»** bereits eine Woche nach Streikbeginn war der Weg in die Niederlage — gemessen am verkündeten Streikziel — vorgezeichnet.⁶

Bankrott im »Kampf« gegen die Aussperrung

Die Aussperrung gehört gleichsam zur »guten Tradition« der deutschen Unternehmer. Auch in der BRD, dem angeblich *«freiheitlichsten und demokratischsten aller deutschen Staaten»*, hat sich daran nichts geändert — im Gegenteil. Die BRD gehört zwar — wie auch die Gewerkschaftsführungen stets betonen — zu den streikärmsten Ländern Europas, sie ist aber von allen das aussperrungsreichste! Ist das eine nicht die Folge des anderen?

Gegen die Massenaussperrungen 1978 in der Druckindustrie und in der Metallindustrie Nordbaden/Nordwürttembergs ergriffen die Gewerkschaften als Gegenmaßnahme Klagen vor dem Arbeitsgericht, mit dem Ziel, sie rechtlich für unhaltbar erklären zu lassen und ein gesetzliches Verbot zu erreichen. Bereits in der zweiten Instanz erwiesen sich die Hoffnungen als gegenstandslos. Das Oberlandesgericht Kiel z. B. entschied zwar am 19. 1. 79: *«Die Aussperrung lediglich der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer ist nicht rechtmäßig.»* Das heißt aber mit anderen Worten: die Aussperrung soll nach Auffassung des Gerichts in Zukunft möglichst umfassend sein.

Die Unternehmer hatten die Notwendigkeit von **begrenzten** Aussperrungen damit begründet, daß sie dazu beitragen, Arbeitskämpfe abzukürzen. Anders als die Gewerkschaften ergreifen sie ihre Maßnahmen unter Beachtung der Lage ihres Partners. Für die Gewerkschaften ist die Grenze bis zu der sie im Rahmen der Tarifautonomie gehen können, von der Finanzkraft abhängig. Was darüber hinausgeht, sind Aufgaben, die sie der Regierung und dem Parlament überlassen. Die Unternehmer gehen bei der Taktik der Aussperrung davon aus, die Finanzkraft der Gewerkschaften möglichst schnell zu erschöpfen und so den Arbeitskampf abzukürzen. Wie antwortet die Gewerkschaft?

«Wenn die Arbeitgeber die Aussperrung als legitimes Kampfmittel einsetzen können, wird jede gewerkschaftliche Kampfmaßnahme für die Gewerkschaft zu einem unkalkulierbaren, insbesondere auch finanziell unkalkulierbaren Risiko. Die finanziellen Belastungen... werden dann nicht mehr allein durch sie bestimmt, sondern ganz wesentlich durch die Arbeitgeber. Angesichts der ungeheuren Summen, die zur Unterstützung ausgesperrter Mitglieder auf die Gewerkschaften zukommen können, kann es dann für die Gewerkschaften

... und bloßem Redenschwingen gegen die Aussperrung

Der IG Metall-Vorstand hoffte, durch mächtige Kundgebungen dem Verhandlungsverlauf eine bessere Richtung geben zu können. Zwischen dem 4. und 12. Dezember wurde alles darauf ausgerichtet, diese Kundgebungen gegen die Aussperrung durchzuführen. Das zeigt, wo der Schwerpunkt nach Meinung der Führer liegen sollte. Selbst die Streiknachrichten erschienen einige Tage nicht.

Der 12. Dezember aber brachte die Quittung auf eine Strategie der organisierten Konfusion mit einer niedrigen Teilnehmerzahl, vor allem was die Kollegen aus der Metallverarbeitung betrifft. Dies war für die Gewerkschaftsführung der Tag, der **ihre** Niederlage, das Scheitern ihrer Streikführung bedeutete!

⁶ Aus einem Gespräch von Hans Janßen, Vorstandsmitglied der IG Metall, mit der *«Frankfurter Rundschau»* (14. 2. 1979): *«Auf welchen Kompromiß die Verhandlungen hinauslaufen würden, war laut Janßen eigentlich von dem Zeitpunkt an klar, als die IG Metall den nordrhein-westfälischen Arbeitsminister Farthmann als Schlichter akzeptierte, der vom ersten Augenblick an keinen Zweifel daran gelassen hatte, daß er einer Freischichten-Regelung für alle nicht zustimmen werde. In allen Modellen, die erörtert worden seien, sei immer schon eine Urlaubsregelung, wie sie die Arbeitgeber zugestehen bereit waren, eingebaut gewesen. Das aber hatte die IG Metall immer mit dem Argument abgelehnt, Urlaubsforderungen stünden doch gar nicht zur Verhandlung an.»*

problematisch werden, das Risiko von Kampfmaßnahmen einzugehen.» (*«Die Quelle»*, Dezember 1978).

Mit anderen Worten: *«Der Streik als letztes Mittel»* — wie es die Gewerkschaftsführungen propagieren — ist nur dann möglich, wenn die Unternehmer sich an die von den Gewerkschaften gewünschten Spielregeln halten. Tun sie das nicht, wird z. B. ein ganzer Industriezweig — etwa jetzt bei den Stahlarbeitern — in Streik bzw. Aussperrung geführt, werden die gewerkschaftlichen **«Waffen»** unbrauchbar. Die finanziellen Möglichkeiten der Gewerkschaften reichen nicht mehr aus, die Gewerkschaften bluten aus. — Was bleibt da noch von gewerkschaftlichem Kampf und Strategie der Gewerkschaftsführungen übrig, als daß sie letzten Endes bei den Unternehmern betteln müssen, nur ja das Risiko nicht **«unkalkulierbar»** zu machen durch Aussperrung.

Das **«finanziell unkalkulierbare Risiko»** birgt in sich bereits den Keim der Kapitulation der Gewerkschaften vor den Unternehmern und die **«Erklärung»**, daß die Gewerkschaften eben nicht mehr kämpfen könnten, weil das Gewerkschaftseigentum und die Gewerkschaftsinstanzen für die **«Zukunft»** erhalten bleiben müßten. Vergessen wir dabei nicht, daß die Führung der deutschen Gewerkschaften am 2. Mai 1933 den Nazis die Kassen der deutschen Gewerkschaften ordnungsgemäß übergaben — sie wollten sie verwalten und erhalten für kommende Zeiten, wo sie dringender gebraucht würden. Tatsächlich dienten sie der DAF und letztlich zur Vorbereitung des 2. Weltkriegs...

Die Aussperrung der Unternehmer bedroht die deutschen Gewerkschaften, die von scheinradikalen Phrasen begleitete politische Impotenz der Führung, mit der auf die Aussperrung geantwortet wird, lähmt den Widerstand. Seit der Wiederzulassung der Gewerkschaften nach dem 2. Weltkrieg waren ihre Führungen stets bedacht, die Bewegungen der Arbeiter unter Kontrolle zu halten, auch in den von ihnen ausgerufenen Kampfhandlungen — durch die Kasse. Gerade dieser zur Kontrolle der Arbeiter notwendige Hebel der Finanzkraft ist es aber, der den Gewerkschaften jetzt zum Verhängnis zu werden droht. Wenn die Gewerkschaftsführung ohnmächtig sich beklagt, muß das für die Unternehmer geradezu ein Anreiz sein, dieses Mittel weiter anzuwenden.

Wollen die Arbeiter bestehen, wollen sie nicht ebenso kapitulieren, so steht vor ihnen die Aufgabe, dem gewerkschaftlichen Kampf eine neue Grundlage zu schaffen.

In dem Maße, in dem die Arbeiter heute und in Zukunft erfahren, daß sie gemeinsame Interessen haben und sie gemeinsam verteidigen — ohne Rücksicht auf die Profitlage der Unternehmer —, in dem Maße kann sich auch die Frage der Kasse im Rahmen der wirklichen Klassensolidarität lösen.

Das Fiasko der Kundgebungen war für den Vorstand der erste Schritt zum stillen Begräbnis der Aktionen gegen die Aussperrung. Das Hindernis, das die Unternehmer einem Streikerfolg in den Weg legten, konnte nicht beiseite geräumt werden. Für den Vorstand war es daher ganz folgerichtig, am 16./17. Dezember den Verhandlungsstand — die zusätzlichen Freischichten nur für Nachtschichtler — annehmen zu wollen. **Aber jetzt schickte sie der wütende Protest der Streikenden zurück an den Verhandlungstisch.** Es dauerte weitere drei Wochen, bis aus dieser neuen Situation der Weg zu einem Abschluß gefunden wurde.

Zunächst sah der Vorstand in der Tarifkommission nicht die Möglichkeit, den Abschluß durchzusetzen. Daher stellte er den Kompromiß nicht erst zur Abstimmung, um die Kollegen nicht bloßzustellen, die schon jetzt zugestimmt hätten. Er ließ nur über Weiterverhandlungen abstimmen. Die Zustimmung kam prompt. Dann fiel der Beschluß für Ausweitung des Streiks noch vor Weihnachten, Termin war aber erst am 3. Januar: genügend Zeit, um weitere Verhandlungen zu führen. So kam der Fahrtrmann-Vorschlag von Silvester auf den Tisch, der die über 50jährigen zusätzlich begünstigte. Die Tarifkommission hatte aber noch nicht über den Abschluß zu befinden, sondern nur über die »Struktur«. Darunter konnte man alles verstehen und folglich auch zustimmen, obwohl hier schon die 40 dagegen stimmten, die letztlich beim Ergebnis widersprachen, das dann am 7. 1. zur Abstimmung stand. Das Urabstimmungsergebnis war praktisch schon gesichert durch die Aufspaltung der Belegschaft in Streikende und nicht Streikende. Zusätzlich hatte die Verhandlungskommission mit dem Abschluß vereinbart, schon ab Montag die Notbelegschaften derart zu verstärken, daß man fast schon wieder von geregelter Produktion sprechen konnte. Dadurch wurden Tatsachen geschaffen, die einige Kollegen resignieren ließen.

Die nötigen 25 % Ja-Stimmen bei der Urabstimmung waren durch erhebliche Verbesserungen für bestimmte Gruppen reichlich gesichert. Die Angestellten waren schon durch das Angebot von 6 Wochen Urlaub früh für Annehmen. Die Arbeiter wurden zunächst durch die Urlaubsregelung in ältere und jüngere auseinanderdividiert. Die Nachtschichtler wurden dann von Früh- und Spätschichtlern getrennt. Zum Schluß löste Fartmann die über 50jährigen noch von allen übrigen. Ein einheitlicher Wille der Kollegen war damit erschwert.

Unter den Arbeitern hat sich etwas geändert

Hatten die Stahlarbeiter noch am Anfang des Streiks der Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche skeptisch gegenübergestanden, so wuchs die Identifizierung der Streikenden damit mit der Fortdauer des Streiks. Es war die umkehrte Entwicklung im Gang wie bei der Führung: diese rückte immer weiter von ihrer Forderung nach dem Einstieg ab, während sich immer mehr Kollegen darauf versteiften.

Es gab nach Streikbeginn eine »euphorische Phase«, die ihren Grund darin hatte, daß etwas eingetreten war, was keiner für möglich gehalten hatte: die IG Metall hatte zum Streik aufgerufen! So wurden die Erwartungen überspitzt, und es regten sich bei vielen Vorstellungen, durch diese Forderungen und den Streik ihren Arbeitsplatz garantiert zu bekommen. So ist auch zu verstehen, daß es bei der Kundgebung in der Ruhrländhalle/Bochum am 30. 11. zu einem wahren Begeisterungsrausch kam, als K. Herb ausrief: »Es geht uns nicht um eine braune Haut in der Sonne von Mallorca, es geht um den Erhalt der Arbeitsplätze.«

Sehr schnell kam jedoch die Ernüchterung. Die Kollegen sahen die Mängel in der Streikführung der IG-Metall und kritisierten das vielfach. Sie sahen die strikte Abwehr der Unternehmer als organisierte Klasse, und die Erwartungen wurden realistischer. Was sich in den Diskussionen herauschälte, war: »Wir wollen einen Stufenplan, der uns sofort die 39-Stunden-Woche bringt — aber für alle und nicht für einzelne.« An den bestreikten Werkstätten wurde sehr früh über die Gefahr einer Spaltung diskutiert, und es bestand wenig Bereitschaft, einer Regelung zuzustimmen, die nicht für alle gelten sollte.

Die Solidarität aus der Bevölkerung mit den Streikenden war in diesem Ausmaß bisher unbekannt und ungewohnt. In vielen Betrieben führten Kollegen Spendensammlungen durch und brachten dabei erhebliche Geldsummen zusammen. (Schon daran zeigt sich — im Gegensatz zu der beschränkten Vorstellung der Gewerkschaftsbürokraten, daß für Streiks erst die Kassen voll sein müssen — die Verbindung von politischer

Tarifautonomie — im Sinne des gemeinen Profits

Aus einem Kommentar der »Welt« v. 24. 1. 1979 unter der Überschrift »Vernunft«

«... noch wichtiger ist, daß die Gewerkschaft sich bereit gefunden hat, die 40-Stunden-Woche auf fünf Jahre festzuschreiben. Nachdem sie ihren Streik in der Stahlindustrie auf einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche fixiert hatte, kann ihr das nicht leichtgefallen sein... nunmehr ist davon auszugehen, daß sich auch die anderen Gewerkschaften mit der 35-Stunden-Woche Zeit lassen müssen... Nach der schweren Irritation wegen des Arbeitskampfes in der Stahlindustrie haben jetzt Arbeitgeber und Gewerkschaften demonstriert, wie handlungsfähige Partner die Tarifautonomie im Sinne des Gemeinwohls und der Erhaltung von Arbeitsplätzen ausüben können.»

Einsicht und Bereitschaft zum Kampf und der daraus entstehenden Bereitschaft, finanzielle Opfer zu bringen. Was die Gewerkschaftsführung mit ihrem Drängeln nach Beitragsehrlichkeit nicht zustande bringt, ging hier ohne Schwierigkeiten vor sich.) — Stärker wirkten noch die Solidaritätsbekundungen vor den Toren. Zeitweise, z. B. Weihnachten, kam man sich vor wie auf dem Bahnhof. Diese Solidarität war ein wesentlicher Grund dafür, daß die Kollegen fest blieben. Es ist aber nicht zu verkennen, daß die Unsicherheit über die Richtigkeit des Streiks schon im Bekanntenkreis der Streikenden anfang.

Presse und Unternehmerpropaganda wollen die Reihen der IG-Metall zersetzen

Die Presse trug dazu ihren Teil bei, die nach und nach immer stärker gegen den Streik Stellung nahm. Schon Anfang Dezember wurden Richtlinien bekannt, die der Herausgeber des Kölner Stadtanzeigers, Neven du Mont, aufgestellt hatte. Darin heißt es: »Ich möchte, um Unklarheiten zu vermeiden, klarstellen, daß wir im Zusammenhang mit den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen, zunächst bei der IG Metall, uns nicht festlegen zugunsten der 35-Stunden-Woche. Hinzu kommt, daß in Bälde diese Frage unser eigenes Gewerbe im Druckbereich genauso tangiert. Die entsprechende Forderung der IG Druck und Papier liegt ja bereits vor.« Bleibt festzuhalten, daß die Solidarität der IG Druck und Papier nicht größer war, als die anderer Gewerkschaften; sie beschränkte sich auf Erklärungen.

Anders sah es bei den Kollegen aus, z. B. in Bremen; Anfang Dezember, als die Kollegen des »Weser-Kuriers« sich weigerten, eine Anzeige des Unternehmervereins Eisen und Stahl ins Blatt zu nehmen, in der die Streikenden beschimpft wurden. Die Stelle blieb frei. Von den Druck-Kollegen kam danach nichts mehr, auch nicht, als nach dem 16./17. Dezember sich ein wahres Trommelfeuer gegen die Streikenden und die IG Metall entfachte. Die »Öffentlichkeit«, auf die die IG Metall spekuliert hatte, wandte sich von ihr ab und erging sich in endlosen Ergüssen über die »Führungsschwäche« der IG Metall. Auch in der Lokalpresse, die bis dahin noch freundlich berichtet hatte, gab es kaum noch erträgliche Artikel. Diesem Trommelfeuer waren die Kollegen völlig allein ausgesetzt. Mochte man in der ersten Zeit die schlechte Informationspolitik der IG Metall noch als Manko begreifen, so war dies in den letzten drei Wochen des Streiks Methode: Weichkochen, um endlich abschließen zu können. Das fand z. T. innerbetrieblich seine Fortsetzung. Bei Thyssen/Niederrhein/Oberhausen (TNO) z. B. fand nicht eine Streikversammlung statt. Die Vertrauenskörper der einzelnen Betriebe tagten kaum.

Wir bitten unsere Leser, das Geld für das Abonnement auf eines der im Impressum angegebenen Konten zu überweisen.

Duisburg, 4. Januar 1979

Sehr geehrte Mitarbeiter,

der fast 6 Wochen andauernde Arbeitskampf führt jetzt in eine gefährliche Krise. Wir haben Sie über den jeweiligen Verhandlungsstand und die sachlichen Bemühungen der Arbeitgeber informiert, den Arbeitskampf zu beenden.

Mitte dieser Woche schien endlich eine Einigung greifbar nahe. Aber die IG Metall verzichtete erneut die Hoffnungen auf eine Wiederherstellung des Arbeitsfriedens. Zum zweiten Mal lehnte sie einen Vorschlag von Minister Farthmann ab. Und dies,

- plötzlich ohne klare Maßgaben der Großen Tarifkommissionen (in puncto Aufgebotswerte) und
- plötzlich die Arbeitgeber ebenfalls bereit waren, sich mit seiner Grundlage mit der IG Metall zu einigen.

Der Vorschlag sah vor:

- 2 bis 3 1/2 Wochen Freizeitchen im Jahr für alle Mitarbeiter mit regelmäßiger Nacharbeit.
- 2 Tage Arbeitsfreizeit für alle Mitarbeiter, die das 50. Lebensjahr vollendet haben.
- 3 Tage mehr Urlaub für alle.
- 4% mehr Lohn und Gehalt für alle, rückwirkend ab 1. November 1978 mit einer Lücke von 15 Monaten.

Die Annahme dieses Vorschlags hätte für alle Mitarbeiter eine enorme Lohnsteigerung und mehr Urlaub gebracht. Für besonders belastete Gruppen von Mitarbeitern, nämlich für Nachtarbeiter und die Älteren, wäre darüber hinaus zusätzliche Freizeit herausgekommen.

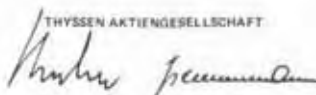
Wir sind sicher, daß die meisten von Ihnen mit uns die Meinung sind, daß dies ein fairen Kompromiß gewesen wäre. Doch er wurde von der IG Metall abgelehnt mit der Folge, daß:

- eine nach 6 Wochen Arbeitskampf einwirkende Streikauflösung nicht wirksam wird,
- die Hälfte aller Streikuntennehmer direkt betroffen wird,
- der Arbeitskampf die schon bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten vergrößert,
- die in jahrelanger Arbeit aufgetauften Verbindungen zu unserer Kundschaft in allen Nah und fern unmittelbar Arbeitsplätze in unserem Unternehmen gefährdet werden.

Das müssen wir Ihnen sagen:

Bisher führte die IG Metall den Arbeitskampf mit dem Anspruch, Arbeitsplätze schwer zu machen, jetzt die IG Metall nicht, daß genau das Gegenteil erreicht wird?

Sie sollten sich zu Wort melden, wenn Sie dem Vorschlag des Vermittlers zustimmen. So würden Sie die besprochenen Erfolge in der IG Metall stärken und mitteilen, daß wir alle um nicht schwere Sorgen um die Zukunft des Unternehmens und seiner Mitarbeiter machen müssen.

THYSSEN AKTIENGESELLSCHAFT


Diese Methode bot den Unternehmern die Möglichkeit zu weiterer Spaltung. Nicht genug damit, daß sie mittels der Aussperrung die Gewerkschaft auf den Knien hatte, nicht genug damit, daß sie über das Farthmann-Modell die Streikenden aufspalteten, sie hatten auch noch die Möglichkeit, die Mitgliedschaft gegen die Führung auszuspielen. Hatte Gesamtmetall-Kirchner schon nach den Kundgebungen die Mitglieder zunächst mit Strafe bedroht wegen der falschen Linie ihrer Führung und sie dann aufgefordert, sich wieder einer vernünftigen Gewerkschaftspolitik zuzuwenden, so schickten jetzt Stahl-Unternehmer in Duisburg und anderswo Briefe an Kollegen, in denen sie aufgefordert wurden, doch endlich für eine Urabstimmung zu sorgen, um die Gewerkschaftsführung von ihrer falschen Fährte abzubringen.

»Diese Leute da draußen«...

Die einzige Orientierungsmöglichkeit boten die Vertrauenskörper von Mannesmann/Huckingen, Thyssen/Hamborn und Hoesch. Und das ist der zweite, der positive Aspekt dieses Streiks. Im Verlaufe des Streiks kamen diese Vertrauenskörper zu eigenständigen Positionen, die sie dazu brachten, Kontakte untereinander herzustellen. War es zu Beginn des Streiks die Streiktaktik selbst, die zum Widerspruch führte, so war es nach drei Wochen die drohende Gefahr der Zersetzung infolge eines spalterischen Abschlusses. Kollegen aus diesen Betrieben waren es, die zu den Tarifkommissionssitzungen gingen und Durchhaltevermögen verlangten. Ihre Zahl schwoll bei der letzten Demonstration vor der Tarifkommission am 8. Januar auf 800 an. Zum Teil mitgetragene Parolen, die sich gegen Kurt Herb richteten (*»Steinkühler komm nach Essen, dann können wir Kurt Herb vergessen!«*), nahm der Vorstand zum Anlaß für Distanzierung, ohne den Hintergrund dieser Demonstration zu begreifen. Oder vielleicht gerade, weil die Führung begriffen hatte, daß ihre Entfernung von der Basis immer größer wurde und sie Gefahr lief, das Bindeglied zwischen Basis und Führung nun selbst zu zerstören? Eugen Loderer: *»Mit den Leuten da draußen hat die IG Metall nichts zu tun«*. Was ist das für eine Führung, die Leute, die sich in ihren Betrieben um gewerkschaftliche Arbeit bemüht haben, so mit Füßen tritt?

Plötzlich waren diese Kollegen nach Ansicht des ZDF Mitglieder von K-Gruppen. Wie bewußt für solche Lügen der Ansatze geschaffen wird, zeigt das Beispiel des ZDF-Reporters Haßkerl, der viele der Kollegen, die da vor der Mülheimer Stadthalle standen, schon von Angesicht kannte oder mit ihnen gesprochen hatte, weil er sich überall aufhielt, wosich etwas im Zusammenhang mit Streik abspielte. Und dann diese Behauptung — und das »unüberhörbare« Schweigen der IG Metall!

Vor der Mülheimer Stadthalle versammelten sich tatsächlich die aktivsten Kollegen und Vertrauensleute, die auch an den bestreikten Werken die Hauptarbeit übernommen hatten. Dort stellten sie auch die Kontakte untereinander her. Sie vereinbarten, in Zukunft die Zusammenarbeit zu suchen.



Bei der letzten Tarifkommissionssitzung kamen noch Klöckner-Kollegen dazu, die dann auch an der letzten Streikversammlung von Mannesmann teilnahmen. Vorher schon waren Kollegen von Hoesch und Mannesmann zum Streikbeginn von Klöckner nach Bremen gefahren. Sie hatten einen Bus organisiert, Koks und einen Ofen eingepackt und »die Flamme des Streiks« nach Bremen gebracht. Dort halfen sie bei der Organisation der Streikposten.

... haben den Kampf gegen die Zersetzung der Gewerkschaft aufgenommen

Wenn es gelingt, diese angefangene Zusammenarbeit der Vertrauenskörper fortzusetzen, so ist damit der Anfang einer wirklichen Gewerkschaftsarbeit gemacht. Wir werden diese Zusammenarbeit bitter nötig haben, wenn es um den Kampf gegen Belegschaftsabbau geht. Die Unternehmer werden versuchen, die Belegschaften gegeneinander auszuspielen, wie es ja z. B. Krupp gerade bei den Schmiedewerken vollzieht. Dagegen helfen nur Informationsnetze, wie sie hier und da schon entstehen.

Es waren aber nicht nur die gewerkschaftlichen Vertrauenskörper, die den Streik und den Kampf um die Arbeitsplätze zu ihrer Sache gemacht haben. In allen bestreikten und ausgesperrten Betrieben haben sich viele bis dahin stille Kollegen für das Streikposten-Stehen gemeldet oder sind einfach zur Unterstützung dazugekommen — oft länger als ihre 8-Stunden-Arbeitszeit. Viele Vertrauensleute mußten feststellen, daß es in ihrem jeweiligen Bereich mehr zur aktiven Mitarbeit bereite Kollegen gibt, als sie bisher angenommen hatten, die sich nun auch nicht mehr scheuten, sich einzumischen und ihre Meinung zu sagen. Oft sind Kollegen, die z. T. nahe beieinander arbeiten, zum erstenmal zum Reden miteinander gekommen. Sicherlich werden viele dieser Kollegen wieder zu ihrem Schweigen zurückkehren, gerade weil sie nach diesem Ausgang noch keine weitere Möglichkeit des Kampfes sehen. Aber von den Erfahrungen des Streiks wird die Gewißheit übrig bleiben, daß die klassenbewußtesten Teile der Belegschaften sich zu einem Kern entwickeln können, der der zerstörerischen Politik der Führung eine Gegenkraft entgegenzusetzen kann. Die Arbeiter gehen aus diesem Kampf anders heraus als sie hineingingen. Sie haben Illusionen verloren, Erfahrungen gewonnen. Ist das nicht ein Fortschritt? Die klassenbewußten Kollegen dürfen sich von diesen Massen nicht trennen lassen. Gewerkschaftsführung und Unternehmensleitungen sehen, wo die Gefahr für sie liegt. Ihnen gegenüber können wir nur standhalten, wenn wir geduldig bei den Massen wirken.

Antwort auf einige Fragen

In weitaus größerem Maße als der Konflikt in der Druckindustrie 1978 wirft Verlauf und Ausgang des Konfliktes in der Stahlindustrie Fragen auf, die entsprechend ihrer Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterbewegung hier behandelt werden sollen. Der Stahlstreik war der praktische Anschauungsunterricht, ob und inwieweit sich die Gewerkschaften den Aufgaben gewachsen zeigen, die in der erst beginnenden Wirtschaftskrise an sie gestellt werden.

1. Frage: Ist der Kampf für die Arbeitszeitverkürzung aussichtslos geworden, nachdem die Tarifabschlüsse in der Metallindustrie auf 5 Jahre die 40-Stunden-Woche festgeschrieben haben?

Die Forderung wurde — gegen den Vorstandswillen auf dem Gewerkschaftstag der IG-Metall durchgesetzt — vom Vorstand aufgegriffen (nach den Pleiten mit der Mitbestimmung, den Aussperrungsklagen, den gerade für die IGM schlechten Betriebsratswahlergebnissen, der Beitragsmüdigkeit u. a.), weil mit Lohnfragen und »Humanisierung« nach all diesen Pleiten die Basis nicht mehr für ihre Statistenrolle bei den Tarifverhandlungen zu mobilisieren war.

Die Unternehmer brauchen für die kommenden Jahre Gewerkschaften, die die Arbeiter disziplinieren und in der abgesclossenen Friedenspflicht festhalten. Sie haben schon erklärt, daß auch nach Ablauf der »5 Jahre« tariflicher Regelung an keine Verhandlungen über die 35-Std.-Woche zu denken sei. Die Unternehmer haben den Einstieg in die 35-Stunden-Woche im Stahlbereich abgelehnt wegen des Übergreifens auf die anderen Industriezweige und den öffentlichen Dienst. Auf dem Boden von Tarifvereinbarungen ist der Einstieg in die 35-Std.-Woche nicht zu erreichen, denn die Unternehmer haben diese Frage zur Klassenfrage gemacht. Deshalb hat die Gewerkschaftsführung gegen Zugeständnisse im Urlaub den Tarif bis 1984 abgeschlossen. Bis dahin ist sie an die »Friedenspflicht« mit allen ihren Konsequenzen gebunden, d. h. bei Nichtbeachtung muß sie mit rechtlichen und finanziellen Folgen rechnen. Die Gewerkschaftsführung kann und wird nichts tun, um die Gewerkschaften aus diesen Fesseln der Unternehmer zu befreien. Das bleibt Aufgabe der klassenbewußten Kollegen in den Gewerkschaften.

Die Unternehmer haben in der Öffentlichkeit den Einstieg in die 35-Stunden-Woche mit der Begründung abgelehnt, daß dies eine Gefährdung der Arbeitsplätze zur Folge haben müsse. Der Arbeitsplatzabbau wird jedoch sehr bald diese Erklärungen der Unternehmer Lügen strafen. Hier ist der Punkt, um den die vom Abbau betroffenen und bedrohten Belegschaften gesammelt werden können. Der **Mitbestimmung beim Abbau** durch Arbeitsdirektoren und Gewerkschaftsvertretern in Aufsichtsräten stellen wir **Kontrolle der Angaben der Unternehmer** durch die Arbeiter oder ihre Vertrauensleute gegenüber, um auf Grund der gewonnenen Erkenntnisse die für die Arbeiter notwendigen Schritte zu organisieren. Dabei können die Vertrauensleutkörper eine wichtige Rolle spielen.

2. Frage: Warum wird die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche gerade in der Stahlindustrie geführt?

NRW ist das Kerngebiet der deutschen Stahlkonzerne, dort ist ihre wirtschaftliche Macht versammelt, nicht nur gegenüber ihrer Konkurrenz in der BRD (Saarland u. a.), sondern auch gegenüber der Konkurrenz auf dem Weltmarkt.

Schon im Druckerstreik wurde der Versuch unternommen, die Unternehmerfront damals hinter den Unternehmern der Druckindustrie aufzubauen. Das scheiterte, weil die Druckunternehmer keine auch nur vergleichsweise einigende Rolle wie die Stahlunternehmer in der deutschen Wirtschaft spielten. Die Unternehmer brauchen freie Bahn für die Einführung der neuen Computertechnik, die mit massenhaften Verlusten von Arbeitsplätzen verbunden ist.

Daß gerade die Stahlunternehmer jetzt die Führung der Unternehmerfront übernehmen, ist für die Gewerkschaftsführung in der BRD ein besonderer Schlag wegen der im Stahlbereich praktizierten paritätischen Mitbestimmung. Was die Unternehmer in diesem Industriezweig in der Wiederaufbauperiode mit den Gewerkschaften verband (*»wir sitzen alle in einem Boot«*), wird jetzt in der Krise als überflüssig beiseite geschoben. Das Kräfteverhältnis zwischen den deutschen Unternehmern und den Gewerkschaften hat sich zu Gunsten der Unternehmer verändert.

3. Frage: War der Abschluß, der durch die 2. Urabstimmung von 51 % der abstimmenden Kollegen mit Ja beantwortet wurde, eine höchst »überflüssige Kapitulation«? (»Revier«) Bedeutet das Ergebnis des Stahlarbeiterstreiks Sieg oder Niederlage für die Streikbewegung?

Mit »Sieg« oder »Niederlage« werden die Dinge vereinfacht, das Anprangern von »Verrat« erklärt nichts. Es muß unterschieden werden, von welchem Standpunkt aus das Ergebnis beurteilt wird. Vom Standpunkt der Gewerkschaftsführung ist das Ergebnis insofern eine neuerliche Pleite — auch wenn sie das Gegenteil behauptet —, als es offenbart, daß die scheinradikalen Phrasen der Gewerkschaftsführungen Erwartungen bei den Mitgliedern geweckt haben, die die Gewerkschaften, so wie sie heute sind, nicht einlösen konnten.

Vom Standpunkt der klassenbewußten Kollegen ist das Ergebnis des Streiks aus demselben Grunde anders zu betrachten. Die an dem Konflikt beteiligten Arbeiter und Angestellten gehen mit neuen Erfahrungen heraus, z. B. daß sie Reden und Taten der Gewerkschaftsführer kritischer und aufmerksamer verfolgen als bisher. Für uns weitaus wichtiger als das rein materielle Ergebnis sind die politischen Auswirkungen, die wir bei vielen Arbeitern feststellen können. Sie sind aufnahmebereiter geworden für die Fragen der Bewegung und der Klasse, und insofern sind der Streik und das Ergebnis für uns als ein Fortschritt anzusehen, von dem aus weiter gearbeitet werden kann.

4. Frage: Warum ist der Streik nicht ausgeweitet worden, wie es viele Vertrauensleute und streikende Kollegen gefordert haben?

Die IG-Metall hat zwar von »Ausweitung« geredet, aber die Führung hat zur Vorbereitung nichts getan, deshalb war das nur Bluff. Was heißt »Ausweitung« im Fall des Stahlarbeiterstreiks? Vollstreik, und das heißt, andere Industriezweige, vor allem die Automobilindustrie, in den Kampf der Stahlarbeiter einzubeziehen. Daß diese Forderung von den Streikenden überhaupt gestellt wurde, ist ja die Konsequenz ihrer Erfahrung, daß die von den Gewerkschaften beschränkt getroffenen Kampfmaßnahmen — beschränkt, weil sie den Unternehmern ja nicht schaden sollten — nicht ausreichten, auch nur einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche zu erreichen.

Schon am Beginn des Streiks wurde sogleich von den Unternehmern nach der **politischen Schlichtung** gerufen, die die IG Metall-Führung dann akzeptiert hat. Die Anrufung der politischen Schlichtung bedeutet, daß eine Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen den Tarifpartnern — entsprechend den Forderungen von unten her — die Konfrontation mit Staat und Regierung zur Folge gehabt hätte. Der Rahmen der sogenannten Tarifautonomie hätte überschritten werden müssen. Die Autonomie der Tarifpartner, die Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuhandeln, ist bestimmt und beschränkt durch die bestehende wirtschaftliche Lage und politischen Machtverhältnisse in der BRD. Diese Beschränkung zu überwinden, erfordert Schritte, die die Gewerkschaftsführung von sich aus nicht gehen kann und auch nicht gehen will, weil sie dann ihr Verhältnis zu den Unternehmern und damit die Grundlage ihrer Tätigkeit als Sozialpartner gefährden würde.



Wo die einen in der Kälte stehen . . .

Die Arbeiter können jedoch **noch nicht** diesen Schritt machen, auch wenn manche von ihnen es wollen, weil für seine Verwirklichung wichtige Voraussetzungen noch fehlen. In vielen Metall-Tarifbezirken haben die Metallarbeiter den Einstieg in die 35-Stunden-Woche bei den Stahlarbeitern als Vorreiter für ihr Nachfolgen angesehen. Die Forderung nach Ausweitung des Streiks steht dem Abstimmungsergebnis von 51 % gegenüber. Von den Befürwortern der Ausweitung wird darauf hingewiesen, daß die *„Mehrheit der Stahlarbeiter aus den Streikbetrieben das Verhandlungsergebnis abgelehnt hat.“* Wenn es so ist — und mit Einschränkungen, z. B. Klöckner/Br., ist der Feststellung zuzustimmen —, so war doch offenbar die Forderung nach Ausweitung **noch nicht** die Forderung der Mehrheit der vom Streik bislang nicht betroffenen Kollegen der Stahlindustrie. Wir glauben, daß diese Feststellung in noch größerem Ausmaß für die Arbeiter der Automobilindustrie und deren Zulieferbetriebe zutrifft.

Das Abstimmungsergebnis bei Klöckner zwingt uns, die Sache ernsthaft zu untersuchen. Zu Beginn des Streiks sind die Kollegen auch in NRW bei der 1. Urabstimmung mehr dem Ruf der Gewerkschaft gefolgt als dem Willen, den offenen Kampf mit den Unternehmern aufzunehmen. Erst im Verlauf des 6wöchigen Kampfes mit den darin liegenden Möglichkeiten eines erheblichen Teiles der streikenden Kollegen, sich über die aktuellen Fragen und den Inhalt des Kampfes in den Streiklokalen und vor den Toren zu beraten und gemeinsam zu handeln, hat sich unter den streikenden Belegschaften und den Vertrauensleuten eine Annäherung entwickelt, die erste praktische Schritte *„auf eigenen Füßen“* zur Folge hatte. Die Reisen z. B. von Hoesch-Kollegen nach Bremen sind ein nicht zu unterschätzendes Moment in dieser Streikbewegung, sie drücken das Bedürfnis aus, mit Arbeitern in anderen Städten, die gleichen Bedingungen in der Gesellschaft ausgesetzt sind, Kontakt aufzunehmen, eine erste Regung also von Klassenbewußtsein. Von der Periode des 'Warmlaufens' in den ersten 3 Streikwochen waren die Klöckner-Kollegen in Bremen von der Gewerkschaftsführung ausgeschlossen, obwohl die Klöckner-Unternehmensleitung den Schwerpunktstreik der IGM mit der Aussperrung der Klöckner-Georgsmarienhütte in Osnabrück beantwortet hatte. Als kurz vor dem Ende des Stahlarbeiterstreiks von der IGM-Führung auch die Bremer Klöckner-Kollegen in den Streik genommen wurden, um der Forderung nach *„Ausweitung“* so Rechnung zu tragen, war sofort auch bei den dort streikbereiten Kollegen festzustellen, daß sie dies nur noch für eine Farce ansahen. Aktive Streikposten vor den Toren erklärten: *„Uns tun die Kollegen an Rhein und Ruhr leid, die 5 Wochen für dieses Ergebnis in der Kälte gestanden haben und vergleichsweise fühlbare Einbußen hingenommen haben an Lohn, die für uns kaum ins Gewicht fallen.“*

Für die IGM-Führung bestand gar keine Notwendigkeit eine gemeinsame Kampffront der Stahlarbeiter herzustellen. Was in dieser Richtung sich entwickelte, geschah ohne und gegen ihren Willen. Es ist den klassenbewußten Kollegen nicht möglich gewesen, der erst im Verlauf des Streiks, besonders unter den Streikenden und Ausgesperrten, sich entwickelnden Kritik an der Gewerkschaftsführung eine solche Stärke zu geben, daß sie der Forderung nach Ausweitung den entsprechend notwendigen Nachdruck verleihen konnte.



Praktische Solidarität: Außerordentliche Sitzung des IG-Metall-Vorstands in Mülheim

. . . machen die anderen eine Sondersitzung
(Dieses Bild wurde mit dem Text von der IG Metall veröffentlicht.)

5. Frage: Was bedeutet die Forderung nach Ablösung Herbs u. ä.?

Diese Forderung ist besonders an Rhein und Ruhr von verschiedenen VKs der bestreikten Betriebe, u. a. Hoesch¹ und Mannesmann, gekommen. Die IG Metall-Führung hat sie zurückgewiesen und Herb selbst hat erklärt: *„... Kurt Herb als Sprecher der Verhandlungskommission — ich lege Wert darauf, daß ich nicht als Verhandlungsführer bezeichnet werde — hat genau das vertreten, was vorher beschlossen wurde...“* *„... es gibt keine Veranlassung, daraus (aus der Kritik) personelle Konsequenzen zu ziehen, weil eine Person in der IG Metall niemals allein für etwas verantwortlich sein kann.“* — Führung und Basis reden aneinander vorbei. Es geht an der wirklichen Bedeutung vorbei, wenn vom Verrat der Bürokratie und andererseits der Kampfbereitschaft der Basis gesprochen wurde. Bürokratie und Mitgliedschaft stehen in Wechselbeziehungen und Wechselwirkungen. Die wirtschaftlichen Veränderungen üben auf dieses Verhältnis einen

¹ Resolution des Vertrauenskörpers von Hoesch: *„Mit Personen, die ihre Glaubwürdigkeit gegenüber der Mitgliedschaft verspielt haben, kann man in Zukunft keine Tarifpolitik mit Aussicht auf Erfolg betreiben.“*

Erste Konsequenzen

Aus der Resolution des Vertrauensleutekorpers von Mannesmann Duisburg-Huckingen an den Vorstand der IG Metall vom 15. Februar 1979

„... Kollege Herb muß zurücktreten, aufgrund seiner offensichtlichen Unfähigkeit, einen Arbeitskampf erfolgreich zu Ende zu führen.“

Unsere Kritik an den Kollegen Janßen, Mayr und Loderer wird zwar erst auf dem Gewerkschaftstag Konsequenzen finden können, wir sagen aber schon heute, daß alle drei Kollegen für eine Wiederwahl unsere Stimme nicht erhalten werden.“

Außerdem müssen wir uns folgenden Überlegungen zuwenden:

1. Konsequenzen für die Tarifkommission
 - Änderung in der Zusammensetzung der Großen Tarifkommission (Schlüssel der Vertretung/Anteil der hauptamtlichen Funktionäre/Art der delegierenden Betriebe)
 - Protokolle über Sitzungen der Großen Tarifkommission
 - Öffentlichkeit für IG Metall-Mitglieder
 - namentliche Abstimmung
 - gebundenes Mandat
2. Satzungsänderung
 - Änderung der Bestimmungen über Mehrheit bei Urabstimmung
 - Umwandlung der Funktion des Bezirksleiters in ein Wahlmandat . . .“

Ähnliche Forderungen wurden auch von den Vertrauensleutekorpern der Hoesch-Werke Phönix und Westfalenhütte und Thyssen AG/Duisburg-Hamborn verabschiedet.

Einfluß aus. Die bislang relativ ruhige, die Bürokratie akzeptierende Basis kommt mit der Führung in Konflikt, und umgekehrt die Führung mit der Basis. Letztere, weil ihre Ansprüche an die Gewerkschaften keine Erfüllung mehr finden, erstere, weil an der Basis das geduldige Hinnehmen der Tätigkeit der Bürokratie als Interessenvertreter in Tarifverhandlungen sich in der Krise auflöst.

Dem Standpunkt Herbs kann aus seiner Sicht eine gewisse Folgerichtigkeit nicht abgesprochen werden. Daß er die Solidarität und Verantwortlichkeit der gesamten Gewerkschaftsführung für sich in Anspruch nimmt, ist insofern berechtigt, als die Politik, die er vertreten hat, die der Gewerkschaftsführung ist. Die Person Herbs ist ein Stein in dem Mosaik der Gewerkschaftsbürokratie, deren politischer und organisatorischer Einfluß nicht dadurch beendet wird, daß ein Steinchen aus dem Mosaik herausgenommen und ein neues eingefügt wird. Die Forderung der Ablösung Herbs bekommt allein dadurch einen wirklichen Wert für die Arbeiter,

1. weil und insoweit sie verbunden ist mit der längst fälligen und bislang von den Arbeitern versäumten Auseinandersetzung der Mitglieder und Vertrauensleute mit der Gewerkschaftsführung über die Fragen der Politik und Strategie der Gewerkschaften. Man lasse sich nicht täuschen von Redensarten wie: *»Wir hatten ohnehin vor, eine Manöverkritik zu machen und zu Schwachpunkten Stellung zu nehmen.«*

Außerdem werden wir eine Dokumentation über den Streikverlauf erarbeiten... (Herb) — Ein gutes Beispiel, wie so eine *»Manöverkritik«* aussieht — allein der Ausdruck ist zurückzuweisen, weil der Streik ja schließlich kein Manöver, d. h. keine Spielerei, sondern bitterer Ernst für die Arbeiter war —, liefert die IG Druck durch die *»Dokumentation«* ihres 1. Vorsitzenden Mahlein zum Arbeitskampf in der Druckindustrie 1978. — In der *»Dokumentation«* findet sich kein Wort über die Auseinandersetzungen in der Organisation zwischen Führung und Basis um den Inhalt und die Strategie der Gewerkschaftsführung im Streik, stattdessen ein Sammelsurium oberflächlicher Feststellungen, auf die wir noch zurückkommen werden. Allein die oft gestellte Frage, wo eigentlich Mitglieder der Gewerkschaften auf Versammlungen ihrer Organisation noch ihre Meinung äußern können, zeigt, daß das besonders in der IGM keine leichte Sache ist angesichts der Erstickung jeder lebendigen gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzung in den Gewerkschaften durch eine alles besser wissende Bürokratie.

2. daß es nicht damit getan ist, Forderungen auf Abberufung zu erheben, daß wir uns auch zusammenschließen müssen, um die Verwirklichung durchzusetzen. Dann allerdings bekommt die Forderung nach Abberufung Herbs einen gewerkschaftspolitischen Charakter, der für die Zukunft unserer Gewerkschaften von großer Bedeutung ist.

»Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme« (Marx an Bracke).

6. Frage: Hätte die Gewerkschaft den Kampf strategisch und taktisch anders führen können, als sie ihn führte?

Die Finanzen bilden die *»Grundlage«* der Streikstrategie der Gewerkschaftsführung. Da der Streik — nach ihrer Auffassung — *»das letzte Mittel«* ist, heißt das, wenn das Geld alle ist, ist der Kampf beendet — bis die Kassen wieder voll sind, wenn sie überhaupt wieder voll werden.

Die nebenstehenden *»Anweisungen«* sind die entsprechend **strategische** Ergänzung zu der politischen Beschränktheit unserer Gewerkschaftsführungen, die wiederum nur deren Gefangenschaft im *»goldenen Käfig«* der bestehenden Ordnung demonstriert. Für sie sind Arbeiter und Angestellte, die in den Streik geführt werden, gleichsam Soldaten irgendeiner bürgerlichen Armee, die gegen Sold (Streikunterstützung) kämpfen und sonst keine Bewegung und keine Regung von sich zu geben haben, die nicht von der Führung vorgeschrieben und reglementiert sind.

Ihre *»Phasentaktik«* ist ein Produkt bürokratischer Sandkastenspiele, bei denen die Unternehmer die ihnen zugedachte Rolle nicht spielen. Im Gegenteil schätzen sie die *»Manöver«* als Verzicht auf wirksame Kampfmaßnahmen ein. Die Gewerk-

Die örtlichen und zentralen Gewerkschaftsführungen haben dieses *»Merkblatt für Streikende an alle Arbeiter und Angestellten der bestreikten Betriebe«* herausgegeben.



Klöckner Werke AG, Hütte Bremen Merkblatt für Streikende Für alle Arbeiter und Betriebsangestellte

Um einen reibungslosen und ordnungsgemäßen Ablauf während des Streiks zu gewährleisten, haben sich alle Mitglieder an die Anweisungen der Streikleitung zu halten.

Anweisungen werden entweder im Streiklokal oder durch die *»Streiknachrichten«* bekanntgegeben.

Alle am Streik beteiligten Mitglieder müssen sich am ersten Streiktag zwecks Registrierung in dem zentralen Streiklokal in der Zeit von 8 bis 16 Uhr melden. (Streikzelt der IG Metall, Auf dem Delben, vor dem Verwaltungsgebäude.)

Jedes streikende Mitglied ist verpflichtet, auf Anweisung Streikpostendienst zu leisten.

Bei der Registrierung muß jedes Mitglied, das am Arbeitskampf teilnimmt, die IG Metall zur Durchführung der Weiterversicherung in der Krankenversicherung bevollmächtigen.

Jedes Mitglied, das am Streik beteiligt ist, erhält eine Kontrollkarte.

Jedes streikende Mitglied muß sich **täglich** in einem Streiklokal melden. Dabei wird die Kontrollkarte gestempelt. Kontrollkarte sorgfältig aufbewahren. Sie ist ein Dokument und wird zur Abrechnung der Streikunterstützung benötigt.

Streikunterstützung wird nur für die Tage gezahlt, die in der Kontrollkarte gestempelt sind. Die Auszahlung der Streikunterstützung wird im Streiklokal bekanntgegeben.

Private Ratenzahlungen sind eventuell stunden zu lassen. Schwierigkeiten im Streiklokal melden.

Wird das streikende Mitglied krank, so muß es sich in seinem Streiklokal unter Abgabe der Kontrollkarte und Vorlage einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung abmelden lassen.

Nach Beendigung des Urlaubs oder nach Beendigung der Arbeitsunfähigkeit während des Streiks haben sich die Mitglieder in dem für sie zuständigen Streiklokal zu melden.

Jedes Mitglied hat wahrheitsgemäße Angaben über Familienstand, unterhaltsberechtigzte Angehörige, Kindergeld u. ä. zu machen.

Die Bekanntmachungen der Streikleitung sind aufmerksam zu verfolgen.

Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen der Streikleitung können den Entzug der Streikunterstützung zur Folge haben.

Nach Beendigung des Streiks ist die Arbeit unverzüglich wiederaufzunehmen.

schaftsführungen behandeln die Arbeiter, die gegen die Unternehmerangriffe kämpfen sollen, so wie Friedrich *»der Große«* seine Soldaten behandelt hat. Das hat einen Grund: sie fürchten, die Kontrolle über die Mitgliedschaft zu verlieren. Aber eine **erfolgreiche** Verteidigung gegen die Unternehmerangriffe ist nur zu führen, wenn die Arbeiter *»Soldaten«* mit Herz und Verstand bei der Sache sind, mitdenken und mithandeln und fähig sind, die Maßnahmen an ihrem Kampfabschnitt mit denen an den übrigen Abschnitten zu koordinieren. Dazu braucht man keine **Befehlsempfänger**, sondern denkende Arbeiter! Keine Herde von Gefolgsleuten,

die, wie Detlef Hensche es in der IG Druck im letzten Konflikt gegenüber seinen Kritikern ausdrückte, »zur Fahne zu stehen haben«, auf Anweisungen zu warten, sondern klassenbewußte Arbeiter, die verantwortungsbewußt gegenüber ihren Kollegen im Betrieb und gegenüber der Klasse handeln können, weil sie in den Kämpfen gelernt haben, verantwortungsvoll zu handeln. Der von der Bürokratie verordnete »reibungslose und ordnungsgemäße Ablauf«, der Katalog von Verboten, Zuwiderhandlungen gegen die Verbote, Anweisungen und Aufforderungen zur Wahrheitsliebe — da fehlt nur noch: keine Grünanlagen betreten — erinnert an die Schulordnung in preußischen Kadettenanstalten. Nur daß eben die Gewerkschaften Schulen des Klassenbewußtseins sein müssen und keine Kadettenanstalten. Wo es um die Verteidigung der Klasseninteressen der Arbeiter und Angestellten geht, da müssen die Arbeiter wissen, um was es geht und was das Klasseninteresse erfordert.

Die Bürokratie kann mit den Regungen an der Basis nichts anfangen, sie stören die Tätigkeit der Bürokraten und sind ihnen ein Greuel. Die gedankenlose Besserwisserie der Bürokratie muß von uns deshalb bekämpft werden.

7. Frage: Wie muß der Kampf weitergeführt werden?

Er kann nicht erfolgreich geführt werden, wenn er auf die betriebliche und lokale Basis beschränkt wird. Umgekehrt müssen die im Streik entstandenen überbetrieblichen und gewerkschaftlichen Verbindungen unter den Kollegen ausgebaut und gepflegt werden. Die Solidarität untereinander, wie

sie sich in den vergangenen Jahren langsam entwickelt hat um die in Not geratenen Kollegen in Erwitte, Kalletal, Brake und nicht zuletzt unter den Kollegen der Bremer Tageszeitungen, muß weiter ausgebaut werden. Es kommen Aufgaben auf uns zu, wo sich diese Verbindungen bewähren werden. Nur wenn und insoweit die klassenbewußten Kollegen der einzelnen Betriebe und einzelnen Gewerkschaften diese Verbindung untereinander ausbauen, können sie verhindern, daß die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen zwischen den einzelnen Belegschaften von unseren Gegnern zu einem Teile und Herrsche gegen uns ausgenutzt wird.

So können wir eine höhere Stufe der Vereinigung der Arbeiter finden, die es möglich macht, gestellte Aufgaben erfolgreicher zu lösen. Auf der Grundlage zunehmender Verbindungen von Betrieb zu Betrieb, Branche zu Branche, Gewerkschaft zu Gewerkschaft können wir die Gewerkschaften vor dem Verfall bewahren, in den die politische Beschränktheit dieser Gewerkschaftsführung die Organisation unweigerlich hinein führt.

Wie alle, die ernsthaft versuchen, Widerstand gegen den Zerfall und das Chaos, das diese Gesellschaft hervorruft, zu organisieren, müssen wir uns die Antworten auf die Fragen, die sich uns in diesem Zusammenhang stellen, erst gemeinsam erarbeiten. Wir sind dabei angewiesen auf die Diskussion und Anregung derer, die ebenfalls versuchen, Erklärungen zu finden und die Aufgaben, die sich uns stellen, zu erfassen.

In diesem Sinne fordern wir unsere Leser auf, Stellung zu nehmen zu den gestellten Fragen und Antworten, sie zu kritisieren und zu ergänzen.

Die Redaktion

Chronik des Stahlarbeiterstreiks 1978/79

Zusammengestellt aus Artikeln in Tageszeitungen, IGM-Veröffentlichungen und Flugblättern der Kollegen aus den Betrieben. Die Informationen, die über die Zeitung »REVIER« kamen, waren besonders wertvoll.

Forderungen zur Tarifrunde in Stahlbetrieben:

28. 4. Vertrauenskörper (VK) Hoesch Phoenix: 35-Std.-Woche, Rente ab 55, Sonderregelung für Schichtarbeiter.

23. 5. VK Thyssen Gemeinschaftsbetrieb Eisenbahn und Häfen: 35-Std.-Woche; Ablehnung, diese Forderung mit der kommenden Lohnrunde zu verquicken.

26. 5. Heinrichshütte Hattingen: Kollegen fordern 35-Std.-Woche.

3. 6. IGM-Vertreter-Versammlung Bremen: Auf Initiative von Klöckner-Kollegen Forderung der 35-Std.-Woche. —

VK Mannesmann Hüttenwerke: In den kommenden Jahren sollen 50 000 Kollegen »freigesetzt« werden, rein rechnerisch brauchen bei der 35-Std.-Woche 37 500 Kollegen nicht abgebaut werden. Forderungen: 35-Std.-Woche, unabhängig davon als Ziel 6 Wochen Urlaub, vorgezogenes Rentenalter, keine Verrechnung mit der Lohnrunde.

7. 6. VK Stahlwerke Südwestfalen, Werk Vorhalle: 35-Std.-Woche, Rente ab 55, Sonderregelung für Schichtarbeiter.

15. 6. VK Klöckner Bremen: Forderung der 35-Std.-Woche und Herabsetzung des Rentenalters.

Beginn der Tarifrunde

16. 6. Große Tarifkommission /Stahl (GTK): Nach 11wöchiger Diskussion wird der Beschluß gefaßt: 35-Std.-Woche als Endziel, auch durch Freizeitausgleich. Es werden Möglichkeiten der Sonderregelung für Ältere aufgezeigt, Einkommensverbesserungen gefordert.

Thiele von Gesamtmetall: »Es ist frommer Selbstbetrug zu glauben, mit weniger Arbeit für alle ließen sich Arbeitsmarktprobleme lösen.«

13. 7. Vorstand des Unternehmensverbandes Eisen- und Stahlindustrie beschließt einstimmig mit den Voten der

Arbeitsdirektoren, die Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich abzulehnen. Man will verhandeln, aber nicht über die wöchentliche Arbeitszeit. Weisweiler: »Bei Urlaub sind wir nicht so unnachgiebig. In Teilen der Belegschaften sind Arbeitskraftreserven. Schichtarbeit ist unbeliebt, für einige Facharbeiten sind keine Kräfte zu bekommen.«

Sept. Klöckner Bremen: Nachdem der Werksvorstand erklärt hat, 700 Arbeitsplätze sollen vernichtet werden, lehnt der Betriebsrat die Zustimmung zu Mehrarbeit ab. Es werden ohne Zustimmung des Betriebsrates Überstunden verfahren. Daraufhin erreicht der Betriebsrat über das Arbeitsgericht, daß in solchen Fällen in Zukunft 500 000 DM Strafe von Klöckner gezahlt werden muß. Eine Kommission nimmt die Tätigkeit auf, die Mehrarbeit in feste Arbeitsplätze umzuwandeln.

22. 8./13. 9./16. 10. Die Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzung enden ohne Ergebnis, die Unternehmer lehnen kategorisch ab.

6. 9. dpa-Interview mit Loderer: Die IGM läßt sich in Arbeitszeitfragen nicht aufs nächste Jahr vertrösten.

27. 9. Vor der GTK sagt Herb: Es sei mittlerweile bekannt, daß die von den Brauereien mit der NGG geschlossenen Tarifverträge unter massivem Druck aller Unternehmensverbände rückgängig gemacht worden seien aufgrund des Einstiegs in eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die IGM müsse dies als Härtestes begreifen, hier würden Zeichen gesetzt, vor denen die IGM nicht zurückweichen dürfe.

14. 10. Über 30 000 Gewerkschafter demonstrieren in Dortmund gegen Arbeitslosigkeit und Aussperrung — trotz schwacher Mobilisierung der DGB-Gewerkschaften, die nur bis 15 000 Teilnehmer erwartet hatten.

16. 10. VK Krupp Rheinhausen bekräftigt die Forderungen nach der 35-Std.-Woche, angesichts der geplanten Einsparung von Arbeitsplätzen. Durchsetzung ohne Kampfbereitschaft der Kollegen nicht möglich bei der sturen Haltung der Unternehmer. Durch Mobilisierung der ganzen Belegschaften ist die 35-Std.-Woche mit Hilfe eines Arbeitskampfes durchzusetzen.

20.10. Die IGM beginnt mit der Herausgabe der »metall-Nachrichten für die Stahlindustrie« und macht Stimmung: »Wollen Stahlbosse den Arbeitskampf?« »Nach dem 3. November wissen wir mehr«.

27.10. Herb: Gegenüber der süddeutschen Zeitung äußert er nachdenklich: Nach dreimaligem Nein der Arbeitgeber zur 35-Std.-Woche sei die montane Mitbestimmungswelt nicht mehr in Ordnung.

Scheitern der Verhandlungen

3.11. Die Unternehmer bieten 2 Tage mehr Urlaub und 2,1 Prozent Lohnerhöhung als Ausgleich der Preissteigerungsrate, aber: keine Unterschreitung der 40-Std.-Woche. Dieses Angebot lehnt die GTK einstimmig am 6.11. ab.

7.11. Die Unternehmer erklären die Verhandlungen über die 35-Std.-Woche für gescheitert.

Zweite Stahlkonferenz der IG-Metall mit den Betriebsrats- und Vertrauenskörpervorsitzenden. Herb: Wir haben nicht vergessen, daß sich einst die Repräsentanten der Stahlindustrie als Steigbügelhalter des Faschismus in Deutschland hervorgetan haben. Der Geist der heutigen Sprache von Stahlunternehmern drängt erschreckende Parallelen zu damals auf.

8.11. GTK beantragt einstimmig, das Scheitern der Verhandlungen über Löhne und Gehälter zu erklären und die Urabstimmung für den 18.—21. 11. festzusetzen. Sie faßt eine Entschliebung: »Mit ihrem provokatorischen Verhalten knüpfen die Arbeitgeber der Eisen- und Stahlindustrie direkt an die ungunstigen Traditionen der Stahlbarone der Weimarer Republik an«.

Duisburg: Kollegen von Mannesmann-Huckingen erweitern ihre Pausen und sprechen mit ihren Vertrauensleuten über den Stand der Verhandlungen.

10.11. In einer Sondersitzung beschließt der IGM-Vorstand die Urabstimmung und Großkundgebungen in den Städten des Tarifbereichs für den 17. 11.

17.11. An 18 Orten im Ruhrgebiet, in Bremen, Osnabrück und Bielefeld finden **Kundgebungen** statt. Loderer: Wenn jetzige Beschäftigtenzahl erhalten werden soll, muß bis 1985 die wöchentliche Arbeitszeit um rund 16 Stunden gesenkt werden. Wenn die Arbeitszeit unverändert bleibt, sinkt die Beschäftigtenzahl um die Hälfte, bei 5 Stunden weniger wird der Beschäftigtenabbau nicht gestoppt, aber auch nicht beschleunigt. Das ist die Tarifpolitik und Linie der IGM. — Nach Angaben der IGM nahmen 120 000 teil. Alle Kundgebungen fanden während der Arbeitszeit statt. »Machtvolle Warnstreiks« schreibt die IGM. »Laßt euch nicht irremachen — dein Arbeitsplatz von morgen muß heute erkämpft werden«.

18.11. Vertrauensleutenkonferenz. Referat von Lutz Dieckhoff: Er spricht auch über den Stahlarbeiterstreik und in diesem Zusammenhang von Klassenkampf von oben. Die Forderung sei eine politische Forderung, die Unternehmer stellten die Machtfrage. Wir haben es immer noch mit Wirtschaftskrisen zu tun.

20.11. Mit 300 000 Beschäftigten hatte die Stahlindustrie NRW schon zu Beginn der 60er Jahre ihr Maximum an Arbeitsplätzen. Ende 1978 werden nur noch 200 000 übrig sein. Einen um fast die Hälfte höheren Ausstoß schafften die Stahlwerke des Reviers 1974 mit einer um 60 000 Mann kleineren Belegschaft als 1960. Ein Beispiel für den technologischen Fortschritt in einer alten Branche, bei dem sich gerade die Stahlkocher an der Ruhr heute als die am modernsten ausgerüsteten in Europa brüsten können. Die Anzahl der Hochofen erreichte zu Beginn der 60er Jahre einen Höchststand, inzwischen ist sie aber um die Hälfte auf 44 dezimiert. Davon sind jedoch nun in der Stahlkrise nur noch 22 unter Feuer. (»Welt«)

Arbeitslosenquoten November 1978:

Bochum: 6,7 %, Dortmund: 6,5 %, Gelsenkirchen: 7,6 %, Hagen 5 %, Hamm 5,9 %, Iserlohn 3,6 %. Gesamt-NRW: 4,8 %, Ruhrgebiet: 6,2 %.

IG Metall streikt

18.—21.11. **Urabstimmung:** »Bist du bereit, für folgende Forderungen zu streiken: Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich mit Ziel der 35-Stunden-Woche, auch durch Freizeitausgleich...?« — Ergebnis:



86,96 Prozent für Streik. Von 155 678 IGM-Mitgliedern stimmen 135 342 für Streik, 12 465 dagegen (8 Prozent).

23.11. GTK empfiehlt Streikbeginn für 28.11. Herb: Das Urabstimmungsergebnis und die vorausgegangene Kundgebung der 120 000 Metaller sind ein eindeutiges Votum zum Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Allein das Gesprächsangebot der Arbeitgeber sofort nach der Urabstimmung macht deutlich, daß das bei den Stahlindustriellen deutliche Spuren hinterließ. Es wird sich herausstellen, ob ein ernsthaftes Angebot oder nur taktische Mätzchen dahinter stecken.

23.11. Der IGM-Vorstand beschließt den Streikbeginn für den 28.11., nimmt aber auch das Gesprächsangebot der Unternehmer an.

23.11. (»Welt der Arbeit«) Herb: Wir streben eine stahltypische Lösung an, mit Bündelung der Freischichten im Jahr. Esser: Stahlunternehmer führen den Kampf für alle Unternehmer. Die Verhandlungen verlaufen in gespannter, frostiger Atmosphäre.

24.11. Loderer in »Metall«: Es ist die Arbeitgeberseite, die ein Exempel statuieren, den sozialen Fortschritt auf der ganzen Linie aufhalten will. Sie werden die IG Metall kampfstark finden. Uns ist es ernst.

24.11. Tarifverhandlungen mit dem **Unternehmerangebot: 6 Wochen Urlaub für alle** (zwischen 3 und 9 Tagen je nach Alter), 3 Prozent mehr Lohn, aber: die 40-Std.-Woche ist unverzichtbar. — »Kurt Herb, du weißt Bescheid — 5 Stunden weniger Arbeitszeit«: Parole der Kollegen von Thyssen, Mannesmann und Krupp, als sie der Verhandlungskommission den Rücken stärken.

25.11. GTK lehnt das 6 Wochen Urlaubsangebot ab.

27.11. Die Unternehmer erheben Forderung nach einem **politischen Vermittler**, IGM lehnt ab. Weisweiler droht mit Aussperrung. Unternehmer lehnen in einem mit Unterhändlern der IGM geführten Gespräch in Krefeld jedes weitere Zugeständnis ab. In der Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes wird von den Vorstandsvorsitzenden der Konzerne Aussperrung beschlossen, »um die Verhältnismäßigkeit der Mittel zu wahren«. — Janßen (IGM-Vorstand): Die Aussperrung nehmen wir nicht tatenlos hin.

28.11. **Streikbeginn** in 8 Betrieben. Das ist auch der Tag, an dem die Mitbestimmungsklage der Unternehmer vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt wird. — Es treten 37 000 IGM-Mitglieder in den Streik. Bestreikte Betriebe: Thyssen: Hamborn-Beekerwerth, Hüttenheim und Meiderich; Mannesmann: Huckingen, Kammerich-Stahlform und Röhrenwerk Brackwede; Hoesch Westfalenhütte; Friedrich Krupp Hütte (Düsseldorf); Stahlwerke Südwestfalen AG (Dillenburg). — Loderer lehnt in Dortmund eine politische Schlichtung ab. — Die Vertrauensleute Klöckner Bremen stellen fest, daß im Warmwalzwerk die Tonnenzahl auf volle Kapazität gebracht ist. Im Kaltwalzwerk stehen Vorgesetzte an den Anlagen und treiben die Produktion an. Die Verladung bringt neue Rekorde,

lange Schlangen von LKWs sind vor den Toren und auf den Werksstraßen.

Herb vor Journalisten: Wir hatten den Eindruck, daß die Arbeitgeber uns nicht ernst genommen haben. Nun soll mit dem Streik unterstrichen werden, wie ernst es der Gewerkschaft ist.

Krupp Hohenlimburg: Der Betriebsrat verhindert, daß ein Teil der Belegschaft geschlossen in die Packerei abkommandiert wird, damit die dort lagernden Produkte noch vor der Aussperrung an die Kundschaft geliefert werden können. —

Bremen: In den Tageszeitungen »Weser-Kurier« und »Bremer Nachrichten« unterbleibt das Erscheinen der Anzeige des Unternehmerverbandes.

29. 11. »Um die Streikfolgen möglichst gering zu halten, hat die Arbeitsgemeinschaft Eisen- und Stahlverarbeitende Industrie in Düsseldorf eine Clearingstelle eingerichtet, die Hilfestellung geben will bei der Umlaufung von Aufträgen von bestreikten auf unbestreikte Stahlproduzenten«. (Welt)

Dank der Yen-Aufwertung hat der Druck der Japaner auf dem Stahlmarkt stark nachgelassen. Die Nachfrage auf den fernöstlichen Märkten und in den USA ist gestiegen, so daß die Konkurrenz aus Korea, Australien oder Indien nicht mehr zu exotisch niedrigen Preisen konkurriert, sondern im eigenen Land benötigt wird, deshalb geht billiger italienischer Stahl auch nicht mehr auf den deutschen Markt. Die Baukonjunktur hat sich belebt, die Automobilkonjunktur hält unvermindert an. Jan.—Okt. 78 Rohstahlproduktion um 9,3% über der Menge in der gleichen Vorjahreszeit (FAZ).

Aussperrung

30. 11. Zentrale Kundgebung in Bochum gegen Aussperrung. Über 10 000 Teilnehmer. Herb: Es geht nicht um 3 Tage Mallorca, sondern um die Erhaltung der Arbeitsplätze. — IGM fordert nachdrücklich die Arbeitgeber auf, ein realistisches Angebot vorzulegen. Janßen (IGM) an die Unternehmer: Ihr könnt auch eine andere IGM haben.

30. 11. Streikversammlung Mannesmann-Huckingen, Resolution: Wir fordern das gesetzliche Verbot der Aussperrung. Bis dahin müssen wir uns aber selber wehren, das einzig wirksame Mittel gegen Aussperrung ist der geschlossene Streik in allen Stahlwerken des Tarifbezirks. — In einer Streikversammlung von Thyssen Hamborn wird als Antwort auf die Aussperrung die Einbeziehung aller Stahlbetriebe des Tarifbezirks in die Streikfront gefordert.

Mannesmann-Mülheim: Kollegen demonstrieren vor dem BR-Büro und der VK beschließt die Forderung, die Großröhrenproduktion mit in den Streik zu nehmen, um der Mehrheit der Kollegen ihres Betriebes, die ausgesperrt werden, nicht in den Rücken zu fallen. Die 3000 werden am 1. 12. von der zentralen Streikleitung mit in den Streik hineingenommen.

»Vorwärts«: Vor dem ersten Stahlarbeiterstreik nach dem 2. Weltkrieg gefragt, was er denn als seinen bisher größten gewerkschaftlichen Erfolg werte, meint Herb, den Arbeitsfrieden an Rhein und Ruhr erhalten zu haben, »wenn manchmal auch nur mit List und Tücke«.

Erste Streikwoche Mannesmann-Huckingen: Gegen die Streikleitung (Herb, Bulitz und Stommel) wird eine einstweilige Verfügung erlassen, in der Auflagen für die Streikposten gemacht werden.

Freier Durchgang zum Werk darf nicht durch irgendwelche Maßnahmen behindert werden. Strafen von 10 000 Mark oder 6 Monate Haft werden angedroht. Die Streikposten bilden ein 20 m langes Spalier als hohle Gasse für die höheren Angestellten. Spießrutenlaufen ohne Spieße, Spott und Gelächter als Waffe.

1. 12. Aussperrung der Kollegen in 8 Betrieben mit ca. 28 000 Kollegen. Thyssen Niederrhein, Mannesmann Röhrenwerke Mülheim, Hoesch Phoenix, Klöckner Stahlwerk Osnabrück, Friedrich Krupp Hütte Hohenlimburg und Werdohl, Krupp Stahlwerk Niederschelden und Hagen. — Auch die streikenden Kollegen werden ausgesperrt, so daß insgesamt ca. 66 000 Kollegen betroffen sind. — Durch Streik und Aussperrung liegen jetzt 40 Prozent der deutschen Rohstahlkapazitäten still. Im betroffenen Tarifbezirk 60 Prozent. Weisweiler: »Die Vorräte reichen zwischen 14 Tagen und 2 Monaten«.

Loderer in der »Welt«: »Wir wollen kein gesetzliches Verbot der Aussperrung. Das Bundesarbeitsgericht hat die Aussper-

rung legalisiert und muß sie vom Tisch bringen. Auf Aussperrung reagieren wir hart und sauer«.

Protestkundgebungen der Ausgesperrten in Oberhausen, Mülheim, Dortmund, Hohenlimburg, Werdohl, Niederschelden, Hagen und Osnabrück. — Der Streik wird auf die Großröhrenproduktion Mannesmann Röhrenwerke in Mülheim ausgeweitet. — Müllwerker des städtischen Fuhrparks fahren mit Müllautos und Transparenten bis vor die Hauptverwaltung von Hoesch und bekunden Solidarität in der Protestkundgebung der Hoescharbeiter. —

In der ersten Streikwoche geht in den Betrieben eine Flut von Geldspenden und Solidaritätsschreiben ein. Die Bevölkerung bringt Sachspenden. Zu den Hoeschtoren kommen Lehrer mit ihren Klassen.

Streikversammlung Mannesmann Huckingen. Es nehmen Kollegen von Thyssen Hamborn, Krupp Rheinhausen, Kammerich Stahlform teil. Sie fordern die Aussperrung mit dem Vollstreik aller Stahlbetriebe zu beantworten.

Sulzbach-Rosenberg Maxhütte: Kollegen des Rohrwerkes streiken 2 Stunden.

Vertrauenskörper Klöckner Bremen an die Kollegen vom »Weser Kurier«: »Die Unternehmerverbände diffamieren euch jetzt als diejenigen, die die Pressefreiheit gefährden. Dagegen sagen wir: Diese Kreise nennen Pressefreiheit ihr Recht, mit ihrer Finanzkraft die Öffentlichkeit zu beeinflussen. . . Ihr habt zur Durchsetzung von Pressefreiheit mehr beigetragen als diejenigen, die sich heute hinter diesem Wort verstecken, um ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen«.

3. 12. Loderer erklärt im Rundfunk, es werde zwar hart gekämpft, danach müsse aber wieder Frieden herrschen und ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Seine Gewerkschaft denkt im Augenblick nicht an bundesweite Warnstreiks.

Forderungen nach Streikausweitung

4. 12. Mannesmann Huckingen: In der Streikversammlung wird gefordert, daß nur der Vollstreik gegen die Taktik der Unternehmen bleibe, die Aufträge der bestreikten Firmen in nicht bestreikte Betriebe zu verschieben. Kollegen fordern die vom Kollegen Steinkühler vorgeschlagenen Solidaritätsaktionen bundesweit zu organisieren. Der DGB wird aufgefordert, Solidaritätsaktionen in allen Gewerkschaften zur Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten zu organisieren.

Verhandlungen der IGM mit den Unternehmern ohne Ergebnis abgebrochen. Die Verhandlung hatte Loderer telefonisch erbeten.

Bei den bevorstehenden Protestaktionen gegen die Aussperrung sind auch Kollegen aus metallverarbeitenden Betrieben aufgerufen. Kirchner von Gesamtmetall droht mit Kündigungen und Schadenersatzklagen für den Fall einer Teilnahme während der Arbeitszeit.

5. 12. Krupp Rheinhausen. Die Kollegen einer Protestversammlung fordern die zentrale Streikleitung auf, den Streik auf alle Betriebe der Eisen- und Stahlindustrie auszudehnen. — Thyssen Hamborn: Die starre Haltung des Arbeitgebers macht es unbedingt erforderlich, weitere Stahlbetriebe des Tarifgebietes in unseren Arbeitskampf einzubeziehen. — Hoesch Dortmund: Kollegen fordern, das Werk Union in die Streikfront einzubeziehen. »Es muß eine Steigerung der Streikmaßnahmen kommen«.

Sitzung der GTK: Tarifkommissionsmitglieder vertreten die Auffassung, daß diejenigen, die für Ausweitung der Kampfmaßnahmen auf weitere Stahlbetriebe oder für Flächenstreik eintreten, RGO-Kurs vertreten. Einstimmig wird die Strategie der IGM bestätigt und die Einschaltung eines Vermittlers befürwortet. Zu dieser Sitzung organisieren Mannesmann Kollegen eine Fahrt, ihre Forderung: Keine faulen Kompromisse.

6. 12. Gemeinsam fordern die Tarifparteien Minister Farthmann auf, im Tarifkonflikt zu vermitteln. Er läßt sich die Auffassungen in getrennten Gesprächen vortragen.

Krupp Rheinhausen: Es versammeln sich wieder Kollegen, die für Einbeziehung in den Streik eintreten. Ca. 6000 Kollegen von Mannesmann demonstrieren im Duisburger Süden mit Thyssen Kollegen. — In Oberhausen findet eine DGB-Kundgebung mit dem Thema Tarifsituation und Aussperrung statt (ca. 800 Teilnehmer). —

Duisburger ÖTV-Kollegen fordern eine Protestkundgebung mit Bildung eines Aktionsausschusses zur Planung und Durchführung dieser und weiterer Aktionen (in Duisburg sollen bis 1981 auf dem Personalsektor ca. 90 Mio DM eingespart werden, das sind 760 Stellen). »Dagegen helfen nur gemeinsame Aktionen aller Betroffenen, und betroffen ist jeder«.

8. 12. Das **Düsseldorfer Arbeitsgericht** lehnt einen Antrag der NRW-Metallarbeiter auf eine einstweilige Verfügung gegen die IGM ab, mit der die Unternehmer die IGM hindern wollen, die Arbeitnehmer der Metallverarbeitung zur Teilnahme an Protestaktionen gegen die Aussperrung aufzurufen. — Das **Arbeitsgericht Hagen** gibt den Arbeitgebern Recht. Protestaktionen der Belegschaften der metallverarbeitenden Industrie werden als wilde Streiks bezeichnet, die gegen die Friedenspflicht verstoßen.

Protestkundgebungen gegen Aussperrung

Kundgebung in Duisburg-Hamborn mit Loderer. Nach Polizeischätzungen demonstrieren 35 000, darunter viele Kollegen der metallverarbeitenden Industrie. ÖTV-Kollegen mit Müllautos demonstrieren mit, die Straßenbahn- und Busfahrer streikten für 1 Stunde. Es solidarisierten sich mit Transparenten und Sprechchören auch Studenten, türkische Arbeiter, chilenische Gewerkschafter. — Die Kollegen von Thyssen-Hamborn erhalten auf dem Kundgebungsplatz ihren Stempel.

10. 12. SPD-Europaparteitag in Köln. Die SPD lehnt generell Aussperrungsaktionen der Arbeitgeber ab, dennoch wird sie keine gesetzliche Initiative für ein Aussperrungsverbot ergreifen. Im Rahmen des Parteitages sprechen sich Loderer und Farthmann unter 4 Augen. Koschnick erklärte: Wir mischen uns in diesen Arbeitskampf nicht ein. Das Ziel der 35-Std.-Woche ist eine gemeinsame Forderung der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften in der Europäischen Gemeinschaft.



12. 12. Nach Angaben der IGM protestierten in 33 Städten 145 000 Gewerkschafter gegen die Aussperrung. Auch Mitglieder anderer Gewerkschaften folgten dem Aufruf zu den DGB-Protestdemonstrationen. In Essen, Mülheim und Dortmund nahmen auch Kollegen von französischen und holländischen Gewerkschaften teil, in Oberhausen aus dem Saarland (Burbacher Hütte). Eine Delegation von Hoogovens aus Holland marschierte bei den Hoesch Kollegen mit: Bei Hoogovens werden keine Überstunden gemacht, und wir kontrollieren jeden ausländischen Auftrag. Von den holländischen Gewerkschaften wird jetzt um die Einführung der 35-Std.-Woche gekämpft werden. »Über die Aussperrung hier bei euch sind wir entsetzt«. — Bergleute nehmen in Gelsenkirchen teil. — In Duisburg-Rheinhausen demonstrieren ca. 5000 Kollegen von Mannesmann und Krupp Rheinhausen zusammen. Wiederholt wird gefordert, daß die starre Haltung der Unternehmer eine weitere Einbeziehung von Stahlbetrieben nötig macht. — Münster: Ca. 300 Busfahrer und Müllwerker streikten 2 Stunden. — In Bochum, Gelsenkirchen, Mülheim und Oberhausen hielten in der ÖTV organisierte Beschäftigte der Verkehrsbetriebe Busse und Straßenbahnen an.

Mülheim: Rund 8000 Stahlarbeiter zusammen mit Kollegen anderer Werke protestieren auf dem Rathausmarkt, Busse und

Straßenbahnen standen während dieser Zeit still. Angehörige der Müllabfuhr fahren mit 20 Müllwagen vor einem von Streikposten besetzten Mannesmanntor auf.

Essen: In den U-Bahn-Tunnels bleiben Züge stehen, 20 Minuten lang fahren keine Straßenbahnen und Busse. Die Fahrgäste werden über die Stahlarbeiterforderungen informiert.

Bochum: Größte Demonstration seit Jahren mit über 10 000 Teilnehmern. Busse und Bahnen stehen auch hier. Ehrenrunde der Müllmänner zum Schichtende am Kundgebungsplatz. Fast 3000 Opel-Arbeiter ziehen 1 1/2 Stunden lang von ihrem Werk bis vor die Tore von Krupp. Dabei hatte die Opel-Werkleitung arbeitsrechtliche Konsequenzen angedroht. In dem Automobilwerk und in etlichen Großbetrieben wurde die Produktion empfindlich gestört.

13. 12. Wersig, Bundesverband Stahlhandel: Im Stahlhandel gibt es bisher keine hektische Bewegung auf der Ein- oder Verkaufsseite. Gleiches ist für die Preissituation zu sagen. Es gibt noch keinerlei Engpässe in der Belieferung.

14. 12. Sitzung der GTK. Herb berichtet nach insgesamt 6 einseitigen Gesprächen mit dem Schlichter: Die Arbeitgeber benahmen sich wie »störrische Kinder«. Sie boten verschiedene Ideen und Modelle an, aber niemals eine Stundenzahl unter 40.

15. 12. Vermittlungsgespräch mit Verabredung für den 16. 12. zu gemeinsamen Gesprächen. Herb: Im 7. Vermittlungsgespräch wären Vorschläge in die richtige Richtung gemacht worden, aber dieser Einstieg in die 35-Std.-Woche mit 4 bezahlten Feierschichten sei noch unzureichend.

Krupp Rheinhausen: Auf Anordnung der zentralen Streikleitung sollen die Blockstillstände zum Jahresende, die vor Wochen festgelegt worden sind, rückgängig gemacht werden. — Gleichzeitig steht in den »metall«-Streik-Nachrichten: »Auch die französischen Kollegen bringen große Opfer für die internationale Solidarität. Sie bestehen darauf, daß die für Dezember vereinbarten Feierschichten nicht reduziert werden, weil sonst Kapazität für die Streikbrecher-Aufträge der deutschen Autofabriken geschaffen würde...«

IG Druck und Papier bekräftigt ihre Absicht, in der kommenden Tarifrunde die Forderung nach der 35-Std.-Woche auf den Tisch zu legen. Hensche: Auf die Dauer können sich die Unternehmer dem nicht verschließen.

Fauler Kompromiß — Ablehnung

16./17. 12. In den ersten gemeinsamen Tarifgesprächen bei Farthmann von 21 Stunden Dauer schaltet sich nachts um 2 Uhr der Vorsitzende Loderer ein.

17. 12. Sitzung der GTK. Die am Morgen um 7 Uhr gefundene Kompromißformel wird abgelehnt und die Verhandlungskommission beauftragt, neu zu verhandeln. »Süddeutsche Zeitung« (SZ): »Diese Formel dürfte im wesentlichen in einem Gespräch zwischen Loderer, Weisweiler und Farthmann zustande gekommen sein«. — Die Mitglieder der Tarifkommission verlangen, daß die Freischichtregelung von 1979 4 Freischichten und ab 1980 insgesamt 6 1/2 Freischichten nicht nur für Nachtschichtler gelten soll, sondern auch für die übrigen Kollegen. — Ca. die Hälfte der Stahlkollegen (100 000) sind Nachtschichtler.

18. 12. Weisweiler: Weitere Rationalisierungen und Abbau der Belegschaft speziell in den Verwaltungen und in den Büros, also in den sogenannten Overheads, seien »auch so klar wie irgend etwas«, denn die deutsche Stahlindustrie müsse auch von ihren Kosten her international wettbewerbsfähig bleiben. (SZ)

Brief der Stahlunternehmer an jeden Kollegen, worin sie das letzte Angebot unterbreiten: Ab 1980 6 1/2 bezahlte Freischichten für Kontiarbeiter, ab 1981 29 Urlaubstage für alle, 4 Prozent mehr Lohn für 15 Monate.

Duisburg: Haushaltsberatung des Rates der Stadt. Vor dem Tagungsort halten ca. 2000 Kollegen der ÖTV eine Protestkundgebung ab. Sie wenden sich gegen Arbeitsplatzabbau in den Betrieben und Verwaltungen Duisburgs. Die Personalpolitik der Mehrheitsfraktion der SPD trägt zur Verstärkung der Massenarbeitslosigkeit bei, statt sie zu bekämpfen (Seit 1976 sind 596 Arbeitsplätze und 162 Ausbildungsplätze beseitigt worden, bis 1981 sollen es weitere 760 sein). Sie protestieren gegen eine Sparpolitik, die letztlich

die soziale Versorgung der Bevölkerung verschlechtern muß. Delegation aus Duisburger Stahlbetrieben von Thyssen Hamborn, Mannesmann, Krupp Rheinhausen nehmen teil, Solidaritätstelegramme und -delegationen unterstützen sie.
19. 12. Neuer erfolgloser Vermittlungsversuch mit Farthmann.
20. 12. Mit 4 Lastwagen rollen Weihnachtspäckchen aus Baden-Württemberg für die streikenden und ausgesperrten Stahlarbeiter an. Die DGB-Gewerkschaften und alle Verwaltungsstellen der IGM im Bezirk Stuttgart haben weit über 12000 mal Weihnachtspäckchen verschnürt, die heute zu den Werkstoren gebracht werden. — Steinkühler spricht mit Streikposten: Er hätte bisher angenommen, es gehe in erster Linie um Humanisierungsmaßnahmen für Schichtarbeiter. Dagegen stellt er fest, geht es vor allem um die **Sicherung der Arbeitsplätze**.



Vertrauensleute- bzw. Streikversammlungen, z. B. bei Thyssen Hamborn, Mannesmann Huckingen, Hoesch, Klöckner Bremen. — Sitzung der GTK. Den Tarifkommissionsmitgliedern wird von Hunderten von Demonstranten aus nordrhein-westfälischen Stahlbetrieben deutlich gemacht, daß die 35-Std.-Woche gefordert wird und das Verhandlungsangebot abgelehnt wird. Eine Kohlschaukel wird vor Herb und Loderer auf den Tisch gelegt. Parolen der Kollegen: *«Der Arbeitskampf, der hört nicht auf, wir legen noch 'ne Schippe drauf»*. *«Die Stahlarbeiter von Krupp, Hoesch, Mannesmann und Thyssen finden diesen Kompromiß beschissen»*. *«Gegen Arbeitsplatzvernichtung — hilft keine Schlichtung»*.

21. 12. Kundgebung der Hoesch-Arbeiter vor der Westfalen-Hütte, in der sie gegen die unverschämten Briefe des Unternehmers an die Belegschaftsmitglieder protestieren.

Meldung von Salzgitter-Stahlhandel: Selbst bei Flachstahl, wo der Arbeitskampf fast 2/3 des deutschen Produktionspotentials lahmgelegt hat, scheinen die zuvor angelegten Verbrauchervorräte und die Kollegenhilfe der nicht bestreikten Werke die hier akutere Gefahr von Versorgungsklemmen noch bis Mitte Januar zu bannen: *«Leider gibt es noch keinen Ansturm der Kunden auf unsere Läger»*. — *«Handelsblatt»* meldet: Nach den Erfahrungen des englischen Ford-Arbeiterstreiks nahmen die Kölner Ford-Werke genügend Vormaterial auf Lager.

22. 12. Info der VKL Thyssen-Hamborn: Mitteilung an den Gesamtbetriebsrat, daß 15,7 Prozent der Gesamtbelegschaft zuviel seien, das sind 5000 Arbeitsplätze, die abgebaut werden sollen. Die Arbeitslosenquote in Duisburg würde dann auf über 10 Prozent steigen. Die Kinder der Stahlarbeiter finden keine Arbeit mehr.

23. 12. Von Klöckner (Bremen), fahren Vertrauensleute und Betriebsräte, darunter einige Ehefrauen, nach Hoesch und Mannesmann. 150 Weihnachtspakete im Wert von 1500 Mark werden überreicht. Diskussionen mit den Streikposten finden statt.

24. 12. Die IGM-Vorstandsmitglieder besuchen die Tore der streikenden Stahlbetriebe. Gespräch zwischen Loderer und Streikposten: Kollege Loderer bedankt sich für die großartige Haltung bis zum heutigen Tag im Namen des Vorstandes. Der VK-Vorsitzende Stommel von Mannesmann fragt nach Ausdehnung des Streikes. Loderer: Der Vorstand wird sich damit

beschäftigen, es können keine Daten genannt werden. Wir werden uns mit dieser Sache auseinandersetzen. Frage: Warum ist nicht mit dem Tag der Aussperrung die zweite Phase eingeleitet worden? Loderer: *«Nein, wir können dazu keine Erklärung auf öffentlichen Plätzen abgeben. Das würde unserer Politik nicht dienlich sein. So sehr ich Verständnis (habe), daß ihr das alle gerne wissen möchtet. Nein, dazu um Gottes willen nicht. Ich werde mich schwer hüten»*. Kollegen betonen, daß sie ihren Vorstellungen Nachdruck verschafft haben und deshalb die GTK die Zustimmung zum Schlichtungsspruch verweigerte. Loderer: *«Nein, nein... Die Kommission hat noch immer den Mut gehabt, eine Empfehlung zu geben... Es war ja kein Gesprächsergebnis, es war ja eine Gesprächsnotiz... Wir haben uns gefreut, als ihr da wart...»*

27. 12. Solidaritätsveranstaltung der türkischen Belegschaftsmitglieder Mannesmann. Trotz Einschüchterung durch die *«grauen Wölfe»*, mit denen die bis jetzt erfolgreiche Veranstaltungsreihe gesprengt werden sollte, waren zum Schluß der Veranstaltung wieder 400 Teilnehmer anwesend, unter anderem wurde der Überfall der türkischen Faschisten in der Türkei, bei dem es über 100 Tote gab, diskutiert.

Werk Union Hoesch stellt mehrere hundert Beschäftigte *«frei»*, weil angeblich keine Arbeit da ist. Weiterzahlung des Lohnes wurde verweigert. Am **28. 12.** erwirkt der Betriebsrat von Hoesch-Union eine einstweilige Verfügung, die die angekündigte Betriebsstillegung der Mittelbahnstraße untersagt. Damit bleibt die Lohnfortzahlungspflicht bestehen.

Abgehen des IGM-Vorstands vom 35-Std.-Ziel

28. 12. Streikversammlung Mannesmann: Es wird bekannt, daß bei den Neunkirchener Eisenwerken im Saarland für die Mannesmann AG Vormaterial zur Röhrenproduktion hergestellt wird. Kollegen in dem Neunkirchener Betrieb sollen versuchen, die Auslieferung des Materials zu verhindern. In einer Resolution unterstützen das die Mannesmann-Kollegen. Sie schreiben: *«Führt keine Streikbrucharbeiten aus, verhindert die Auslieferung...»*

Der IGM-Vorstand und die zentrale Streikleitung entscheiden: Vom 3. 1. an wird der Schwerpunkt-Streik ausgeweitet auf die Betriebe Klöckner Bremen, Krupp Bochum, Thyssen Edelstahlwerke Krefeld (ca. 25000 Beschäftigte). Die IGM sucht beim Arbeitgeberverband um Aufnahme neuer Gespräche baldmöglichst nach. Die Ausweitung des Streiks wird die Flachstahlproduktion statt bisher 60 Prozent zu 80 Prozent lahmlegen. Loderer: *«Das sei schmerzlich, aber unvermeidlich und von uns gewollt.»* — Von den sechs Warmbreitbandstraßen in der BRD werden ab 3. 1. fünf bestreikt; die sechste Walzstraße steht in Salzgitter, wo im Januar auch der Arbeitsfriede zu Ende geht.

29. 12. Streikvorbereitung Klöckner Bremen. Vertrauenskörpersitzung: Die Vertrauensleute sind nicht einverstanden, daß über 600 Angestellte des Verwaltungsgebäudes (auf dem Werksgelände) nicht in den Streik einbezogen werden. *«Das ist Spaltung der Belegschaft.»*

30. 12. Farthmanns Kompromißvorschlag: 3 — 3 1/2 zusätzliche bezahlte Freischichten im Jahr für Nachtschichtarbeiter, 2 Freischichten für Arbeitnehmer über 50 Jahre, 3 Tage mehr Urlaub für alle und 4 Prozent mehr Lohn mit 15 Monaten Laufzeit.

31. 12. Die Verhandlungskommission kam zu der Auffassung, daß die Struktur des Diskussionsvorschlages eine Grundlage für weitere Gespräche sein kann. Das soll am 2. 1. in der GTK entschieden werden.

2. 1. Mannesmann: Eine Resolution wird verabschiedet an den BR der Firma Diederichs-KG Düsseldorf. Sie protestieren gegen fristlose Kündigung eines BR-Mitgliedes, weil er am 12. 12. an der Solidaritätskundgebung für die Stahlarbeiter teilgenommen hat.

Sitzung der GTK. Diskussion des Schlichtungsvorschlages von Farthmann. Mit 86 zu 32 Stimmen entscheidet sich die GTK dafür, auf der Grundlage des Farthmann-Angebotes weiterzuverhandeln. — Die demonstrierenden Kollegen im Saal werden aufgefordert hinauszugehen, diese gehen aber nicht. Die Vertrauenskörperleiter von Thyssen, Mannesmann und Hoesch stellen den Antrag, daß die anwesenden Kollegen teilnehmen können, das wird abgelehnt. Nach einiger Zeit geben die demonstrierenden Kollegen nach und gehen zu den

ca. 500 vor dem Saal versammelten Kollegen zurück. Sie warten auf die Entscheidung und singen »O Tannebaum, o Tannebaum, wer ja sagt, kriegt den Arsch gehauen«. Nach 3 Stunden Sitzung wird das Abstimmungsergebnis mit Empörung aufgenommen. Die Demonstranten stürmen in den Saal und diskutieren mit den wenigen anwesenden GTK-Mitgliedern.

3.1. Thyssen- und Mannesmann-Kollegen besuchen die neu in den Streik einbezogenen Kollegen der Edelstahl-Werke in Krefeld und diskutieren mit ihnen die Streiklage. Auch hier treten die Kollegen geschlossen in den Streik. In der VL-Sitzung der Edelstahl-Werke Krefeld vom 2.1. wurde heftig kritisiert, daß die Kollegen, die vor der Mülheimer Stadthalle bei der Sitzung der GTK demonstrierten, als Pöbel bezeichnet wurden. Immerhin habe es sich um die Streikleitungen der größten Belegschaften im Ruhrgebiet gehandelt, die hier demonstriert haben. Daß sie angesichts des miesen Ergebnisses der Zorn gepackt habe, könne man ihnen schließlich nicht verdenken. Im Edelstahlwerk Krefeld wurden nur 250 statt der geforderten ca. 800 Leute für die Notbelegschaft abgestellt.

Die IGM hat im Büro Farthmann einen neuen Vorschlag unterbreitet: ab 1979: 1. 3 Tage mehr Urlaub; 2. 4 Freischichten für Nachtschichtler; 3. 2 Freischichten für die über 50jährigen; weitere Aufstockungen 1980 und 1981; 4,5 Prozent Lohnerhöhung für 15 Monate.

4.1. 2.00 Uhr morgens. Die Verhandlungskommission stellt fest: Nichts geht mehr. — Nach mehrstündiger Unterbrechung teilen die Arbeitgeber dann mit, wenn dies der letzte Vorschlag ist, dann sind die Gespräche als gescheitert zu betrachten. Antwort der IGM auf die vielen Angebote des Unternehmers: Mit einer Vielzahl von Scheinangeboten wollten die Arbeitgeber in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, sie seien kompromißbereit. In Wirklichkeit haben sie das unzureichende Volumen ihres Angebots nie erhöht.

Arbeitgeberverbandschef Weisweiler wirft der IG-Metall-Führung vor, verhandlungsunfähig geworden zu sein. Mit den Worten »Seien Sie unbesorgt«, habe Kurt Herb als Verhandlungsführer der Gewerkschaft noch am 30.12. der Arbeitgeberkommission erklärt, daß man mit grundsätzlicher Zustimmung der TK zum jüngsten Farthmann-Kompromißvorschlag rechnen könne. Danach müsse nur noch über Details der stufenweisen Arbeitszeitverkürzung für Nachtschichtarbeiter und Arbeitnehmer vom 50. Lebensjahr an verhandelt werden. In kompletter Umkehr dieser Haltung habe aber die Gewerkschaftsdelegation in der letzten Runde bei Farthmann trotz mehrstündigen Drängens der Arbeitgeberseite sich nicht bereitgefunden, ihre Vorstellung vorzutragen. Stattdessen habe die IG-Metall einen eigenen Kompromißvorschlag präsentiert, der völlig unrealistisch gewesen sei. Das hätte den Personalkostenschub auf 7,75 Prozent gesteigert. (*Welt* 5.1.79)

Arbeitgeberverband Stahl und Eisen schickt einen Brief an alle Belegschaftsangehörigen, wenn sie für den Vorschlag des Vermittlers Farthmann, für ein Ende des nun fast 6 Wochen dauernden Arbeitskampfes stimmen, dann sollten sie dies sagen. Dadurch würden die besonnenen Kräfte in der IG-Metall gestärkt, und es würde mitgeholfen, »daß wir uns alle nicht schwere Sorgen um die Zukunft des Unternehmens und seiner Mitarbeiter machen müssen.«

5.1. Von Mannesmann, Thyssen und Klöckner Bremen wird berichtet, daß Angestellte in die DAG eintreten: Wenn sie sich verpflichten, 2 Jahre Mitglied zu bleiben, erhalten sie sofort Streikgeld.

»Welt«-Interview mit Kirchner, Gesamtmetall: »Die Arbeitgeber sind daran interessiert, eine starke IG-Metall als Gegenspieler und Vertragspartner zu haben, denn nur ein starker Vertragspartner kann auch Verträge halten. — Und deswegen finde ich es um so bedauerlicher, daß zum ersten Mal in der Stahltarifrunde die IG-Metall von dieser bewährten Praktik eines Ordnungsfaktors abgerückt ist, z. B. als sie zu Protestveranstaltungen in 30 Städten NRWs auch die Arbeitnehmer aus der gar nicht betroffenen Metallindustrie aufrief.«

Abschluß der Verhandlungen

6.1. Neue Gespräche zwischen den Tarifpartnern. Die Wende tritt am Morgen des 7.1. ein, als die IG Metall auf eine mehr oder minder generelle Verkürzung der wöchentlichen

Arbeitszeit verzichtet und auf die gruppenspezifische Verkürzung der Arbeitszeit mit der Urlaubsverlängerung einschwenkt. Herb sagt dazu, schließlich habe die IG-Metall ihre Forderung von Anfang an auf gebündelte Freizeiten aufgebaut. Auch sei das Ergebnis ein Garant für sichere Arbeitsplätze. Die Arbeitszeitregelung enthielte dazu ein Bündel von Maßnahmen, es gebe nunmehr keinen Arbeitnehmer in der Stahlindustrie, der nicht wenigstens von einer der 3 Säulen aus dem Freizeitbündel profitiere. — Loderer bei TEW, Krefeld: Während einer Verhandlungspause besucht er Streikposten und sagt, die ganze BRD ist gegen uns.

7.1. Als das Ergebnis bekannt wird, schicken die Streikposten von Klöckner / Bremen der Nachtschicht ein Telegramm an die Mannesmann-Kollegen und die zentrale Streikleitung, daß sie diesen Kompromiß ablehnen.

VL-Versammlung Thyssen-Hamborn. Resolution: Das Ergebnis ist völlig unakzeptabel. Nein in der Urabstimmung. Die VKL organisiert eine Fahrt mit mehreren Bussen zur Sitzung der Tarifkommission.

8.1. VL-Sitzung FKH Werk Rheinhausen. Der vorliegende Kompromiß, der eine Arbeitszeitverkürzung auf Jahre unmöglich macht, ist für uns unannehmbar. Wir fordern die GTK auf, dieses Angebot abzulehnen.

GTK-Sitzung: Demonstration von ca. 1000 Kollegen auch unter Beteiligung eines Busses voll mit Kollegen der Bremer Klöckner-Hütte, die auch an der Mannesmann-Streikversammlung anschließend teilnehmen. — Mit 87 zu 38 Stimmen wurde der Vertrag von der GTK gebilligt. Janßen: »Das ist ein Einstieg in die 35-Stunden-Woche... Das Ergebnis sei »keine abgeschaffte 40-Stunden-Woche, aber eine angeknackte 40-Stunden-Woche.«

BR-Vorsitzender Knapp sagt in der Versammlung der Kollegen von Mannesmann: Die Taktik des Teilstreiks hat sich als verhängnisvoll erwiesen. Zum einen hat der Streik erst viel später Wirkung gezeigt als ursprünglich angenommen worden war. Zum anderen sind dadurch die Stahlarbeiter gewerkschaftspolitisch auseinanderdividiert worden mit dem Ergebnis, daß in der Abstimmung die streikenden gegen die nichtstreikenden gestanden haben. Aber bei aller Kritik, wie berechtigt sie auch immer sei, dürfe nicht übersehen werden, daß der Gegner nicht in der IG-Metall zu suchen sei. Feind der Arbeiterklasse sind die Unternehmer. Hier laufe die Linie der Auseinandersetzungen entlang.

Unternehmer haben sich durchgesetzt

8.1. — 10.1. 2. Urabstimmung.

8.1. Weisweiler: Der Arbeitskampf habe sich gelohnt, wenn jetzt auch in den anderen Bereichen der Wirtschaft die Weichen so gestellt würden, daß es nicht zu einer generellen Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit kommt. Erleichterungen sollen wie in der Stahlindustrie für jeden ausgehandelt werden, die wegen der Schwere ihrer Arbeit, wegen der gesundheitlichen Gefahren und ihres Alters darauf mehr Anspruch haben als andere. (SZ) — Der Arbeitgeberverband hat dem Ergebnis zugestimmt und die Aussperrungen vom 9.1. um 14.00 Uhr an aufgehoben.

9.1. Thyssen Hamborn. Es arbeitet der gesamte Hochofenbetrieb wieder (Erhaltung und Produktion), obwohl der Streik noch andauert. Dieser Beschluß ist nicht mit der betrieblichen Streikleitung abgestimmt worden, sondern mit der zentralen Streikleitung und dem Betriebsratsvorsitzenden (Weins) ausgehandelt worden. Dabei wurde der gesamte betriebliche Funktionskörper umgangen. Die einbezogenen Kollegen erhalten das Gefühl, alles sei bereits gelaufen. Warum sich dann noch an der Urabstimmung beteiligen, wenn man den Arbeitsanzug schon wieder anhat?

11.1. Gleich in der 1. Runde in Stuttgart haben die Arbeitgeber für die 550 000 Beschäftigten des Tarifbezirks Nordwürttemberg—Nordbaden ein Angebot auf den Tisch gelegt. Es lautet auf: Einkommensverbesserungen von 3 Prozent für 12 Monate. Wenn die jetzige Wochenarbeitszeit langfristig festgeschrieben würde, ist der Arbeitgeberverband auch zu einer Verlängerung des Jahresurlaubs bereit. (Welt)

Ergebnis der 2. Urabstimmung: 49,5 Prozent der etwa 150 000 stimmberechtigten Mitglieder der IGM haben sich für den ausgehandelten Kompromiß ausgesprochen bei einer Wahlbeteiligung von 90,8 Prozent stimmten 76 271 für und

63082 gegen das Kompromißmodell. — Einzelnes Urabstimmungsergebnis: 94 Prozent der Kollegen bei Mannesmann-Stahlform haben mit Nein gestimmt, ein Betrieb, der demnächst zugemacht werden soll. — Mannesmann Flugblatt VKL: Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß in der GTK die nicht streikenden Belegschaften gegen die Streikenden gestimmt und diese dabei überstimmt haben.

Die IG-Metall hat der Streik nach eigenen Angaben rund 130 Mio. Mark an Streikgeldern gekostet.

Januar: Meldung zu Klöckner-Werk Osnabrück: Bei Strukturierungsmaßnahmen in der Stahlgußproduktion sollen ca. 600 Arbeitsplätze eingespart werden. Gegenwärtig sind im Werk Osnabrück ca. 3.400 Personen beschäftigt.

11. 1. Mitarbeiterbrief der Unternehmer: Jetzt geht es darum, daß Mitarbeiter, Betriebsräte und Unternehmensleitungen schnell wieder ebenso vertrauensvoll zusammenarbeiten, wie das vor dem Arbeitskampf der Fall war.

12. 1. Weisweiler sagt zu der Urabstimmung: Das Ergebnis liege deshalb nicht über 50 Prozent, weil die Erwartungen der Arbeitnehmer zu hoch geschraubt worden seien. Die Ablehnungsquote ist besorgniserregend hoch. Die Gewerkschaft hat die Phase der Mobilisierung und der dann unvermeidlichen Abkühlung falsch eingeschätzt und gesteuert. Die stärker als anderswo ausgeprägte innergewerkschaft-

liche Opposition bei den Stahlkochern und ihr Identitätsproblem in einer seit Jahren paritätisch mitbestimmten Branche verdünnten das Eis weiter. (»Welt«)

16. 1. Die Autofirmen decken ihren Bedarf an Karosserieblechen zu fast 45 % im Ausland, durch den Streik waren nur 60 % des deutschen Produktionsanteils ausgefallen. Diese Lücke konnte leicht durch Vorräte und Umdisponieren der Stahlverbände gefüllt werden. (SZ)

23. 1. Die Tarifparteien der hessischen Metallindustrie haben ein Abkommen unterschrieben, das als Modell für die Tarifverhandlungen in NRW, Berlin und Baden-Württemberg gelten soll. Inhalt: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 4,3 Prozent — Laufzeit 13 Monate. Für alle Arbeitnehmer stufenweise Verlängerung des Urlaubs auf 30 Tage bis 1983. Die Laufzeit des Urlaubsstufenplans wurde auf 7 Jahre festgelegt. Kostensteigerung knapp 5 Prozent. Das wichtigste an dem Abschluß ist, daß die Gewerkschaft sich bereit gefunden hat, die 40-Stunden-Woche auf 5 Jahre festzuschreiben. Der Präsident von Gesamtmetall, Thiele, betonte in einer ersten Stellungnahme die große Bedeutung der langfristigen Regelung von Urlaub und Arbeitszeit. »Die Festschreibung der 40-Stunden-Woche dürfte sich, nachdem der Stahlabschluß hierfür die Weichen stellte, jetzt auch in allen anderen Wirtschaftsbereichen durchsetzen.«

Arbeiterkorrespondenzen

Informationen zum Stahlstreik bei Hoesch, Dortmund

In der Belegschaft wurde die Arbeitszeitverkürzung (35-Stunden-Woche) bis November überhaupt nicht diskutiert. Nur in Vertrauensleuten- und Funktionärskreisen wurden sich im Vorfeld schon Gedanken gemacht. Die VK-Leitung der Westfalenhütte hatte bereits vor dem Streik einen Plan aufgestellt, wie die 35-Stunden-Woche betrieblich zu regeln wäre.

Im Rahmen der Kampagne für einen satzungsgemäßen Beitrag im Sommer des Jahres 1978 wiesen die Vertrauensleute bereits auf einen möglichen Streik hin. Die Belegschaft zeigte jedoch kaum eine Reaktion, da ihre Erfahrungen mit der IG Metall einem Streik widersprachen.

Im Oktober 1978 sprachen Betriebsräte der Westfalenhütte gegenüber Betriebsräten des Bergbaus von der notwendigen Solidarität aus anderen Branchen, da die Stahlarbeiter das Problem der Arbeitszeitverkürzung anpacken würden und dieses wohl nicht ohne einen Streik erreicht würde. In diesem Zusammenhang wiesen sie auch darauf hin, daß sie bei einem Besuch in Bonn die volle Unterstützung von Herbert Wehner in dieser Frage erhalten hätten.

Die Belegschaft war daher überrascht, als Mitte November zum Streik geblasen wurde. Immerhin drückte sie seit geraumer Zeit das Problem des Arbeitsplatzabbaus. So war in den letzten 15 Jahren die Hälfte der Belegschaft abgebaut, aber gleichzeitig 15% mehr produziert worden. Allein von Anfang 1977 bis Mitte 1978 wurden in den 3 Hoesch-Werken (Westfalenhütte 10.000, Phönix 6.500, Union 4.000) 4.617 Arbeitsplätze wegrationalisiert. Aber mit einem Streik zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche rechnete niemand.

Die Kundgebung am 17. 11. 1978

Am 15. 11. beschlossen die Vertrauensleute einstimmig die Teilnahme an der Kundgebung auf dem Alten Markt am 17. 11. Ab 12 Uhr sollte die Arbeit ruhen und die Kollegen in einem Sternmarsch zur Kundgebung marschieren. Die IG Metall rechnete mit 30.000 Teilnehmern, da die Kollegen auch ihre Familien mitbringen sollten. Als nun die Kollegen losmarschierten, war ein plötzlicher Stimmungsumschwung festzustellen, weil sie nun ihre Stärke, wenn auch noch nur zahlenmäßig, bemerkten.

Um die Bevölkerung auf einen möglichen Streik vorzubereiten, verteilte die IG Metall in der Innenstadt 60.000 Flugblätter.

Der IG Metall-Chef, Loderer, konnte dann 20.000 Teilnehmer begrüßen, darunter eine große Zahl Ehefrauen. Er schürte die Kampf Stimmung weiter, die die Kollegen bereits mitbrachten.

Sie drückten ihre Situation in Spruchbändern folgendermaßen aus: »2,1% sind ein Hohn, wir holen uns unseren Anteil schon.« — »2% sind für den Arsch, für 5% geht der Marsch.« — »Strauß, Kohl, Esser = Arbeitsplatzfresser.« — »Stahlarbeiter sind keine Bettler!« Die Stimmung war allgemein gegen die Unternehmer gerichtet, aber nicht so sehr für die 35-Stunden-Wochen-Forderung, die der 1. Bevollmächtigte der IG Metall, Werner Dieterich, noch einmal begründete: »Wir wissen, daß es keine neuen Arbeitsplätze geben wird, doch der Abbau muß aufhören. Die vorhandene Arbeit muß verteilt werden. Nur so lassen sich Massenentlassungen verhindern.«

Die Urabstimmung

Die Kundgebung, einen Tag vor der Urabstimmung, mobilisierte die Kollegen und löste jetzt erst die Diskussionen aus. Aber trotz alledem glaubten die meisten Kollegen noch nicht an einen Streik. Sie wollten vielmehr mit ihrer Ja-Stimme der IG Metall den Rücken stärken und den Unternehmern einen Denkkzettel verpassen.

Die Urabstimmung begann am 18. 11. um 14. Uhr in 1.000 Stimmbezirken. Hier lagen die Wahizettel in 7 Sprachen bereit. In Dortmund wurde bei 6 tarifgebundenen Unternehmen mit insgesamt 27.486 Beschäftigten abgestimmt. Davon sind 25.906 Mitglieder der IG Metall, das entspricht einem Organisationsgrad von 94,25%. Die Urabstimmung ging folgendermaßen aus:

Stimmberechtigt waren 23.438, wovon 22.449 sich an der Abstimmung beteiligten (95,79 Prozent). 20.543 stimmten mit »ja«, 1841 mit »nein«. Da die nicht abgegebenen Stimmen als Nein-Stimmen zählen, ergaben sich also 87,65 Prozent in Dortmund für den Streik, und zwar:

Hoesch-Westfalenhütte	88,20 %	
Hoesch-Phönix	92,79 %	
Hoesch-Union	83,53 %	(hoher
Hoesch-Hauptverwaltung	57,00 %	Angestelltenanteil)
Hoesch-Heckett	86,96 %	(firmeneigene
Thyssen-Aplerbek	86,59 %	Schlackenverwertung)

Die Streikvorbereitung

Als die Unternehmer die Verhandlungen als gescheitert erklärt hatten und mit dem Streikbeschluß der IG Metall bekannt wurde, daß auch die Westfalenhütte (Bleche für die Automobilindustrie) mit 9700 Betriebsarbeitern und 300 Betriebsangestellten (alles IG Metall-Mitglieder) dabei sein sollte, begannen die Vorbereitungen.

Als Streiklokale wurden die 34 Treffpunkte der Stadtteilgruppen ausgewählt. Für die ersten 3 Tage wurden 1000 Streikposten für 9 Tore eingeteilt, die sich in einem 1 1/2 stündigen Rhythmus ablösen sollten. 2300 Mann wurden für den Notdienst eingeteilt.

Der 1. Bevollmächtigte und örtliche Streikleiter der IG Metall: *»Ziel ist es, die Produktion stillzulegen.«* Den Notdienst begründete er folgendermaßen: *»1. Erhaltung der Betriebsanlagen, d. h. Weiterbetrieb der Öfen auf ein Minimum, ständige Wartung der Gichtgas-Verbundleitung. 2. Entladen von Rohmaterial (Erze), um den Ofen-Notbetrieb zu ermöglichen und den Hafen offen zu halten, da sonst die beladenen Schiffe auch die übrige Versorgung lähmen würden. 3. Die öffentliche Sicherheitsverpflichtung des Werkes wird von der Gewerkschaft voll respektiert und unterstützt. 4. Verhinderung von Schäden, die eine sofortige Aufnahme der Arbeit nach Streikende verursachen könnte.«*

Für den Notdienst wurden einige Vertrauensleute eingeteilt, die dann aber zum späteren Zeitpunkt der Aussperrung wieder abgezogen wurden. (Dort wurde dann 60% der Notdienstbelegschaft ausgetauscht). Während des Streiks wurden auf der Westfalenhütte 1400 t Roheisen täglich produziert, während 4500 t normalerweise. Die während des Streiks produzierten Tonnen wurden, zum Leiden der Unternehmer, aber zur Schlacke gekippt.

Der Streikbeginn

Am 28. 11. begann dann der Streik. Die ersten Streikposten besetzten schon um 3.30 Uhr die Tore: *»Wir hatten Angst, daß Streikbrecher schon vor 6 Uhr ins Werk wollten.«* Die ersten Ausweise wurden um 5.15 Uhr geprüft. 4 Betriebsassistenten verlangten Zutritt zum Werk, konnten dann aber *»überzeugt«* werden und zogen ab. Das war der einzige Zwischenfall an diesem Morgen.

Dann begann der Fernsehummel. Fernseheteams tauchten auf, um Eugen Loderer und Kurt Herb bei ihren Reden aufzunehmen. Sie sprachen besonders gegen die geplante Aussperrung der Unternehmer. Die Stimmung war bombig, obwohl einigen aktiven Kollegen dieser Rummel auf den Nerv ging. Der örtliche Streikleiter, Dieterich, knüpfte an die Stimmung an: *»Mit der Aussperrung ist die seit 30 Jahren gepflegte Partnerschaft weg — und nach Ende des Streiks wird es anders aussehen!«*

Im Vordergrund stand jedoch die Arbeitsplatzsicherheit. *»Ich möchte auch noch in 15 Jahren und länger einen sicheren Arbeitsplatz haben, deshalb bin ich für Arbeitszeitverkürzung«,* sagte ein 25jähriger. Eine 21jährige Kollegin auf Streikposten zu dem 6-Wochen-Angebot der Unternehmer: *»Was habe ich davon, wenn ich doch entlassen werde«,* demonstrierte die Geschlossenheit der Streikfront. Immerhin hat 70 Prozent der Hoesch-Belegschaft bereits 27 Tage Urlaub.

Als dann der Aussperrungsbeschluß kam, mit dem auch das Werk Phönix betroffen werden sollte, wurde der Unmut der Kollegen größer und die Streikgeschlossenheit noch massiver.

Die Aussperrung

Auf der Westfalenhütte wurde von einigen Vertrauensleuten die Besetzung des Werkes als Abwehrmaßnahme diskutiert. Dieser Gedanke wurde aber wieder fallengelassen, da sich keine Mehrheit dafür fand und sie somit die Streikfront nicht spalten wollten.

Der Vorstand der Hoesch-AG verschickte dann an die Belegschaft von Phönix einen Brief, in dem stand: *»Sie sind mit dem morgigen Datum ausgesperrt und dürfen das Werk nicht mehr betreten.«* Daraufhin traten spontan 360 Kollegen in einen Warnstreik. Sie forderten den Hüttenwerkschef auf, zur Aussperrung Stellung zu nehmen. Dieser einzige Brief bewirkte mehr an Zerstörung von Illusionen über die Sozialpartnerschaft als die Agitation der letzten Jahre,

berichtete ein Betriebsrat. Hier auf Phönix arbeiten nicht selten 3 Generationen einer Familie, die eng mit dem Werk verbunden waren. Überall hieß es *»unser Werk«*. Die Empörung: *»Wir haben den Betrieb aufgebaut — nun sperrt Ihr uns aus,«* war allzu deutlich.

Für den Nachmittag zur Protestkundgebung in der Ruhrlandhalle in Bochum wurden 23 Busse bestellt.

Am Tage der Aussperrung — am 1. 12. — boten dann am Werk Phönix 500 Kollegen ihre Arbeitsbereitschaft an. Bei einer anschließenden Protestkundgebung vor dem Haupttor sprachen dann Funktionäre der Ortsverwaltung zu rund 1000 Kollegen. Die Songgruppe *»Stahlkocher«* sang Arbeiterlieder und das Personal der IGM-Schule *»Heidehof«* verteilte Tee mit Rum. Lebhaftige Diskussionen gab es um die 1500 Notdienstler, die den meisten Kollegen zu hoch erschien.

Vor der Hauptverwaltung der Westfalenhütte versammelten sich 5000 Kollegen zu einer Protestkundgebung gegen die Aussperrung. Hier stellten sie symbolisch 2 riesige Fäuste aus Pappe auf, die mit Ketten gefesselt waren. Studenten der Fachhochschule für Kunst hatten sie auf Anregung der Streikleitung angefertigt. Kurt Herb und Siegfried Bleicher (DGB-NRW) waren die Redner, während Hannes Wader zu den Kollegen sang. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende, Wolf, sprach ebenfalls zur Aussperrung: *»Vor 30 Jahren standen wir hier an gleicher Stelle und haben verhindert, daß dieses Unternehmen Opfer der Demontage wurde. Heute hat uns dieses Unternehmen ausgesperrt.«*

Damit drückte er aus, was die meisten Kollegen dachten. Massenhaften Beifall gab es, als Müllwerker mit ihren Müllautos und Transparenten zur Unterstützung der Hoesch-Kollegen vorfuhren und 150 Lehrlinge geschlossen aus der Lehrwerkstatt der Westfalenhütte anmarschierten.

Auf dem Werk Union machte sich Unmut über die Situation breit, daß dieses Werk weder in den Streik einbezogen noch von der Aussperrung betroffen wurde. Ein Betriebsrat drückte die Stimmung in der Belegschaft aus: *»Wir sitzen zwischen den Stühlen.«*

Große Solidarität für die Hoesch-Belegschaft

In den ersten Wochen des Streiks schlug der Hoesch-Belegschaft eine Welle der Solidarität entgegen.

Die Belegschaft des Werkes Union sammelte 12.343 DM. Andere Belegschaften folgten dem Beispiel: Thyssen-Wagner 1541 DM, Hoesch-Hauptverwaltung 7935 DM. Vom Hüttenhospital übergab das Personal 835 DM und die Verwaltung 7100 DM. Die Kollegen der Betriebskrankenkasse verzichteten auf den Ausflug und spendeten 2000 DM. VEW-Kollegen sammelten 1500 DM und vom Berufsverband betroffene Lehrer spendeten 4320 Groschen. Die Postgewerkschaft und die ÖTV Dortmund überbrachten jeweils per Vorstandsbeschluß 10.000 DM. Die HBV übernahm die Patenschaft für ein Streiklokal und stellte für 120 Hoesch-Kinder Weihnachtstüten zusammen. Die Falken kamen täglich und brachten allen Streikposten Tee mit Rum. Das Stadttheater Bochum kam zu den Hoesch-Kollegen und führte ein Stück auf. Gisela May, Brecht-Interpretin, sang an den Städtischen Bühnen Dortmund. Die Hoesch-Arbeiter brauchten nur den halben Preis zu zahlen. Es gab in den Stadtteilen zahlreiche Nikolaus- und Weihnachtsfeiern für die Kinder von Hoesch-Kollegen, die fast immer von SPD-Stadtteilgruppen organisiert wurden. In den Streiklokalen gaben einige Wirte die Bierpreiserhöhung nicht weiter, solange der Streik andauerte.

Über 30 Schulklassen kamen *»vor Ort«* und hielten hier praktischen Unterricht in *»Gesellschaftskunde«* ab. Auf Aufforderung von Lehrern kamen auch Betriebsräte in die Schulen, um über ihren Streik zu berichten. In 2 Fällen allerdings, an der Gesamtschule Kamen und an einem Gymnasium in Schwerte, verwehrten die Schulleiter den Hoesch-Kollegen den Zutritt. Wegen der Ausgewogenheit sollten auch Vertreter der Unternehmer dabei sein.

Dies ist nur ein Ausschnitt der zahlreichen Solidaritätsaktionen und -spenden.

Die weitere Entwicklung

Sie war gekennzeichnet durch das Bemühen um die weitere Stabilisierung der Streikfront und durch das aktive Eingreifen von Vertrauensleuten in den Entscheidungsprozeß der Gewerkschaft.

Zahlreiche Kollegen nahmen an der Kundgebung gegen Aussperrung in der Westfalenhalle teil, darunter auch wieder eine große Anzahl von Lehrlingen, die frühzeitig die Lehrwerkstätten verließen und sich mit ihren Motorrädern dem Autokorso anschlossen.

Als dann die große Tarifkommission nach dem Farthmann-Vorschlag am 18. 12. die Fortsetzung der Verhandlungen mit 2 Gegenstimmen beschloß, gab es bei den Hoesch-Kollegen Unruhe. Die 2 Gegenstimmen kamen von Tarifkommissionsmitgliedern von Hoesch und prompt ging das Gerücht um, daß sie für das Unternehmerangebot gestimmt hätten. »So ein Quatsch«, erklärten die beiden ihr Verhalten, »das genaue Gegenteil ist richtig. Wir waren es satt, uns immer im Kreis zu drehen und haben uns deshalb gegen neue Verhandlungen ausgesprochen. Auf den Arbeitskampf muß noch eine Schüppe Kohle drauf...«.

Zur weiteren Unterstützung der Großen Tarifkommission und zum Festhalten an der 35-Stunden-Wochen-Forderung beschloß dann die Vertrauensleute-Vollversammlung am 20. 12. einstimmig: »Wir fordern Euch deshalb eindringlich auf, der Unternehmerprovokation der Spaltung der Belegschaften entschlossen entgegen zu treten. Wir fordern Euch auf, nur einem Ergebnis zuzustimmen, das den Urabstimmungsfragen, für die wir seit 23 Tagen im Streik stehen, entspricht. Wir versichern Euch, daß die Streikfront steht und wir bereit sind, geschlossen die Spaltungsversuche der Unternehmer zurückzuweisen. Denn unsere Stärke liegt in der Einheit und Geschlossenheit unserer gewerkschaftlichen Kraft.«

Am 21. 12. fand dann vor der Hoesch-Verwaltung eine Solidaritätsfete statt. Eine Delegation aus Baden-Württemberg mit Steinkühler überbrachte 2500 Solidaritätspakete und 2 Pfarrer sprachen öffentlich ihre Solidarität aus (was später noch ein Nachspiel haben sollte).

Gleichzeitig wurden 3500 Briefe, die der Hoesch-Vorstand den Kollegen nach Hause geschickt hatte und in dem sie ihren Standpunkt zum Tarifgeschehen erklärten, wieder eingesammelt. Eine Delegation brachte diese Briefe in Kartons und Säcken verpackt wieder an den Aufsichtsratsvorsitzenden Schmitthals zurück.

An den Weihnachtsbaum, den die Streikposten am Haupttor der Westfalenhütte aufgestellt hatten, hängten sie symbolisch Ostereier. Damit wollten sie ausdrücken, daß sie bereit waren, noch bis Ostern den Streik weiterzuführen.

Zwischen Weihnachten und Neujahr kam es zur ersten Auszahlung der Streikgelder. Bei einigen gab es lange Gesichter. Sie hatten bislang nur 10 DM statt des satzungsgemäßen Beitrags von ca. 20 DM gezahlt. Immerhin gab es in der Zwischenzeit über 1000 Beitragserhöhungen, obwohl die Kollegen wußten, daß sie damit jetzt auch nicht mehr Streikgeld bekommen würden.

Da die Zulieferung der Westfalenhütte für das Werk Union ausblieb, legte nun dort der Vorstand die Mitteleisenstraße still, schickte 489 Belegschaftsmitglieder nach Hause und setzte weitere 200 Kollegen an andere Arbeitsplätze um. Der Betriebsrat hatte bereits vor Tagen angekündigt, keiner Kurzarbeit zuzustimmen. Er bewirkte eine einstweilige Verfügung gegen diese Stilllegung bei einer Strafe von DM 500.000 bei Nichtbeachtung. Dieser wurde stattgegeben. Der Hoesch-Vorstand jedoch legte Rechtsmittel ein.

Eine Delegation der betrieblichen Streikleitungen von der Westfalenhütte und Phönix, die mit Megaphonen ins Werk Union gezogen waren, versuchten dort eine Protestdemonstration zu initiieren. Aber die Kollegen dort blieben vorwiegend in den Hallen und die Angestellten guckten nur aus dem Fenster herunter. So zogen die Kollegen wieder unverrichteter Dinge ab. 2 Tage später setzte ein Gericht diese erste Verfügung wieder außer Kraft. Erst Anfang Januar bestätigte das Oberlandesgericht in Hamm dann wieder die erste Verfügung und verurteilte damit das Unternehmen zur Lohnfortzahlung der zu Hause gebliebenen Belegschaftsmitglieder.

Am 27. 12. veranstaltete die IGM-Ortsverwaltung Dortmund in der Westfalenhalle ein großes Polit- und Unterhaltungsprogramm. 9000 Stahlarbeiter mit ihren Familien nahmen daran teil.

Als dann die Große Tarifkommission am 2. 1. 1979 die Weiterverhandlung auf der Linie des Farthmann-Vorschlages beschloß, waren auch erstmals Hoesch-Kollegen protestierend in Mülheim anwesend.

Am 3. Januar wurden dann weitere Betriebe in den Streik einbezogen, u. a. auch die Belegschaft von Klöckner in Bremen. Die Hoesch-Kollegen fuhren mit einem Bus nach Bremen und überbrachten symbolisch die »Flamme des Streiks«. Hier mußten sie aber feststellen, daß die Bremer Kollegen Schwierigkeiten hatten, die Streikpostenarbeit richtig zu organisieren. »Als wir ankamen, war dort ein großes Durcheinander. Wir mußten den Kollegen dort erst einmal zeigen, wie man die Notdienstausweise so genau kontrolliert, daß es auch zu einer Autoschlängenbildung kommt.« erklärte ein Hoesch-Kollege. Diese Art, die solidarische und geschlossene Front der Stahlarbeiter zu demonstrieren, drückte dann die Vertrauensleutevollversammlung noch einmal in einer am 5. Januar einstimmig beschlossenen Entschliebung an die Tarifkommission aus. Neben der Forderung nach Festhalten an der 35-Stunden-Woche zeigten sie auch den Weg, wie dieses Ziel zu erreichen ist: »Wir fordern Euch auf, die einheitliche und geschlossene Kampfkraft der Gewerkschaften, auch des DGB, in die Waagschale zu werfen, damit dem Unternehmerverband sein Ziel, uns für lange Zeit in die Knie zu zwingen, nicht gelingt.«

Streik-Ende

Am 7. 1. 1979 wurde dann die Einigung erzielt. Die aktivsten Hoesch-Kollegen waren dann wiederum am 8. 1. in Mülheim, um gegen diese Einigung zu protestieren. Die Enttäuschung über das Streik-Ende und das Ergebnis drückte ein Kollege stellvertretend so aus: »Die Stimmung ist mies, sehr mies sogar. Wenn ich das erzielte Ergebnis allein werte, ist es das beste, daß die IGM je erreicht hat. Aber: wir sind mit dem Anspruch auf 35-Stunden-Woche in den Streik gegangen, um die Arbeitsplätze zu sichern. Für den jetzt erzielten Kompromiß war der Preis zu hoch.«

Vor dem Streiklokal hatte jemand ein Transparent aufgestellt: »6 Wochen Urlaub, stillhalten 3 Jahre, jeder 4. entlassen, noch ne' Frage?« stand darauf.

Die Aussperrung wurde aufgehoben, das Werk Phönix begann wieder zu arbeiten, und die Urabstimmung wurde eingeleitet.

Die Vorsitzenden der 3 SPD-Betriebsgruppen übergaben dem Bundestagsabgeordneten Urbaniak eine Resolution: »Der Arbeitsplatzabbau kann durch den ausgehandelten Tarifvertrag nicht gestoppt werden. Wir appellieren daher an die SPD-Fraktion, eine Gesetzesvorlage für die Herabsetzung der Altersgrenze für Stahlarbeiter auf 55 Jahre zu erarbeiten.«

Die Urabstimmung ergab bei einer Wahlbeteiligung von 85,66 Prozent eine Zustimmung von 39,21 Prozent und eine Ablehnung von 45,95 Prozent. In einigen Streiklokalen gab es keine 10 Prozent Zustimmung. Auf dem Werk Union beteiligten sich nur 65 Prozent an der Abstimmung: 35,6 Prozent für das Ergebnis und 29,7 Prozent dagegen. Der Unmut wurde allgemein noch dadurch verstärkt, daß auf dem Wahlzettel die Empfehlung der Tarifkommission stand, mit »ja« zu stimmen.

Nach dem Streik

Sofort nach Streikende erklärte der Betriebsratsvorsitzende von Phönix seinen Rücktritt aus der Verhandlungskommission, um nicht unglaubwürdig zu werden.

Der Vorstand der Hoesch AG schrieb einen Beschwerdebrief an den Präses von Westfalen und den Erzbischof in Paderborn, indem sie den Pfarrern, die sich öffentlich mit den Hoesch-Kollegen solidarisiert hatten, vorwarfen, »in demagogischer, aufhetzender und beleidigender Weise den Klassenkampf« zu schüren. Die Hoesch-Kollegen stellten sich sofort schützend vor die Pfarrer und schrieben ebenfalls einen Brief: »Nächstenliebe, d. h. heute nach unserer Meinung Solidarität.«

Einige Vertrauensleute nahmen nach Streikende Urlaub, um nicht Prügel für den von ihnen nicht zu verantwortenden Abschluß von den Kollegen zu beziehen. Einige wollten ihre Arbeit hinschmeißen. Viele Kollegen klammern sich nun an die SPD-Forderung nach Vorziehen des Rentenalters auf 55 Jahre. Der Altersdurchschnitt bei Hoesch liegt bei 48 Jahren.

Auf Phönix versucht man nun, die zusätzlichen Freischichten gebündelt betrieblich zu vereinbaren. Dazu sollen die Bereichsbetriebsräte eine Liste mit den Richtbelegschaftszahlen aufstellen. Die Frage der Mehrarbeit wird nur sehr

vorsichtig diskutiert, da die meisten Kollegen auf dem Standpunkt stehen, jetzt durch Mehrarbeit ihren Lohnverlust durch den Streik wieder wettzumachen.

Die Hoesch AG hat von sich aus diesen Diskussionen vorgegriffen und will nun 200 bis 300 neue Leute einstellen, da während des Streiks der natürliche Abgang nicht ersetzt werden konnte und der neue Tarifvertrag zusätzliche Einstellungen erfordert.

Ansonsten mußte der Streik und seine Folgen erst einmal verdaut werden. Ende Januar fanden dann Vertrauensleuterversammlungen statt. Es wurden Resolutionen verabschiedet, die den Unmut vieler Vertrauensleute ausdrückten. Auf der Westfalenhütte gab es 2 Entschlüsse. Von 400 anwesenden Vertrauensleuten stimmten bei 12 Enthaltungen 32 gegen eine Ablösung Kurt Herbs. In einer 2. Entschlußung wurde Loderer aufgefordert, sich bei den demonstrierenden Kollegen in Mülheim zu entschuldigen, die er als Chaoten und Extremisten bezeichnet hatte. Dieser Antrag wurde bei 8 Gegenstimmen angenommen. Ein Teil der DKP-Kollegen stimmte dabei dagegen. Einen Tag später wurde ebenfalls auf Phönix eine Resolution verabschiedet: *„Die Vertrauensleute der Hoesch-Hüttenwerke AG Werk Phönix fordern vom Vorstand der IG Metall die Ablösung des Bezirksleiters Kurt Herb. Sollte der Vorstand die Verhaltensweise des Bezirksleiters für richtig halten, so muß der Vorstand eigene Konsequenzen ziehen. Mit Personen, die ihre Glaubwürdigkeit gegenüber der Mitgliedschaft verspielt haben, kann man*

in Zukunft keine Tarifpolitik mit Aussicht auf Erfolg führen. Im Sinne der langfristigen Zielsetzung der Arbeiterbewegung sind personelle Konsequenzen absolut notwendig.“

Hierbei waren allerdings von 465 (ein Großteil der Vertrauensleute waren wegen der beengten Räumlichkeiten und des Ausfalls der Heizung bereits abgezogen) nur 143 Vertrauensleute anwesend. 73 stimmten dafür, 60 mit nein und 10 enthielten sich der Stimme.

Hier stimmten zwar noch die DKP-Kollegen mit dafür, aber wie später bekannt wurde, würden sie sich bei einer erneuten Abstimmung nicht mehr so verhalten. Ihre Hauptstoßrichtung zielte gegen die Unternehmer. Das ist grundsätzlich ja auch richtig, aber verstecken sie sich damit nicht hinter die offizielle Gewerkschaftslinie? Während des Streiks und auch nachher wurde immer wieder die Einheit mit der Gewerkschaft betont, aber eine Kritik und daraus zu entwickelnde vorwärtsweisende Erklärung des Streiks blieb aus.

Viele Vertrauensleute haben nur zugestimmt, um sich den Rücken gegenüber den Kollegen frei zu halten. Damit sie nicht mit denen »da oben« in einen Topf geworfen werden. Für viele ist damit aber auch das Thema beendet. Nur ein kleiner Teil verbindet mit diesen Resolutionen eine weitergehende Perspektive, sich mehr um das gewerkschaftliche Leben und um die Entscheidungsprozesse zu kümmern. Diese Kollegen sind es auch, die die durch den Streik geknüpften überbetrieblichen Kontakte auch jetzt weiter verfolgen wollen.

Ein Kollege von Hoesch schreibt uns:

Den Beginn der Tarifrunde 78/79 im Stahlbereich haben die meisten Kollegen gar nicht richtig erfaßt. Kaum Diskussionen über die Höhe der Forderungen. Nur einige wenige Vertrauensleute versuchten die Kollegen zu informieren. Aber das brachte wenig Resonanz. Und dann kam der *„dicke Hammer“*. Der Aufruf der IGM zur Kundgebung am 17. 11. 1978, *„zum Kampf für den Einstieg in die 35-Stunden-Woche.“* Über 20 000 Kolleginnen und Kollegen von den Dortmunder Stahl-Betrieben verließen gegen 12 Uhr die Arbeitsplätze, um zum *„Alten Markt“* zu marschieren. Die Stimmung war *„bombig“*, im wahren Sinn des Wortes. Für die Parole *„35-Stunden-Woche“* waren sie nun zu erwärmen. Und der Redner der Kundgebung, IGM-Chef Eugen Loderer, tat das Seine dazu, um die Kollegen aufzuheizen, denn am nächsten Tag begann die Urabstimmung. Hatte die IGM wohl mit diesem Ergebnis gerechnet? Die Westfalenhütte stimmte mit 88,2 Prozent für Streik. Dazu muß man sagen: Den guten Ausgang dieser Urabstimmung kann man, uneingeschränkt, einem großen Teil unserer Vertrauensleute zuschreiben. Denn wie sie sich in dieser Tarifrunde bemüht haben, davor kann man nur Hochachtung haben. Ich glaube, ein Teil von ihnen hat jetzt erst begriffen, wofür sie da sind.

Am 28. 11. war es dann soweit: Streik. Der erste gewerkschaftliche seit 50 Jahren. Einige Kollegen traten besonders streikbewußt auf: *„Jetzt sollen ‚Die da Oben‘ uns kennenlernen.“* Beim letzten Schichtwechsel wünschten sich manche schon *„Frohe Weihnachten“* und einen *„Guten Rutsch“*. Sollte es wirklich so lange dauern? Bei der Urabstimmung war mein Eindruck: viele Kollegen haben mit Ja gestimmt und dabei gedacht *„es kommt doch nicht zum Streik“*. (Ist es bei der Auszählung zu Mausechelen gekommen?)

Kurz meine Meinung zum Notdienst. Hier hat, glaube ich, der Betriebsrat einige Fehler gemacht. Er hat zu Beginn des Streiks meistens die ihm angenehmen Leute (Vertrauensleute) eingesetzt. Dabei hätte er x-beliebige Kollegen bestimmen können. Denn während des Streiks konnten ja die Kollegen, die als Streikposten an den Toren waren, die Einfahrenden kontrollieren. Aber nach Beginn der Aussperrung hätte der Betriebsrat versuchen müssen, klassenbewußte Kollegen in den Betrieb zu bekommen. Daß die Aussperrung kam, lag doch wohl auf der Hand. Nur mit klassenbewußten Kollegen war Einfluß zu nehmen auf die Vorgänge innerhalb des Betriebes, wenn der Unternehmer zum Beispiel versucht hätte, streikbrecherische Arbeit zu organisieren. Ich habe mit einem Betriebsrat darüber gesprochen, und der hat mir Recht gegeben. Am wenigsten konnten die Kollegen verstehen, daß

die IGM nicht den gesamten Hoesch-Konzern in den Streik geschickt hatte, sondern nur die Westfalenhütte.

In den Streik-Lokalen war die Stimmung eigentlich ganz gut. Die Kollegen freuten sich über die vielen Solidaritäts-Bekundungen aus anderen Betrieben und aus der Bevölkerung. Ich hatte den Eindruck, sie waren sehr stolz auf sich und ihren Kampf. Bei der ersten Streikgeld-Auszahlung gab es dann den ersten Ärger. Die Höhe der Streikunterstützung richtete sich ja nach der Höhe des Mitglieds-Beitrages. Und da sah es bei vielen nicht zum Besten aus, obwohl wir schon seit geraumer Zeit versucht hatten, die Kollegen daraufhinzuweisen. Nur bei einem Teil war uns das gelungen. Aber trotz dieses Ärgers hatte ich den Eindruck, daß auch die Kollegen, die sich benachteiligt fühlten, weiter zum Arbeitskampf standen. Einige sagten, *„daß wir jetzt so wenig Geld kriegen, ist unsere eigene Schuld.“*

Im Laufe des Arbeitskampfes rückte ein Mann immer mehr ins Kreuzfeuer der Kollegen: Verhandlungsleiter Herb. Am 4. 1. forderten protestierende Kollegen bei der Tarifkommissionssitzung: *„Steinkühler komm nach Essen, dann können wir Herb vergessen.“* Dabei hätte der auch nicht mehr machen können. Nach der Einbeziehung weiterer Betriebe in den Streik glaubten viele Kollegen an das große Wunder. Und dann plötzlich die Nachricht: Einigung im Stahl-Arbeitskampf. An diesem Sonntagmorgen stand das Telefon bei vielen Vertrauensleuten nicht still. Die Kollegen wollten sich erstmal die Wut und Enttäuschung von der Seele reden. Am meisten ärgerte sie, daß jetzt plötzlich keiner mehr von der 35-Stunden-Woche sprach, denn mit dieser Forderung waren sie ja in den Arbeitskampf gegangen. Jetzt klammerten sie sich nur noch an die Urabstimmung, in der Hoffnung, daß diese die Ablehnung des Verhandlungsergebnisses bringen würde. Was natürlich ein Trugschluß war, wie das Ergebnis zeigte.

Die erste Schicht nach dem Streik brachte kaum Diskussionen. Nur Resignation war spürbar. *„Wieder mal verarscht von ‚unserer‘ Gewerkschaft“,* und *„die sollen uns nur nicht noch einmal mit Streik kommen“*, war der allgemeine Tenor unter den Kollegen.

P. S., die Forderung nach der 35-Stunden-Woche hat die Mehrzahl der Kollegen ungefähr so diskutiert: *„durch die Verringerung der Stundenzahl werden bestimmt keine neuen Arbeitsplätze geschaffen; nicht mal der Abbau von Arbeitsplätzen wird damit gestoppt werden; aber vielleicht ist das ein Schritt, um den Abbau zu vermindern.“* Die Hauptsorge der Kollegen ist die Arbeitsplatzsicherung.

Die Solidarität der IG Bau, Steine, Erden

Während die Bergbaukumpel gleich zu Beginn über den Stahlarbeiterstreik diskutierten, hüllte sich der Vorstand der IG Bergbau (IGBE) erst einmal in Schweigen.

Erst zur Aussperrung meldete sich dann der Vorsitzende Adolf Schmidt im Mittagsmagazin des WDR zu Wort. Er sagte sinngemäß, daß die Unternehmer sich in Zukunft nicht mehr so häufig des Mittels der Aussperrung bedienen würden, wenn nur die Gewerkschaften ihr Schwergewicht mehr auf Verhandlungen legen würden. Diese Aussage stieß zwar nicht auf sichtbaren Protest der Bergbaukumpel, jedoch auf den Unmut des DGB-Vorsitzenden Vetter. Bei einer Sitzung im Ruhrgebiet mit allen Gewerkschaftsvorsitzenden wurde Schmidt wohl zurechtgewiesen, denn 5 Tage vor den Solidaritätskundgebungen am 12. 12. rief er die Mitgliedschaft zum Erstaunen der aktiven Kollegen zur Teilnahme auf.

In dem Rundschreiben der Bezirksleitung Dortmund allerdings wurde darauf hingewiesen, von Arbeitsniederlegungen abzusehen. Vielmehr sollten nur die freigestellten Betriebsräte in die Westfalenhalle kommen. Auch sollte auf eigene Transparente verzichtet werden, da die Plakate zentral angefertigt würden.

60 Stück (für 40.000 Bergbaukollegen in Dortmund) mit der Aufschrift »Solidarität mit der IGM — Gegen Aussperrung« wurden verteilt. Die anwesenden Betriebsräte reichten gerade aus, um sie zu tragen. Da nun aber keine Massen vorhanden waren, postierte die Bezirksleitung die Plakate so geschickt um das Rednerpult, daß, so zumindest nach außen hin, eine formale Stärke dargestellt wurde. Eine Karikatur von Solidarität.

In einigen anderen Bezirken (besonders in Oberhausen, Gelsenkirchen, Essen) durchbrachen einige Kollegen diese Anweisungen, veranstalteten Sammlungen auf Belegschaftsversammlungen und beteiligten sich in größeren Kreisen an den Kundgebungen.

Vielfach mußten die Betriebsräte erst auf Druck von aktiven Kollegen gezwungen werden, Spenden an die Streikenden zu überbringen. Sammlungen im Betrieb wurden abgeblockt, da man erst zu diesem Mittel greifen wollte, wenn sich der Streik verschärfen würde.

Die Masse der Kollegen selbst war nicht bereit, 2 Stunden Lohn für die Stahlarbeiter zu opfern, um an der Kundgebung teilzunehmen.

In vielen Diskussionen wurde aber erkannt, daß gegen diese harte Position des Unternehmerlagers nur der Streik aller Arbeiter aus allen Branchen erfolgreich sein würde. Vereinzelt fiel auch das Wort »Generalstreik« oder »die Samstagsschicht als Solidaritätsbeitrag für die Hoesch-Kollegen«. Aber von der



Einsicht hin zum Handeln ist es doch wohl noch ein langer Weg.

Vielfach aber drückt sich auch in den ablehnenden Haltungen der Kollegen Enttäuschung aus: »Wo waren denn die Stahlarbeiter, als es in den 60er Jahren um unsere Arbeitsplätze ging? Dort haben wir gekämpft und sind auch allein geblieben.«

Gleich nach dem Streikende verschickte die IGBE einen Fragebogen an alle Betriebsräte und Ortsgruppen, in dem sehr detailliert nach der Solidaritätsarbeit gefragt wurde. Er diente wohl weniger dazu, sich selbst Rechenschaft abzulegen (das können auch nur die Kollegen fordern), als vielmehr festzustellen, wo es zu größeren Eigeninitiativen gekommen war. Die Ergebnisse werden die Mitglieder wohl nie erfahren, es sei denn als Lobhudelei im Sinne des Vorstandes.

Die IGBE-Führung zeigte in diesem Streik eine »zähneknirschende« Solidarität. Sie ist ein bekannter Gegner von Kampfmaßnahmen. Nicht ohne Grund hat sich Adolf Schmidt an die Spitze der Einzelgewerkschaften gestellt, die gegen eine Aufstockung des Solidaritätsfonds beim DGB sind. Aus den Vorstandsetagen in Bochum war sinngemäß zu hören, daß sie »derart vom Zaune gebrochene Arbeitskämpfe« (Druckereistreik) nicht unterstützen könnten. Diese Haltung kommt nicht von ungefähr. Denn zumindest seit der Gründung der Ruhrkohle AG 1968 hat sich die IGBE endgültig ihr Kampfbein amputieren lassen und freiwillig die **Verwaltung** der Arbeiterinteressen übernommen.

Stimmungsbericht von der Solidaritätsveranstaltung in Dortmund am 12. Dezember

Werner Dieterich, 1. Bevollmächtigter und örtlicher Streikleiter der IG Metall, erwartete 10.000 Kollegen: »Ab Mittag sind die meisten Dortmunder Betriebe zu.« H. Neukirch, Dortmunds DGB-Vorsitzender, rechnete sogar mit 20.000 Teilnehmern, aber in die Westfalenhalle (Halle V) waren dann nur 7000 Kollegen gekommen.

Sie hatten sich zum Teil in 2 Marschkolonnen (ca. 2000) und in 8 Autokorsos (1300 Fahrzeuge) durch die Innenstadt zur Westfalenhalle bewegt und halten den Verkehr erheblich behindert. Der angekündigte Zusammenbruch der Fahrpläne der Verkehrsbetriebe wie auch die 10minütige Diskussion des Verkaufspersonals der Kaufhäuser über Aussperrung blieb aus.

Die wider Erwarten niedrige Teilnehmerzahl hatte ihre Gründe in der doch sehr verhaltenen Mobilisierung der Gewerkschaften, der mangelnden Bereitschaft der Arbeiter aus anderen Betrieben und in den zahlreichen Ankündigungen der Unternehmen, den Kollegen, die während der Arbeitszeit zur Kundgebung gingen, fristlos zu kündigen. Die

Stimmung in der Halle wuchs mit der Zunahme der Teilnehmerzahl. Alle Einzelgewerkschaften waren vertreten, zum Teil mit selbstgemalten Transparenten. Sämtliche Ortsvorstände waren anwesend und ein großer Teil aktiver Kollegen.

Als dann aber eine Delegation von 60 holländischen Gewerkschaftlern (vorwiegend Hoogovens) einmarschierte, schwappte die Stimmung über — jubelnd wurden sie mit langanhaltendem Beifall begrüßt. Ihre Transparente drückten ihre Klassenverbundenheit aus: »Hoesch-Arbeiter — Hoogovens-Arbeiter = 1 Arbeiter«. Als sie dann noch einen Sprechchor anstimmten: »Euer Streik = unser Streik / Internationale Solidarität!« hallte diese Parole aus sämtlichen Kehlen der anwesenden Kollegen. Fäuste kamen in die Höhe, und das nicht wie gewohnt aus Studentenkreisen, sondern Arbeiterfäuste.

Auf die Empore in der Halle kletterten nach und nach Kollegen herauf und befestigten ihre Transparente — unter dem stürmischen Beifall der Menge.

Als dann die Kundgebung von Dieterich eröffnet wurde und der Kanadier Perry Freidmann Arbeiterlieder anstimmte, wurden wiederum die holländischen Sprechchöre laut. So

durfte der Sprecher der holländischen Arbeiter Henk Krul eine Grußadresse sprechen: »Wir stehen hundertprozentig hinter Euch! Während des Streiks wird Hoogovens keine Hoesch-Aufträge übernehmen.« — Wieder langanhaltender Beifall — wieder Sprechchöre.

Werner Dieterich verstand es, an diese Stimmung anzuknüpfen. Er berichtete von der beispielhaften Solidarität. Die Westfalenhallenverwaltung hatte z. B. auf die Tagesmiete verzichtet, und die Bewirtschaftungsbetriebe hatten die Preise ermäßigt. Er sprach von den Geldspenden der SPD-Abgeordneten und -Ortsgruppen, auch die CDU-Sozialausschüsse hatten sich solidarisiert. Als er dann von der verlässlichen und praktischen Solidaritätsarbeit der Deutschen Kommunistischen Partei sprach, fiel zwar dem DGB-Vorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, Bleicher, die Kinnlade herunter, aber die Kollegen klatschten massenhaft Beifall. Und das war wirklich ein neues Erlebnis — ist man doch sonst nur antikommunistische Kälte gewohnt.

Während Dieterich versuchte, die Stimmung weiter zu schüren, verblaßte der DGB-Vorsitzende in seiner Rede immer mehr. Er reduzierte das Aussperrungsproblem auf die

Gerichtsprozesse, so daß ein Kollege neben mir feststellte: »Und was ist, wenn wir nach 5 Jahren vom Bundesarbeitsgericht erfahren, daß die Aussperrung doch rechtens ist?« Die Stimmung sank immer tiefer. Einige Kollegen verließen schon wieder die Halle. Die Holländer benutzten die Langatmigkeit der Rede zum Adressenaustausch.

Ganz zum Schluß, als dann das übliche Lied »Brüder zur Sonne, zur Freiheit« angestimmt wurde, faßten plötzlich die holländischen Kollegen ihre deutschen Nachbarn bei den Händen und hoben sie in die Höhe. Diese Geste breitete sich zumindest in der vorderen Hälfte der Halle aus und fand Nachahmung, so daß auch optisch eine Verbundenheit untereinander hergestellt wurde. Hier entstand zum ersten Mal **praktisch** das Gefühl der Klassen solidarität.

Die Kollegen kamen mir vor wie Menschen, die zum ersten Mal nicht mehr gebeugt, sondern aufrecht stehen. Als wenn dieser Streik allen anwesenden Kollegen das Rückgrat gestärkt hätte.

Ich selbst empfand diese Veranstaltung wie einen Akku, der hier aufgeladen wurde, um wieder Kraft zu finden für die weiteren Aufgaben.

Die Solidaritätskundgebung des DGB in Köln

Dem Aufruf des DGB/Kreis Köln folgten am 12. 12. rund 600 Gewerkschafter, die sich nach und nach vor dem Gewerkschaftshaus sammelten. Was sich einfand, das waren die Kollegen, die auch das ganze Jahr über die gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben vorantreiben. Zwischen diesen und der Masse der Mitglieder besteht ein weiter Abstand. Das zeigte sich auch in den betrieblichen Diskussionen in der Woche vor der Kundgebung. Selbst in der IGM sahen die meisten Gewerkschaftskollegen die Auseinandersetzung in der Stahlindustrie um die 35-Stunden-Woche als besonderes Problem dieser Branche, von dem nicht sie betroffen sind. In einigen Betrieben liefen Solidaritätssammlungen, bei denen sich das gleiche Problem zeigte: aktive Kollegen waren bereit zu spenden, viele Kollegen meinten aber auch, daß doch die Einzelgewerkschaften der IGM Geld rüberschicken sollten. In einer Woche konnte nicht nachgeholt werden, was in den Jahren zuvor von der Gewerkschaftsführung unter den Kollegen nicht gefördert wurde. Dazu kommt, daß die

Erfahrung fehlt, auf Grund derer die Kollegen die Notwendigkeit einer breiteren Solidarität mit den Stahlarbeitern erkennen können.

Erfreulich war die große Zahl der Kundgebungsteilnehmer aus der HBV und der ÖTV. Weniger einzusehen war das fast vollständige Fehlen von Metallern der drei Großbetriebe Ford, Felten & Guillaume und KHD. Hier liegt der Grund allerdings nicht nur am mangelnden Interesse der Mitglieder, sondern auch daran, daß die entscheidenden Leute in Betriebsrat und Vertrauenskörper eine gezielte Information der Belegschaft unterließen. Bei KHD z. B., wo Betriebsratsvorsitzender Bleffert gleichzeitig Mitglied des erweiterten IGM-Vorstandes ist (und als solcher die Solidaritätskundgebungen mit zu beschließen hatte), wurde das Thema nur kurz auf einer BR-Sitzung angeschnitten, mit dem Hinweis, wer will, der könne ja gehen. Die Belegschaft wurde nicht informiert. Die vom IGM-Vorstand gedruckten Flugblätter wurden nur teilweise und halbfertig in die Kästen gelegt. Bei F & G lief das Gerücht um, die Kundgebung werde ausfallen. Bei Ford erfuhr ein Teil der Kollegen erst durch den Aushang der Geschäftsleitung — die für den Fall des Fernbleibens vom Arbeitsplatz mit der Kündigung drohte — von der Kundgebung. Hintergrund dieses Verhaltens scheint die seit der Wahl Walter Malzkorns in der IGM-Ortsverwaltung schwelende Auseinandersetzung um die gewerkschaftliche Linie zu sein.

Insgesamt gesehen war die Kölner Kundgebung ein Ausdruck der Schwäche der aktiven Gewerkschaftsbewegung, was nicht heißt, daß die Kollegen, die kamen, ihre Zeit vertan hätten. Sie bilden den Kern, von dem aus die Arbeit vorangetrieben werden kann.

Nachtrag:

Auf der Vertrauensleutekonferenz der Kölner IGM am 18. 1. 1979 (ein Tag vor Zusammentreten der Tarifkommission) waren von 3000 Vertrauensleuten etwa 350 anwesend. Sie sind die aktiven Träger der betrieblichen Arbeit. Es sprach Lutz Dyckerhoff vom Hauptvorstand. Er wies auf »den Klassenkampf von oben« hin, darauf, »daß die Unternehmer die Machtfrage stellen« und die Forderung der IGM im Stahlstreik eine politische gewesen sei. Das Ergebnis bezeichnete er als Erfolg. »Aufgrund des Ergebnisses müssen nach Umarbeiten der Schichtpläne neue Leute eingestellt werden. Das werden wir bald sehen.«

In der Diskussion zeigte sich, daß die Vertrauensleute den Arbeitskampf in der Stahlindustrie sehr aufmerksam beobachtet hatten. Sie korrigierten Dyckerhoffs Darstellung vom Erfolg und kritisierten insbesondere das Übertünchen der Niederlage. Die Redner trugen Forderungen von 8% und 6 Wochen Urlaub sowie erneute Inangriffnahme der 35-Stunden-Woche vor. Außerdem wandten sie sich gegen die langen Laufzeiten. Darauf gab es teilweise rhythmischen Beifall in der Versammlung.

Streik bei Michelin, Karlsruhe

Vom 29. 8. bis 2. 9. 1978 streikte die Belegschaft der Firma Michelin im Werk Karlsruhe. Die Geschäftsleitung hatte eine Diskussion zwischen Kollegen über offene Fragen vorhergegangener Betriebsversammlungen als Arbeitsverweigerung ausgelegt, und die bei der Diskussion hinzukommenden Betriebsräte und Vertrauensleute fristlos gekündigt. Daraufhin legten die Arbeiter die Arbeit nieder und forderten die Aufhebung der Maßregelungen gegen ihre Kollegen.

Diese spontane Abwehrreaktion der Belegschaft wurde nach 5 Tagen durch Aufforderung der IG Chemie-Spitze, die Arbeit wieder aufzunehmen, beendet. Die Klärung wird jetzt vor Gericht verhandelt. Die IG-Chemie-Führung sah sich — um Regreßansprüchen der Firma Michelin zu begegnen — außerstande, den Abwehrkampf der Belegschaft mit dem Gewicht der Organisation zu unterstützen. Diese Lehre (trotz vieler positiver Bemühungen der Ortsleitung der IG-Chemie in Karlsruhe) und der mutige Kampf der Belegschaft und ihrer betrieblichen Funktionäre belegt eine **Dokumentation** des Arbeitskampfes, die die IG-Chemie Verwaltungsstelle Karlsruhe herausgegeben hat. Da diese Dokumentation nur sehr zaghafte verteilt wurde und in den anderen Verwaltungsstellen kaum zu bekommen war, steht sie für die Organisierung von Solidarität für die gekündigten Kollegen im Bundesgebiet leider nur Eingeweihten zur Verfügung.

Gegen einen Solidaritätspreis von DM 2,- oder mehr, der den betroffenen Kollegen zur Verfügung gestellt wird, kann diese Dokumentation über die Redaktionsanschrift der ARPO bestellt werden.

»Heraus zur Kundgebung«

12. Dezember in der Provinz

Wie halbherzig die örtlichen Funktionäre des **Bezirks Münster** zur Solidaritätskundgebung für den Stahlarbeiterstreik aufrufen, zeigen die Veranstaltungen jener Verwaltungsstellen, die vom direkten Kampf nicht betroffen waren. Während man in Münster (Sitz der Bezirksleitung), in Osnabrück (Aussperrung bei Klöckner) und in Bielefeld (Streik bei Mannesmann) »Stärke« zeigen wollte, wurde in den anderen Orten schon durch die Vorbereitung der Veranstaltung die Teilnehmerzahl auf die betrieblichen Funktionäre begrenzt. In Paderborn z. B. fand die Kundgebung in einem etwas außerhalb gelegenen Hotel statt. In den Betrieben wurde fast nicht geworben.

Das besondere der Veranstaltung der IGM Verwaltungsstelle **Paderborn** war in den Augen der bürgerlichen Medien ein Autokorso durch die Stadt. Dies entsprach der Absicht der Gewerkschaftssekretäre, die damit der Veranstaltung eine besondere Note geben wollten und gleichzeitig über die geringe Mobilisierung hinwegzutäuschen versuchten. Die Öffentlichkeit, die erreicht werden sollte, war nicht der Kollege im Betrieb. Der Korso war auf das Fernsehen zugeschnitten und sollte (nach dem Motto »mehr scheinen als sein«) nach außen hin Bewegung für die Sache der IGM vortäuschen. Denn wer fragt schon in Duisburg danach, wieviele Kollegen an dem Autokorso teilgenommen haben. Empört waren die Sekretäre darüber, daß die größte lokale Tageszeitung von der Veranstaltung keine Notiz nahm. Diese Empörung war Heuchelei, denn die Öffentlichkeitsarbeit war dem Zufall überlassen worden. Die Flugblätter waren, wie so oft, direkt im Reißwolf gelandet, wenn nicht zu guter Letzt einige IGM Ortsjugendausschußmitglieder und ein DGB-Sekretär sie verteilt hätten.

Zur Kundgebung, die während der Arbeitszeit stattfand, erschienen knapp 200 Teilnehmer. Selbst der Kreis jener Kollegen, die sich sonst an den »Örtlichen Massenveranstaltungen« beteiligen, wurde nicht erreicht; die Hauptamtlichen waren nur teilweise anwesend. Lediglich die Belegschaft eines Fotoentwicklungslabors war aufgrund der Mobilisierung einer Betriebsrätin und des IG-Chemie Sekretärs Borghoff nahezu vollzählig erschienen, obwohl die Geschäftsleitung arbeitsrechtliche Konsequenzen bis hin zur Kündigung angedroht hatte. Etwas getrübt wurde die Geschlossenheit dieser Kolleginnen jedoch dadurch, daß manche von ihnen nur aufgrund der gewerkschaftlichen Aktivität des Betriebsrats (»wer heute nicht mitkommt, kann morgen zusehen, wie er sich über Wasser hält«) mitgekommen waren. Die Kolleginnen von Intercolor wunderten sich darüber, daß sie als einzige Belegschaft so stark vertreten waren. Sie vermühten die Kollegen der metallverarbeitenden Betriebe, insbesondere des Benteler Paderwerks.¹

Bei der Begrüßung sparte man niemanden von der Prominenz, wie den Bundestagsabgeordneten Thüsing und allerlei andere örtliche SPD-Funktionäre, aus. Selbstverständlich wurden auch die Geschäftsführer der IGM, ÖTV, GdED, GEW, GdP und der IGC namentlich begrüßt. Besonderen Beifall erhielt der Kollege Borghoff von der IG Chemie. Dies zeigt, daß die Ereignisse in Erwitte noch nicht vergessen sind. Geringere Beachtung als die Prominenz fanden von Seiten der Hauptamtlichen die Kolleginnen von Intercolor. Anders war die Reaktion der wenigen Kollegen, die aus eigenem Antrieb erschienen waren und nicht nur einer Verpflichtung nachkamen. Sie erkannten den Mut dieser Kolleginnen, nicht nur weil sie teilweise selbst die Schwierigkeit, den Arbeitsplatz zu verlassen, erfahren hatten, sondern weil für sie das geschlossene Auftreten dieser Belegschaft ein Schritt in die richtige Richtung war. An diesem Punkt wurden auch die unterschiedlichen Vorstellungen über die Zielrichtung dieser Veranstaltung sichtbar. Während das Interesse der Hauptamtlichen im wesentlichen der Aussperrungsfrage galt, waren die Kollegen aus den Betrieben wegen der 35-Std.-Forderung gekommen.

Die Redebeiträge wurden vom 2. Bevollmächtigten und Beiratsmitglied der IGM eröffnet, der sogleich die Versammlung mit Zitaten des Kollegen Loderer von der Beiratssitzung des gleichen Tages fütterte. Danach sprach der DBG-

Kreisvorsitzende, der kein Wort über den Stahlstreik verlor, sondern sich sogleich über die rechtliche Seite der Aussperrung im Allgemeinen hermachte, wobei man seine Ausbildung als Rechtsschutzsekretär nicht übersehen konnte. Diese Rede ist vom Vorstand erarbeitet worden und wurde bei fast allen Kundgebungen verlesen. Sie schläferte die Anwesenden immer mehr ein; es blieb deshalb bei spärlichen Beifall auf sogenannte Reizworte. Als zu guter Letzt Kollege Borghoff sprach, blühte die Versammlung das erste Mal richtig auf. Er übermittelte Grüße der Belegschaft von Seibel & Söhne und führte, auf die Kolleginnen von Intercolor anspielend, fort: »Unter uns befindet sich eine junge Belegschaft gewerblicher Arbeiterinnen, die trotz massiver Drohungen ihrer Geschäftsleitung nahezu vollzählig erschienen ist. Der Versuch des Unternehmensverbandes, diese Veranstaltung mit einer einseitigen Verfügung zu unterbinden, ist gescheitert. Heute morgen hat das Paderborner Amtsgericht in diesem Rechtsstreit zu unseren Gunsten entschieden. Wir haben uns hier versammelt, da wir wissen, daß der Stahlarbeiterstreik nicht nur die IGM betrifft. In diesem Streik geht es um die Handlungsfreiheit aller Gewerkschaften, deshalb muß jede Gewerkschaft diese Auseinandersetzung zu ihrer eigenen Sache machen. Die gleiche Solidarität, die ihr bei der Werksbesetzung in Erwitte gezeigt habt, gilt es jetzt den Stahlarbeitern zuzukommen zu lassen. Heute geht es um die 35-Std.-Forderung, morgen geht es um andere Interessen, die wir gegen die Angriffe der Unternehmer zu verteidigen haben«.

Diese Rede wurde von Beifall regelrecht getragen. Sie drückte das aus, was die Kollegen, die zu der Veranstaltung gekommen waren, fühlten. In der anschließend verabschiedeten Resolution, die von der Ortsverwaltung formuliert worden war, wurde vielsagend nichtssagend die »Ächtung der Aussperrung« gefordert; fast beiläufig nur enthielt sie eine Solidarisierung mit den streikenden Stahlarbeitern.

Ein Nachspiel hatte die Veranstaltung für die Belegschaft von Intercolor. Sämtliche Kundgebungsteilnehmer erhielten am nächsten Tag eine schriftliche Verwarnung sowie eine Eintragung in die Personalakte. Daraufhin forderte ein Teil der Belegschaft die Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung. Der Betriebsrat berief die Betriebsversammlung noch für den gleichen Tag ein, die Geschäftsleitung untersagte aber die Teilnahme und drohte erneut mit Konsequenzen. Trotz alledem fand die Betriebsversammlung unter großer Beteiligung statt und nahm das Verhalten der Geschäftsleitung mit Empörung zur Kenntnis. Der Betriebsrat wurde beauftragt, geeignete Schritte zur Wiederherstellung des Betriebsfriedens einzuleiten, unter der Voraussetzung, daß die Maßnahmen der Geschäftsleitung rückgängig gemacht werden. Dies wurde auch nach einigen Verhandlungen von der Geschäftsleitung zugestanden.

Die Ursache für das rasche Nachgeben der Geschäftsleitung ist neben der solidarischen Geschlossenheit der Belegschaft die Tatsache, daß die Fotolabors keine festen Lieferverträge mit ihren Kunden abgeschlossen haben. Die Fotohändler, die erfahren, daß in ihrem Entwicklungslabor Unruhe besteht, und die termingerechte Erledigung ihrer Aufträge somit nicht gewährleistet ist, werden zur Konkurrenz überwechseln. Um den Ruf der Firma Intercolor nicht zu schädigen, mußte die Geschäftsleitung klein beigeben, zumal durch die Teilnahme an den Versammlungen der Produktionsablauf nicht beeinträchtigt wurde, da im Winter eh »saure Gurken Zeit« herrscht.² Lediglich zwei Auslieferungsfahrern wurde wegen Arbeitsverweigerung gekündigt. Sie sollen sich geweigert haben, bei schlechtem Straßenzustand (Glatteis, Schnee) weite Fahrten zu unternehmen. Diese Kündigung wurden von der Belegschaft unterschiedlich beurteilt. Zwar war man allgemein der Meinung, die Kündigungen seien ungerechtfertigt, aber nur einige sahen darin eine politische Maßnahme wegen der Teilnahme an der Solidaritätskundgebung. Die Kündigungen wurden inzwischen wieder zurückgenommen.

¹ Im Benteler Paderwerk wird teilweise das Roheisen für die Werke der Benteler Gruppe hergestellt, die insbesondere im Kleinrohr- und Klimatechnikbereich zu den größten Unternehmen Europas gehört. Aufgrund einer Übereinkunft zwischen IGM und Benteler/Arbeitgeberverband unterliegt dieses Werk jedoch den Tarifverträgen der metallverarbeitenden Industrie und erhält darüberhinaus die stahltypischen Zuschläge.

² Hauptgeschäft um die Sommerurlaubszeit mit Arbeitszeiten zwischen 12–14 Stunden.

Aussperrung bei Thyssen Niederrhein/Oberhausen

Für die TNO-Belegschaft kam die Forderung nach der 35-Stunden-Woche überraschend. Selbst aktive Funktionäre, z. B. Vertrauensleute, hatten am Anfang Schwierigkeiten, sich damit zu identifizieren. Immer wieder liefen Diskussionen, warum gerade diese Forderung und auf welchem Hintergrund kam sie zustande? Es wurde bei dieser Tarifrunde in der Stahl-erzeugung in Oberhausen im Gegensatz zu früheren Runden darauf verzichtet, auf einer Mitgliederversammlung die betrieblichen Funktionäre auf die Forderung der Ortsverwaltung und des Vorstands einzuschwören. Trotz allem trugen zahlreiche IGM-Funktionäre die Forderung nach der 35-Std.-Woche schon vor der ersten Urabstimmung mit. Ursache hierfür könnte sein, daß gerade die TNO-Belegschaft in den letzten 10 Jahren um die Hälfte geschrumpft ist (von ca. 14 000 auf 7000). Es war den Kollegen bekannt, daß die Thyssen AG weitere Rationalisierungsmaßnahmen plant. So war z. B. die Schließung des Hochofens A im Gespräch.

Das erste Urabstimmungsergebnis bei TNO kam zustande, dadurch daß viele Kollegen glaubten, es würde nicht zu Streik und Aussperrung in diesem Tarifbereich kommen. Deshalb stimmten viele für Streik. Sie rechneten bis zum letzten Augenblick noch mit einer Einigung der Tarifparteien. Erst der Streikbeginn überzeugte sie davon, daß es zum Streik kommen würde. Die Streiktaktik der IGM, der *»Schwerpunktphasenstreik«* stieß allerdings bei vielen auf Unverständnis.

In den letzten Tagen vor Aussperrungsbeginn lief die Produktion auf Hochtouren. Es wurde verladen, was zu verladen ging. Viele Kollegen stellten sich die Frage, warum nicht nach Bekanntwerden des Aussperrungstermins, die davon betroffenen Betriebe sofort in Streik traten.

Technische und organisatorische Dinge waren von der Streikleitung schon vor Beginn von Streik und Aussperrung bis ins Kleinste vorbereitet worden. Die Streikleitung setzte sich in der Mehrheit aus Betriebsräten und Ortsverwaltungs-Mitgliedern zusammen. Die Vertrauenskörperleitung (VKL) hatte 2 Vertreter in der Streikleitung.

Die Liste der Streikhelfer stand fest. Zahlreiche aktive Kollegen hingen in den Streiklokalen fest. Bei einem großen Teil von ihnen kam die Illusion zum Ausdruck, daß der IGM-Vorstand und die Streikleitung konsequent die 35-Std.-Woche angingen. Genährt wurde diese Illusion von den sehr wortreichen Reden offizieller IGM-Sprecher auf Veranstaltungen.

Am 1. 12. 1978 registrierte die IGM die Ausgesperrten in der Oberhausener Stadthalle. Sie erhielten eine Liste von Streiklokalen vorgelegt, in denen sie sich melden konnten. Es gab keine Aufteilung der Streiklokale nach Betriebsbereichen oder Wohngebieten. Meist erschienen die Kollegen nur zum Stempeln, bekamen die IGM-Nachrichten in die Hand gedrückt und verschwanden wieder. Fragen, wenn sie kamen, drehten sich meist um technische oder organisatorische Dinge, z. B. Urlaubsabwicklung während der Aussperrung, Geldauszahlung. Die Streikleitung hatte in den Streiklokalen alles unter Kontrolle. Aus den erwähnten Gründen wird klar, warum die Lokale nicht der Ausgangspunkt von Aktivitäten werden konnten. Es zeichnete sich ab, daß von der Streikleitung keine Informationsveranstaltungen für Ausgesperrte und keine Öffentlichkeitsarbeit zu erwarten war. Die VKL kam ebenfalls nicht dafür in Frage. Wie auch in der Vergangenheit war sie Anhängsel des Betriebsrates, auch wenn der eine oder andere von ihnen sich gelegentlich für Informationsveranstaltungen und mehr Öffentlichkeitsarbeit aussprach.

Da die Streiklokale als Entstehungsort für Aktivitäten wegfelen, kamen nur noch die Tore in Frage. Am 1. Dezember, dem 1. Aussperrungstag, hatte die Streikleitung dazu aufgerufen, zu Schichtbeginn die Arbeit anzubieten. Dem Aufruf folgten mehrere tausend Kolleginnen und Kollegen. Danach versuchte sie, nennenswerte Aktivitäten vor den Toren im Keim zu ersticken. Schon am nächsten Tag erschienen einige Kollegen, die ursprünglich als Streikposten eingeteilt waren, zu Schichtwechsel an den Haupttoren. Die Streikleitung meinte, da es sich um eine Aussperrung und nicht um Streik handele, sei eine Besetzung der Tore nicht notwendig. Das Organisatorische vor den Toren erledigten die betreffenden Kollegen selbst, z. B. wann wer da ist, Getränke usw. Sie erschienen aus eigenem Antrieb, weil sie es für wichtig hielten und nicht we-

gen des Geldes, das — wie später bekannt wurde — von der IGM gezahlt werden sollte. Zum Teil lehnten sie das Geld ab. Einige Mitglieder der VKL und der Streikleitung hatten nämlich versucht, die Zahl der Beobachtungsposten an den Toren zu verkleinern, mit der Begründung, die Tore würden zu teuer für die IGM.

Die Streikleitung erschien selten an den Toren. Immer wieder forderten Kollegen Informationsveranstaltungen für die Ausgesperrten und Öffentlichkeitsarbeit, z. B. Organisieren von Diskussionen in Wohngebieten. Es kam immer dieselbe Antwort von der örtlichen Streikleitung, es werde genug informiert, und schließlich und endlich seien Streik und Aussperrung zweierlei. Selbst für die Aussperrungskundgebung mobilisierten Streikleitung und VKL kaum. Das Resultat, die Kundgebung am 12. Dez. 1978, war ein Schlag ins Wasser, zumal es sich für die Kollegen noch um eine aufgesetzte Sache handelte. Die Reden offizieller Gewerkschaftssprecher drehten sich um die Aussperrung und nicht um die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Der Kampf gegen die Aussperrung, so kam in den Reden zum Ausdruck, müsse auf gerichtlichem Weg geführt werden. Nach einer dreiviertel Stunde im strömenden Regen schickte die IGM die Kollegen (ca. 2000, darunter viele von anderen Betrieben und DGB-Gewerkschaften) nach Hause. Diese Kundgebung sollte dazu dienen, die Verhandlungsposition der IGM zu stärken und nicht, eigene Aktivitäten der Kollegen und Kolleginnen zu fördern. Wenn die große IGM pfeift, sollen sie antreten, alles möglichst unter Kontrolle. Nur kommen die Kollegen nicht immer, wenn man nach ihnen pfeift. Gewertet von seiten der IGM wurde das als ein bei Kollegen vorhandenes Desinteresse. Dies dient ihr als Rechtfertigung für faule Kompromisse.

An den Toren, an denen sich jetzt ca. 30 Kollegen und Kolleginnen trafen, wurde der Ruf nach Informationsveranstaltungen für die Ausgesperrten und nach Öffentlichkeitsarbeit durch die IGM immer lauter. Öffentlichkeitsarbeit, um den Berichten in den Massenmedien etwas entgegenzusetzen und für nicht am Arbeitskampf Beteiligte aufzuzeigen, worum es in ihm ging.

Bei einem Treffen einiger Kollegen wurde ein Text für eine Unterschriftensammlung aufgesetzt. Der Text richtete sich an die Streikleitung und hatte die Forderung nach einer Informationsveranstaltung für Ausgesperrte zum Inhalt. Die Unterschriftenliste sollte der Forderung vom Tor Nachdruck verleihen. Schon kurze Zeit, nachdem die ersten Unterschriften gesammelt waren, reagierte die Streikleitung. Sie tauchte an den Toren auf und machte die Zusage, in der folgenden Streikleiteritzung darüber zu befinden. Kommentar der örtlichen Streikleitung nach ihrer nächsten Sitzung: es würde genügend informiert und weitere Informationen seien nicht notwendig. Die VKL in ihrer Mehrheit schloß sich dem an. Es gab eine Reihe Vertrauensleute, die man auch sonst als Wasserträger des Betriebsrats bezeichnen könnte, die ebenfalls dieser Argumentation folgten. Aus diesem Grund verlief die Unterschriftenaktion im Sand.

Nachzutragen ist noch, daß eine Oberhausener Videogruppe seit Aussperrungsbeginn die Ereignisse mitschnitt und sie als Streiknachrichten bzw. Aussperrungsnachrichten an den Toren und in den Streiklokalen vorführte. Vereinzelt kam es auch in den Streiklokalen durch die Vorführung der Filme zu Diskussionen, die aber nie ein größeres Ausmaß erreichten.

Nachdem die Unterschriftenaktion nicht den erhofften Erfolg gebracht hatte, verabredeten sich Kollegen und Kolleginnen vom Tor im DGB-Haus, um mit der Streikleitung zu diskutieren. Auf Videoband aufgenommene Befragungen von Ausgesperrten in Streiklokalen sollten aufzeigen, daß der Ruf nach mehr Informationen nicht nur von den Toren kam. Die Streikleitung tauchte nicht auf. Anwesende VKLer mußten schleunigst fort. Die Zahl der Kollegen, die sich an dieser Aktion beteiligt hatten, reichte nicht aus, um genügend Druck auf die Streikleitung auszuüben. Für die beteiligten Kollegen war es allerdings sehr lehrreich. Wenn sie sich auch vorher Illusionen in Bezug auf die IGM und die örtlichen Funktionäre gemacht hatten, so waren sie jetzt beseitigt.

Von den Toren aus wurden jetzt erste Fahrten zu Streikversammlungen von Mannesmann/Duisburg und zu Sitzungen

Wie Thyssen nach dem Abschluß vorgehen wird, zeigt dieser Ausschnitt aus der WAZ vom 1. 3. 1979:

1. In Oberhausen soll ein Hochofen stillgelegt, in Meiderich und in Hamborn jeweils ein Hochofen eingemottet, d. h. auf Zeit stillgelegt werden. Die beiden Hochofen in Hattingen bleiben dagegen in Betrieb.

2. Um die Rohstahlkapazitäten an den Bedarf anzupassen, soll in Ruhrort einer der vier Konverter eingemottet und sollen in Witten das Siemens-Martin-Werk und ein Elektro-Ofen stillgelegt werden.

3. Die Grobblechkapazitäten von Thyssen werden derzeit nur zur Hälfte genutzt. Dennoch will sich der Konzern nicht endgültig von seinen Kapazitäten trennen. Allerdings müssen die Belagschaften in den Werken Hamborn, Ober-

hausen und Hattingen ver-dunnt werden.

4. Die Fertigung von Kumpelteilen soll künftig in Hattingen, der Kumpelbau in Oberhausen konzentriert werden. In Hattingen werden auch die Freiformschiede-Kapazitäten zusammengezogen.

5. Im Werk Krefeld der Thyssen-Edelstahlwerke sollen mittelfristig zwei Profilstraßen stillgelegt, dafür jedoch der Flachstahlbereich (Bleche) weiter ausgebaut werden.

Die hier skizzierten Überlegungen bedürfen noch der Bestätigung durch die Aufsichtsräte der Thyssen AG und der betroffenen Thyssen-Tochtergesellschaften. Die Beschlüsse werden für März erwartet.

Spielt bloß das Kaffeekochen nicht so hoch

Aus »Revier«, Zeitung für das Ruhrgebiet Nr. 2/1979

Eine knappe Woche vor Streikende diskutiere ich im Betriebsratsgebäude eines bestreikten Betriebes mit einer Gruppe von Frauen, die für die Streikposten Brötchen schmieren und Kaffee kocht.

»Wenn ihr über Frauen im Streik schreibt, dann spielt bloß das Kaffeekochen nicht so hoch. Das ist selbstverständlich. Viel wichtiger für uns Frauen ist die Informationsfrage«, meint eine von ihnen. In weiteren Gesprächen wird mir klar, was »ie damit meint. Überall gelobt: Die Frauen, die Suppe kochen, Brötchen schmieren, den Männern helfen, wenn gestreikt wird. Aber man darf nicht verkennen: Diese Frauen sind Ausnahmen. Einige wenige rackern sich ab, organisieren Streikhilfe, diskutieren, ermutigen Resignierende.

Sie wissen, warum sie da sitzen und die Männer unterstützen. Es ist auch ihre Sache, dieser Streik. »Für meinen Mann wäre der angebotene Kompromiß sehr günstig«, sagt eine der Frauen »aber ich habe auch Söhne auf der Hütte. Die sollen ja später auch noch Arbeit haben. Es geht um die Sicherung der Arbeitsplätze.«

Woher haben diese Frauen ihre Informationen? Warum interessieren sie sich für Gewerkschaft und Politik?

Es wird mir berichtet, daß mancher Kollege es zu Hause in den Streikwochen nicht leicht hat.

»Bei uns ist immer Krach seit dem Streik«, sagen mir ein paar Schulkinder. »Die Mutter hat Angst, sie kommt mit dem Geld nicht aus, der Vater brüllt, sie soll den Mund halten und daß sie sowieso nichts von der Sache versteht.«

Aber die Frauen, die ihre Männer aktiv unterstützen, haben doch auch Familie, sind doch vom gleichen Problem betroffen. Warum sind sie in der Lage, die Furcht vor dem Streik und den Streikfolgen zu überwinden? Warum werden sie damit fertig, daß sie mit Haushalt und Kindern meistens allein dastehen, wenn der Mann sich gewerkschaftlich engagiert?

Ein junger Kollege meinte dazu; »Das ist eine Frage der Information. Die meisten Frauen wissen gar nicht, worum es geht.«

Auf meine Frage, ob es nicht schwierig für eine Frau sei, sich zu informieren, guckt er verständnislos. »Wieso? Sie kann doch alles lesen, was ich lese! Wenn sie zu Hause ist, hat sie doch mehr Zeit dazu als ich! Aber viele Frauen wollen eben nicht. Sie interessieren sich nicht für Politik.«

Woher haben die Aktiven dann ihr Interesse? Von alleine?

Auf dieses Problem hin angesprochen, antwortet mir eine der Brötchen schmierenden Frauen, daß sie eigentlich fast alle ihre Informationen von ihrem Mann bekommen habe: »Er redet über alles zu Hause, auch über seine Arbeits- und Gewerkschaftsprobleme. Die Kinder sind dann da auch hineingewachsen. Sonst hatte ich keine Informationen; erst viel später habe ich angefangen, mich zusätzlich zu informieren. Ich habe mich zuerst nicht für Politik interessiert. Aber die Probleme meines Mannes waren mir wichtig.«

Eine jüngere Frau berichtet, sie habe sich früher niemals um Gewerkschaftsfragen oder um Politik gekümmert; ihr Mann habe auch nie über so etwas mit ihr gesprochen. Da sei der Mann arbeitslos geworden.

Der Mann erzählt; »Das war eine ganz neue Erfahrung für mich. Sie hat nicht gejammert oder geschimpft, sondern einfach versucht, das Problem mit mir zusammen in den Griff zu bekommen.« Man spürt noch heute, während er berichtet, wie wichtig diese Erfahrung für ihn gewesen ist: Ein bißchen glaubt ja jeder Arbeitslose, daß er selber an seiner Lage schuld ist.

Dieses Zu-ihm-Halten hat die Möglichkeit geschaffen, zu Hause über alles zu reden, was ihn betraf, und das, was seine Frau dazu meinte, für wichtig zu halten.

Als er zum Vertrauensmann gewählt wurde, diskutierte er dies ausführlich mit seiner Frau. Er arbeitet bei Mannesmann-Huckingen. Dieser Betrieb ist eine rühmliche Ausnahme: An den betrieblichen Vertrauensleuteschulungen können auch interessierte Ehefrauen teilnehmen. Durch die Teilnahme an diesen Kursen kommt es, daß die eigentlich eher zurückhaltende Frau heute wirklich mitreden kann, sich selbstbewußt Gehör verschafft, wenn sie etwas zu sagen hat, aktiv beim Streik hilft, nicht Informierte aufklärt.

der Großen Tarifkommission nach Mühlheim organisiert. Wütend reagierten die Kollegen an den Toren darauf, daß die Kollegen, die zu den Sitzungen der Großen Tarifkommission fahren, als linke Spinner und Chaoten bezeichnet wurden, zumal auch die Gewerkschaftsführung und die Verhandlungskommission in diesen Chor mit einstimmten.

Es erwies sich nochmals als sehr nachteilig, daß viele vor dem Streik aktive Kolleginnen und Kollegen in den Streiklokalen stempelten, auszählten und deshalb festhängen und einen Großteil dieser Entwicklung an den Toren nicht mitbekamen. Es gab keine Möglichkeit, außer eben an den Toren mit Kollegen kontinuierlich zu diskutieren. In der mittlerweile fünfwöchigen Aussperungszeit gab es keine Vertrauensleutesitzung, keine Informationsveranstaltungen, nichts für TNO-Kollegen und das, obwohl normalerweise in Abständen von 2 bis 3 Wochen Vertrauensleutesitzungen turnusmäßig stattfinden.

Auf das Verhandlungsergebnis vom 6. 1. reagierten die Tor-kollegen sauer. Dafür haben wir nicht 6 Wochen in der Kälte gestanden, sondern für den Einstieg in die 35-Std.-Woche für alle. Am Montag, dem 8. 1. 1979, fuhren einige Kollegen mit nach Mühlheim, obwohl die Streikleitung an diesem Morgen recht zahlreich an den Toren erschienen war, um gerade das zu verhindern.

Auf das Abstimmungsergebnis folgte, obwohl eigentlich alle vom Tor mit Annahme durch die Große Tarifkommission gerechnet hatten, eine große Niedergeschlagenheit. Auch ein Teil der Betriebsräte und VKL waren von dem Ausgang nicht gerade begeistert. Es kam jedoch von ihnen keine Empfehlung, bei der Urabstimmung mit Nein zu stimmen. Am Dienstag lief die 2. Urabstimmung an. Schon am Nachmittag des gleichen Tages hieß es für die Mittagsschicht: ab in den Betrieb. Das Urabstimmungsergebnis in Oberhausen sah wie folgt aus: 2623 Ja-Stimmen und 2551 Nein-Stimmen.

Nach der Beendigung der Aussperrung gab es keine Möglichkeit, in den Zusammenhängen, die an den Toren entstanden waren, kontinuierlich weiter zu diskutieren. Da die Kollegen alle aus unterschiedlichen Betriebsbereichen stammen und andere Schichtpläne haben, sehen sie sich selten. Es fehlt der gemeinsame Ausgangspunkt, der während der Aussperrung am Tor zweifellos vorhanden war. Trotz allem laufen unter ihnen Bestrebungen, den Kontakt nicht abreißen zu lassen und betriebliche Probleme gemeinsam anzugehen.

Daß sich durch den Arbeitskampf einiges geändert hat, zeigte eine Funktionärskonferenz (VL, Vertreterversammlungsmitglieder, Betriebsräte). Auf ihr wurden das Verhalten der örtlichen Streikleitung, die Streiktaktik und das Ergebnis diskutiert — und zwar in einer Offenheit und Schärfe, die die Ortsverwaltung und der Betriebsrat nicht gewöhnt sind. Diskussionsredner ließen sich nicht von der Versammlungsleitung herunterputzen.

Krupp Essen: Sollen weitere Produktionsstätten geschlossen werden?

13 Jahre dauert schon die Strategie der Werksschließungen und des Personalabbaus bei Krupp in Essen und sie findet kein Ende. 1966 begann es mit dem Belegschaftsabbau bei Krupp-Ardelt (Kranbau), es folgten die Schließungen von Kraftwagenbau und Lokomotivbau. Seit 1970 sind insgesamt 5000 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden. Die verbliebenen Produktionsstätten wurden neu organisiert: Krupp Industrie- und Stahlbau mit Sitz in Rheinhausen (KIS), in Essen etwa noch 3500 Arbeitsplätze, Krupp Metall- und Schmiedewerke (KMS) etwa 1000 Arbeitsplätze, Krupp Gemeinschaftsbetriebe etwa 1200 Arbeitsplätze und Krupp Widia etwa 2000 Arbeitsplätze. Der Abbau und die Neuordnung gingen ohne Widerstand und in braver Allianz zwischen Gesamtbetriebsrat und Vorstand über die Bühne.

Seit einiger Zeit kriselte es nun beim Schmiedewerk Christine (gehört zu den Krupp-Hüttenwerken Bochum) in Essen — Kupferdreh mit jetzt noch 200 Beschäftigten und auch bei KMS. Hartnäckig halten sich Gerüchte, daß die Werke geschlossen werden sollen. Für »Christine« schälte sich 1978 tatsächlich eine Schließung heraus. Das hatte folgenden Hintergrund: In Bochum bei den Hüttenwerken sollte eine neue Schmiede für 70 Mio. DM errichtet werden (davon 20 Mio. DM staatliche Subvention). In dieser neuen Schmiede sollten die Kollegen von »Christine« Arbeit finden. Stattdessen kaufte Krupp ein komplettes Schmiedewerk, Gerlach in Homburg/Saar, die Investition in Bochum entfiel. Damit steht aber auch die Schließung der Gesenkschmiede in Bochum auf der Tagesordnung, die Schließung von »Christine«, wobei der Krupp-Vorstand nach wie vor von »Verlagerung« spricht; und die Fragezeichen über KMS sind nicht kleiner geworden. Die Kollegen bei KMS haben natürlich immer insgeheim gehofft, von Bochum was abzuhaken zu können oder im äußersten Fall dort wenigstens Arbeit zu finden. Aber mit beidem ist jetzt natürlich Essig.

In diese Situation platzte neue Sorge über Arbeitsplätze bei Krupp in Essen. Schon vor mehr als einem Jahr hatte die DKP-Betriebszeitung über Teilstillegung bei KIS berichtet. Damals war ihr die Behauptung gerichtlich untersagt worden. Dennoch waren den Aufsichtsratsvertretern, vornehmlich dem GBR-Vorsitzenden Erwin, Abbaupläne bekannt.

Nur zum Betriebsrat sind diese Pläne vorgedrungen. Aber genau der schlug Alarm, als der Sprecher der Geschäftsführung in Rheinhausen, Gärtner, von der Einsparung von 500 000 Produktivstunden sprach. Das würde den Verlust von etwa 1000 Arbeitsplätzen bedeuten. Dazu kamen folgende Überlegungen:

- Die Konzernleitung stelle Überlegungen an, den Pressenbau aus dem Unternehmen Industrie und Stahlbau herauszulösen, möglicherweise zu verkaufen. Dadurch würden rund 100.000 Produktivstunden verloren gehen.
- Mit dieser Herauslösung würde ein Standbein der Industrie- und Stahlbau amputiert. Die Gesamtproduktivstunden würden dann unter 3 Millionen sinken. Folge: Das Werk könne nicht mehr erhalten werden. Weitere Arbeitsplätze in Gefahr.
- KMS soll den Hüttenwerken angeschlossen werden. Eine Reduzierung der Arbeitsplätze im Arbeiter- und Angestelltenbereich wäre dann unumgänglich.
- Diese Auszehrungen könnten auf die Dauer die Schließung aller Produktionsstätten in Essen bedeuten.

Die Betriebsräte bildeten mit der IGM-Ortsverwaltung einen Krisenstab und wandten sich direkt an den Oberbürgermeister Katzor (SPD), der prompt seine »Bestürzung« zum Ausdruck brachte.¹ Die Geschäftsführung von Krupp dementierte alles als »Unsinn« und vereinbarte ein Gespräch mit der Stadtspitze.

¹ In Essen kletterte die offizielle Arbeitslosenquote im Januar 1979 auf 7 Prozent, und eine Hiobsbotschaft jagt die andere. In diesem Frühjahr schließt ein Kaufhaus von Wertheim in Essen-Steele mit knapp 300 Beschäftigten, dann die Schließung von »Christine« noch in diesem Jahr, jetzt die Aufregung um KIS und kaum waren hier die Wogen geglättet, da wurden bei AEG-Kanis (etwa 1800 Beschäftigte) 200—400 Entlassungen angekündigt. Und Anfang der 80er Jahre kommt dann die Schließung der letzten Zeche in Essen, der Schachtanlage Zollverein in Essen-Katernberg mit mehreren Tausend Beschäftigten.

Inzwischen gab es in der Belegschaft Aktivitäten für eine Demonstration; dies wurde jedoch von der IG Metall verhindert (»Wir haben das noch mal abgebeugt«; dazu ein BR-Mitglied: »Wenn wir unsere Kollegen nicht zurückgehalten hätten, wäre es schon gestern zu Protestaktionen gekommen. Aber wir wollen nicht, daß rechts- oder linksradikale Gruppen politisches Kapital aus unseren (!) Schwierigkeiten schlagen«.

Was tat die IG Metall? Sie setzte ein »Ultimatum« und hartete der kommenden Gespräche. Zunächst gab es die Unterredung zwischen Stadt und Krupp-Vorstand. Am Ende waren der Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor davon überzeugt, daß Krupp die Arbeitsplätze erhalten würde. Sie unterstrichen ihre Bereitschaft, »zur Vermeidung solcher Mißverständnisse künftig rechtzeitig Fühlung miteinander aufzunehmen«. Sie hatten kalte Füße bekommen und ernteten prompt von CDU und FDP Vorwürfe, aufgrund vager Informationen »sich zu weit aus dem Fenster gelehnt« zu haben. Das schade der Essener Wirtschaft. Am nächsten Tag gab es ein Gespräch zwischen Krupp-Vorstand und Belegschaftsvertretern. Die IG Metall gab danach folgendes Flugblatt heraus:

Schnellinformation Nr. 4

der Betriebsräte, Vertrauensleute und der IG Metall Verwaltungsstelle Essen für den Bereich der Fried. Krupp GmbH Essen

An alle Kolleginnen und Kollegen!

Am 20.2.1979 fand um 14.30 Uhr, das angekündigte Gespräch zwischen dem Krupp-Vorstand und den Betriebsräten statt. Hieraus nahmen die Betriebsratsmitglieder H. Ellers, H. Erwin, K.-O. Göbert, R. Hellmer, W. Iserlohn, G. Steinfeld, K.-H. Störmer sowie der Krupp-Vorstand, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden H. Fetty teil.

Der Vorstandsvorsitzende sowie die Vorstandsmitglieder haben den beteiligten Betriebsräten versichert, daß unsere Arbeitsplätze erhalten bleiben und ausgehaut werden. Zu den mündlichen Ausführungen die der Krupp-Vorstand gegenüber der Stadt Essen und den Betriebsräten gemacht hat, erscheint eine schriftliche Stellungnahme des Krupp-Vorstandes. Die Stellungnahme wird in den Betrieben bekanntgegeben, den Text haben wir auf der Rückseite aufgedruckt.

Die durchgeführten gemeinsamen Aktionen mit der IG Metall, haben deutlich gemacht, daß gewerkschaftliches Bewußtsein und Einigkeit stark macht, auch zur Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen, die sich solidarisch mit uns für den Erhalt unserer Arbeitsplätze eingesetzt haben.

Mit Info 4 verabschiedet sich die Redaktion und wir bedanken uns, für das uns entgegengebrachte Interesse.

Industriegewerkschaft Metall
Verwaltungsstelle E s s e n

Gesamt-Vertrauenskörper der
Fried. Krupp GmbH Essen

Karl - Heinz Völker
1. Bevollmächtigter

Willi Iserlohn
Vorsitzender

Essen, den 21. Februar 1979

Bitte Rückseite beachten !!!

Wir bestätigen den Inhalt der zwischen Ihnen und uns am 20. Februar 1979 geführten Besprechung wie folgt:

1. Der Vorstand beabsichtigt, alles in seinen Kräften Liegende zu tun, um die in Essen gelegenen Werkstätten zu erhalten und nach Möglichkeit zu stärken. Hierbei wird auch die längerfristige Markt- und Konjunkturlage zu berücksichtigen sein.
2. Der Vorstand beabsichtigt nicht, Fabrikate in andere Betriebe zu verlagern. Es werden Anstrengungen unternommen, Auslastungsschwierigkeiten bei vorhandenen Produkten entweder durch Kooperation mit Dritten oder durch das Besuchen um Herannaher neuer Produkte zu beseitigen. Naturgemäß kann nicht die Erhaltung jedes einzelnen jetzt vorhandenen Arbeitsplatzes garantiert werden.
3. Die unter Ziffer 2.) genannten Maßnahmen werden die jeweiligen Geschäftsleitungen unter rechtzeitiger Mitwirkung der zuständigen Betriebsräte durchführen.

Durch die vom Krupp-Vorstand herausgegebene Erklärung wird nicht ein Arbeitsplatz sicherer. Trotzdem erklärt die IG Metall die Arbeitsplätze als »erhalten« und beendet damit die Auseinandersetzungen um diese Frage.

Zusammengefaßt: Entstehender Unmut über die neuesten Entlassungspläne werden von der IGM-Spitze in Essen in Verhandlungskanäle gelenkt und nach butterweichen Erklärungen werden die Gemüter in Sicherheit gewiegt, obwohl jeder Beteiligte weiß, daß das Problem nicht vom Tisch ist. — Die Kräfte innerhalb der Belegschaft, die sich kämpferisch für den Erhalt der Arbeitsplätze einsetzen wollten, waren noch zu schwach. Die Notwendigkeit, dies zu tun, ist aber für viele deutlicher geworden. Das wird sich auswirken.

Stahlrunde 78/79 auf der Klöckner-Hütte, Bremen

Wie in den anderen Stahlbetrieben waren die Gewerkschafter bei uns überrascht von der Entscheidung des Vorstandes und der Bezirksleitung Nordrhein-Westfalen der IG-Metall, die sich dahinschleppenden Verhandlungen über die Einführung der 35-Stundenwoche dadurch zu forcieren, daß die Forderung nach Einführung der 35-Stundenwoche zur zentralen Forderung der Tarifrunde erhoben wurde. Da die Forderung des Verbandstages der IGM nach der 35-Stundenwoche gleich nach dem Gewerkschaftstag von Mitgliedern des IGM-Vorstandes skeptisch bis ablehnend beurteilt wurde, glaubte kein Kollege, daß diese Forderung vom Vorstand der IGM energisch vertreten werden würde.

Unter diesen Umständen begann bei uns auf der ersten Vertrauensleuteversammlung nach der Entscheidung der Großen Tarifkommission eine langatmige Debatte, ob denn statt der nicht ernsthaft vertretenen Forderung nach der 35-Stundenwoche nicht doch die Frühverrentung eine bessere Forderung wäre. In dieser fruchtlosen Debatte vertraten die Linken die Auffassung, daß es nun darauf ankomme, diese Forderung des Gewerkschaftstages zu vertreten, da diese Forderung gegen den Willen des Vorstandes verabschiedet wurde.

Nur in Ansätzen wurde die Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung als Mittel gegen die Folgen von Rationalisierung, Arbeitsplatzvernichtung und verschärftem Arbeitsdruck diskutiert.

Die Urabstimmung

Diese Diskussion über die Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung hatte auch zum Zeitpunkt der Urabstimmung noch nicht in der Belegschaft stattgefunden. Das Ergebnis der Urabstimmung — 83% für Streik — drückte lediglich aus, daß das Unverständnis großer Teile der Belegschaft für die Forderung nach der 35-Stundenwoche und die Scheu vor einem Arbeitskampf durch die Einsicht überwunden wurde, daß ein Votum gegen den Streik gegenüber dem Unternehmer hieße, *„sich selbst in die Planne zu hauen“*. Damit war die stille Hoffnung verbunden, daß es die IGM in der Eisen- und Stahlindustrie sowieso nicht zu einem Streik kommen lassen würde.

Der Beginn des Streiks in NRW und die Zeit bis zum 3. 1. 1979

Bei Beginn des Streiks in NRW hielten sich bei den Kollegen auf der Bremer Hütte die Erleichterung, nicht in den Arbeitskampf einbezogen worden zu sein, und die Meinung, daß nur die Einbeziehung aller Stahlbetriebe zu einem guten Ergebnis führen könne, die Waage. Wie in allen nichtbestreikten Betrieben waren die meisten Kollegen auf der Hütte bereit, die erstaunlich hohen Angebote der Unternehmer zu akzeptieren, und es entstand ein von der SPD-Betriebsgruppe geschürter Unwille gegenüber den Kollegen, die dennoch auf Ausweitung des Streiks drängten. Es wurde in dieser Zeit, wie schon seit langem nicht mehr, unter den Kollegen auf der Hütte diskutiert, und dabei kamen alle die Probleme, vor denen die Kollegen sonst die Augen verschließen, zur Sprache: Weltwirtschaftskrise, Rationalisierung, Arbeitsplatzabbau und Arbeitslosigkeit. Die Kollegen registrierten trotz der verfälschenden Berichterstattung in den Medien die Entschlossenheit der Kollegen in NRW. Dies, und die wachsende Einsicht, daß den Unternehmern *„mal ein Stop gesetzt“* werden müsse, ließ immer mehr Kollegen für eine Einbeziehung in den Streik sprechen.

Zum ersten Mal wurden die vorher mißtrauisch beäugten Vorbereitungen der Vertrauenskörperlleitung zu einem Eintritt in den Streik mit Anerkennung akzeptiert. Ein gegen den Widerstand der IGM-Ortsverwaltung erzwungenes Zelt für 300 Personen mit Spruchbändern und roten Fahnen wurde als Warnung für den Unternehmer verstanden. Dieses Zelt wurde in den IGM-Streiknachrichten als Werk der Streikleitung vorgestellt, das — wie lustig — vom letzten Schützenfest geholt worden sei. Der Belegschaft war bekannt, daß die IGM-Ortsverwaltung (OV) die 15km entfernte Stadthalle als

Streiklokal vorgesehen hatte. Die Kollegen kritisierten diese Form von Arbeitskampfführung über die Köpfe der betrieblichen Streikleitung hinweg: wie sollte man denn aus 15km Entfernung einen wirksamen Streik auf der Hütte organisieren, wenn die Kollegen sich nicht vor der Hütte treffen können? (Die Klöckner-Hütte Bremen liegt weit außerhalb der Stadt). Überhaupt wuchs bei den Kollegen die Kritik an der Streikführung der IGM. Sie sahen keine Möglichkeit zu einem guten Ergebnis, wenn die IGM nicht alle Stahlbetriebe in den Streik führen würde. Die Kollegen waren aber nicht bereit, ohne Unterstützung durch die IGM von sich aus in den Arbeitskampf zu gehen. Sie befürchteten, in diesem Fall von der IGM im Stich gelassen zu werden — zu eindringlich wurde in den IGM-Streiknachrichten Disziplin und nochmals Disziplin gefordert. Als dann noch ein vorbereiteter eintägiger Warnstreik von der IGM abgeblasen wurde, erklärten viele Kollegen, daß sie nicht mehr zum Streik bereit wären — sie würden von der IGM ja noch mehr verschaukelt als vom Unternehmer.

Dieser eintägige Streik mit Unterstützung der IGM war von der betrieblichen und örtlichen Streikleitung für den 12.12.1978 gefordert. Diese Forderung wurde von der Zentralen Streikleitung mit der Begründung abgelehnt, daß bei Durchführung eines solchen Streiks alle nichtstreikenden Stahlbetriebe ebenfalls mit in den Streik einbezogen werden — damit sei aber die Wirkung der Schwerpunkstreiks dahin.

Stattdessen wurden die Kollegen auf die Kundgebung gegen die Aussperrung in der Bremer Stadthalle am selben Tag verwiesen. Nach all diesem Hin und Her waren jedoch nur noch wenige Klöckner-Kollegen bereit, zu dieser Kundgebung zu gehen. Noch Ende November waren ca. 1500 Klöckner-Kollegen im Anschluß an eine Betriebsversammlung für die 35-Stundenwoche durch die Stadt demonstriert.

Für die streikenden und ausgesperrten Kollegen in NRW waren die Kollegen in großem Maß bereit, Geld zu spenden. Sie bestanden darauf, daß das Geld direkt an die Kollegen ging, *„man weiß ja, wo das Geld bei der IGM landet“*. Es wurde den ausgesperrten Kollegen von Klöckner-Osnabrück übergeben. Den Kollegen von Hoesch-Dortmund und Mannesmann-Huckingen wurden Weihnachtsgeschenke gebracht. Die Kollegen, die mit Bussen die Stahlkollegen im Ruhrgebiet besucht hatten, berichteten in Bremen von der Verbissenheit, mit der die Kollegen dort den Streik durchführten — die Forderung nach Einbeziehung, aber auch die Kritik an der bisherigen Streikführung wurde lauter. Diese Zeit war bei den Kollegen ein ständiges Schwanken zwischen der Hoffnung, ohne Kampf an einem befriedigenden Ergebnis teilhaben zu können, und der Einsicht, daß dies ohne Einbeziehung aller Stahlwerke nicht möglich sei. Das Schwanken der IGM-Führung zwischen leerer Kraftmeierei und Eingehen auf faulste Kompromisse fand so bei den Kollegen seinen Niederschlag. Dann war es so weit: da die erschlichteten Kompromisse von Herrn Farthmann keine Mehrheit in der Großen Tarifkommission fanden, wollte die IGM-Führung nun aber mit Gewalt *„den Einstieg“* — sie führte drei Betriebe zusätzlich in den Streik! Darunter uns.

Der Streik

Nun sollten wir also in den Streik, in einer Situation, in der sich die IGM-Führung schon so weit auf die Kompromisse des Schlichters eingelassen hatte, daß ein wirklicher Durchbruch (*„der Einstieg“*) nur noch mit der Einbeziehung aller Metallkollegen, zumindest aber aller Arbeiter in der Eisen + Stahlindustrie unter unterschiedener Führung der IGM möglich gewesen wäre. Jedem Kollegen war klar, daß die 20 000 Mann aus den drei Hütten Thyssen-Edelstahl-Witten, Krupp-Bochum und Klöckner-Bremen nicht ausreichen würden, um den Durchbruch zu erzielen, auch wenn endlich 90% der Blechproduktion für die Autoindustrie bestreikt wurden. Jeder erwartete vor Beginn der Streikausweitung den *„faulen“* Abschluß. All die Aktivitäten, die Geldsammlungen, die Diskussionen, die Auseinandersetzungen um den Notdienst — wofür? Der Abschluß kam aber noch nicht, auf den letztmöglichen Termin vor dem Streikbeginn wurde in einer

Vertrauensleuteversammlung ein Streikpostenplan für den ersten Tag erstellt.

Da durch die Feiertage die Diskussion abgerissen war, wußte keiner mehr mit Sicherheit: Werden die Kollegen jetzt noch streiken?

Der 3. 1. 1979

Um 4.30 Uhr versammelten sich die Vertrauensleute und engagierte Kollegen im Streikzelt. Heimlich vorbereitete Koksöfen wurden an den Toren aufgestellt und von aus der Nachtschicht kommenden Kollegen mit herausgeschmuggeltem Holz gefüllt und angezündet (es waren immerhin 16° minus).

Der Arbeitsdirektor hatte sein Versprechen gebrochen und keinen Koks liefern lassen — seiner bezeugten Aussage nach sollten sich die Streikposten *»den Arsch abfrieren«*. Er war wütend, weil es ihm nicht gelungen war, die örtliche Streikleitung davon zu überzeugen, daß außer dem Notbetrieb an einem Hochofen auch der einschichtige Betrieb des Stahlwerks notwendig für die Erhaltung des Werkes wäre. So rächte er sich an seinen streikenden Gewerkschaftskollegen, weil seine Mitbestimmung im Werksvorstand durch solche *»Uneinsichtigkeit«* untergraben wird.

Die ersten PKW und Busse kommen. Die Kollegen der Frühschicht steigen aus und verstärken die Wachen an den Toren. Der einfahrende Notdienst wird so genau kontrolliert, daß sich binnen kurzem eine lange Autoschlange vor dem dafür offen gehaltenen Tor staut. Streikbrecher gibt es keine! Die Werkschutzkollegen sind so froh über jeden durchgelassenen Wagen, daß ihnen die Kollegen nicht auffallen, die mit ihrem eigenen PKW (wer hätte vor einem Tag daran auch nur im Traume gedacht, das geheiligte Gut dafür zu benutzen) in die Hütte fahren und im Kofferraum Koks herauszuschmuggeln. Es ist wirklich empfindlich kalt. Begeistert werden Kollegen von Hoesch-Dortmund begrüßt, die mit einem Bus angereist sind, um die Kollegen von Klöckner in der Streikfront zu begrüßen. Und sie bringen einen ihrer Koksöfen und zehn Säcke Koks mit.

Die Kollegen vor den Toren sehen aus dem Kamin des Stahlwerks Flammen schlagen; Das LD-Werk arbeitet! Nur schwer ist den Kollegen zu erklären, daß die Hochofen durch den Kälteeinbruch Störungen hatten und daß sie daher erst jetzt gedämpft werden können; das bis dahin erschmolzene Roheisen aber nicht anders als durch die Weiterverarbeitung im Stahlwerk beseitigt werden kann. Dafür werden sechs Schmelzen zugelassen. D. h. nach der Spätschicht am 3. 1. steht auch das Stahlwerk still. Die Kollegen glaubten es erst, nachdem in der Spätschicht keine Flammen und Erzstaubwolken mehr vom Stahlwerk aufsteigen. Daß der kleinste Hochofen gedrosselt weiterproduziert, akzeptieren die Kollegen. Sie wissen, daß dieser wegen seiner durchgeschauerten Ausmauerung nicht mehr außer Betrieb genommen werden kann — er würde in sich zusammenfallen. Daß das dort produzierte Roheisen entgegen den Vorstellungen des Werksvorstandes *»in die Wiese«* gekippt wird, befriedigt die Kollegen — *»das kostet bares Geld«*.

Es wird hell. In einem nicht mit der betrieblichen Streikleitung abgesprochenen Flugblatt hatte die IGM-OV die Kollegen für 8.00 Uhr zur Registrierung der Streikenden bestellt. Die meisten Kollegen stehen jetzt lieber nach den Registrierungskarten an, als vor den Betriebstoren.

Der Streik *»steht«*. Jeder erhofft jetzt Freizeit für sich — bezahlt durch die Gewerkschaft. Eine provisorische Einteilung als Streikposten wird von der betrieblichen Streikleitung zur Bedingung der Erlangung des Tagesstempels (nach dem Streikgeld bezahlt wird) gemacht. Viele Kollegen schimpfen.

Die Nachricht, daß LKWs, die Blech abholen sollen, an der Einfahrt gehindert werden müssen, bringt sie aber sofort an die Tore. Manche Kollegen stehen 12—16 Stunden an den Toren, viele nur 2 Stunden. Es ist kalt. Die Koks-klau-Touren in das Werk werden vom Werkschutz unterbunden. Bürger aus den angrenzenden Stadtteilen bringen Briketts und Koks. Einige tragen ihren Koks in *»UZ-Zeitung der DKP«*-Tragetaschen. Gegen Abend sieht der Werksvorstand, daß die Koksperre keine Wirkung hatte — der Koks wird geliefert.

An den Toren wird es merklich gemütlicher, die Diskussionen beginnen. Wenn wir jetzt schon streiken, muß auch was rauskommen, ist die Meinung der Streikposten. Die Verpfle-



gung der Streikposten mit Tee und Brötchen beginnt zu funktionieren. Vor allem auch deshalb, weil einige Frauen von Kollegen sich dies zur Aufgabe gemacht hatten. Das Chaos am Morgen und Vormittag des 3. 1. ist größer als man es beschreiben kann, jedoch am Abend ist aber klar: die Hütte steht still, der Streik steht und der Werksvorstand ist mit seiner Taktik auf den Bauch gefallen. *»Die haben wieder vor uns Respekt«*. Es finden sich genügend Kollegen, die bereit sind, die Nacht über Posten zu stehen.

4. 1. 79—7. 1. 79:

Vom Chaos über ein geordnetes Chaos zu einem richtig ordentlichen Streik

Die provisorisch (mit einfachen Abreißzetteln) eingeteilten Streikposten kommen tatsächlich, einige Kollegen mußten etwas länger auf ihre Ablösung warten, aber die Ablösung kam. Kollegen, die vorher nie in Erscheinung getreten waren, zeigten sich als routinierte Organisatoren ihrer Streikposten (*»bei uns am Tor 1«*).

Windschutzzelte wurden aufgestellt (an einem Tor sogar mit Teppichboden), organisatorische Absprachen wurden getroffen. (*»Morgen fahren wir zusammen«*) zwischen Kollegen, die sich auf der Hütte noch nie gesehen hatten. Der Hochofner, der Stahlwerker, der Walzer, der Steuermann, der Handwerker — sie erzählten von sich, ihrer Arbeit, ihren Sorgen, ihrer Familie — und dann von dem Ziel des Streiks: *»Der Rubel muß stimmen!«* *»Ist doch scheißegal, ob die das Einstieg in die 35-Stunden-Woche oder Abstieg aus der 40-Stunden-Woche nennen — Hauptsache, daß im Tarifvertrag steht, daß für die Arbeitszeitverkürzung Springerposten oder Reserveplätze geschaffen werden müssen!«* Aber auch: *»Die IGM verschaukelt uns sowieso — aber wir haben unseren Direktoren Flagge gezeigt, das sollen die sich merken!«* Und dann noch: *»N' guten Morgen, Jungs, Günaydin Arkadaslar!«* Die Beziehung der deutschen zu den ausländischen Kollegen war auch bei den spontanen Streiks nicht so gut wie nun bei diesem Streik, vielleicht waren es die Koksöfen, um die man sich nun drängen mußte, auf jeden Fall sprach man zum ersten Mal miteinander. *»Warum ich arbeite hier? Weil in Türkei keine Arbeit!«* Das wurde manchen deutschen Kollegen zum ersten Mal verständlich.

Ab dem 2. Steiktag entstand auf Drängen der Kollegen eine geregelte Streikposteneinteilung. Kollegen, die geschimpft hatten, weil sie für 2 Stunden zum Streikposten stehen eingeteilt wurden, schickten Kollegen nach Hause, die dort schon 8—10 Stunden standen. Man war sich einig: Ein Plan muß her! Für diesen Plan wurden ohne langes Fragen die geheiligten Kontrollkarten der IGM *»mißbraucht«* — auf der Wochentageinteilung wurden die *»Streikpostenschichten«* eingetragen. Diese Einteilung wurde erst ab Montag, den 8. 1. wirksam — das Wochenende vom 6./7.1. war durch die provisorische Streikposteneinteilung zu dünn besetzt, aber es kamen genügend Freiwillige, um auch am Wochenende (wieviele Schichtkollegen hatten sich auf ein freies Wochenende gefreut) die Tore zu besetzen. — Am Wochenende kamen auch viele Bürger an die Tore, um mit Kaffee, Kuchen und Buletten die Streikposten zu stärken. Die meisten wollten dabei nicht über die Buletten ihre politische Meinung an den

Mann bringen, sondern sich bei den Kollegen über das Ziel des Streiks und die Möglichkeit, noch mehr zu helfen, informieren.

Diese ersten vier Streiktage waren noch durch die Hoffnung getragen, zumindest durch den eigenen Kampf zu einem starken Rückzugsgefecht der IGM beizutragen, das sich in einem besseren Ergebnis ausdrücken sollte. Sonntagabend wurde dann der ausgehandelte Kompromiß bekannt.

8. 1.—10. 1.: Streik aus Prinzip

Montag früh um 6.00 Uhr rückte die erste »nach Plan« eingeteilte Streikpostenschicht (60 Kollegen pro Torbereich I und II, 10 Kollegen an einem Nebentor an. Selbst am Mittwoch, dem 10. 1., kamen die eingeteilten Kollegen noch zur Spätschicht an die Tore; die Kollegen wurden durch die Verantwortlichen nach Hause geschickt — einige blieben. Dabei waren viele Kollegen, die durch die provisorische Einteilung der ersten Tage nicht erfaßt wurden, auch bei ihnen war das Wachsen ihres Bewußtseins im aktiven Streik zu erleben. Allerdings muß gesagt werden, daß mit der zunehmenden Perspektivlosigkeit des Streiks die Kollegen begannen, die gespendeten Rumvorräte (für den Tee) zu bearbeiten. Einige Kollegen mußten nach Hause gefahren werden. Pharisäern, die sich über so etwas aufregen, sei gesagt, daß sie so einen Streik mal mitmachen sollten, dann würden sie es verstehen. Außerdem: Dieser Winter setzte zwangsläufig das an sich richtige Prinzip »Kein Sprit beim Streik« außer Kraft.

Aus der Sonntag-Nachtschicht und der Montag-Frühschicht forderten einige Kollegen, daß ein Bus bestellt und eine Delegation von Klöckner-Bremen zum Tagungsort der Großen Tarifkommission in Mülheim fahren sollte. Transparente wurden schnell gemalt, und es gelang tatsächlich, rechtzeitig nach Mülheim zu gelangen. Unsere Delegation wurde von den dort anwesenden Kollegen aus den Stahlbetrieben im Ruhrgebiet mit stürmischen Beifall begrüßt. Es waren ca. 1.500 Stahl-Kollegen in und vor der Stadthalle in Mülheim, von den sog. »Chaoten« aus den IGM-Streiknachrichten war nichts zu sehen. (Nach dieser Streikführung sollte die »Chaotenfrage« in der IGM neu diskutiert werden). Die Kollegen brüllten ihre Ablehnung dieses Kompromisses heraus, aber es war zu spüren: dieser Arbeitskampf war verloren.

Schon bevor die Große Tarifkommission ihre Entscheidung gefällt hatte, zogen sich Kollegen aus verschiedenen Betrieben zu ihren Bussen zurück und fuhren nach Hause. Da auch einige Kollegen von Hoesch-Westfalenhütte-Dortmund den Nachhauseweg antraten, entstand bei Bremer Kollegen der Verdacht: die DKP-Kollegen ziehen sich zurück und opfern die bleibenden Kollegen dem IGM-Vorstand als »Alibi-

Chaoten«. Das führte bei den Kollegen von Klöckner-Bremen zu einer Auseinandersetzung: bleiben oder nachhausefahren. Die Mehrheit entschied sich für »bleiben«. Minuten später wurde die Entscheidung der Großen Tarifkommission bekannt. Deprimiert fuhren wir, einer Einladung der Mannesmann-Kollegen folgend, nach Duisburg-Huckingen. Dort erlebten wir das, was wir in unserem Streik noch nicht geschafft hatten: Auf einer Versammlung eine von und mit allen Kollegen geführte Diskussion über die Ziele des Streiks. Das, was bei uns erst bei den Diskussionen an den Koksöfen zu reifen begann — die notwendige Diskussion über die Frage: »Arbeiter wie geht es weiter?« — Dort wurde sie viel weitgehender als bei uns geführt. Das müssen wir, räumlich, aber auch politisch isolierten Bremer Stahlarbeiter noch lernen. Es genügt nicht, einen fortschrittlichen Betriebsrat zu haben, wir müssen es lernen, auf der Ebene der gewerkschaftlichen Arbeit diese Politik auch Kollegen aus anderen Betrieben zu vermitteln und mit ihnen abzusprechen.

Urabstimmung und Ende des Streiks

Schon während der Urabstimmung wurde deutlich, daß sich ein großer Teil der Kollegen für Annahme des Kompromisses entscheiden würde. Dafür gab es zwei verschiedene Beweggründe:

1. Viele der Kollegen, die noch nicht in den aktiven Streik einbezogen waren, zogen es vor, einen nicht verstandenen, weil nicht ausgekämpften und nicht ausdiskutierten Kompromiß zu schlucken, bevor noch länger um ein Ziel gekämpft wird, das von »oben« sowieso schon aufgegeben wurde.
2. Kollegen sahen ziemlich klar, daß unter den gegebenen Umständen (Streikführung, Streikdauer) der Streik zu einem Fiasko hätte werden können, deshalb: Schluß jetzt. Deutlich war, daß die meisten Kollegen, die entweder durch die Einteilung oder freiwillig als Streikposten in die Auseinandersetzung einbezogen waren, diesen Kompromiß abgelehnt haben. Bei diesen entstand aber auch nach Bekanntwerden der Urabstimmungsergebnisse die Vorstellung: »Na ja, ein schlechter Kompromiß, aber wir sind stärker geworden. Was können wir jetzt aus diesem Mist im Betrieb machen?«

Am Tag nach der Urabstimmung wollte im Betrieb keiner mit »Ja« gestimmt haben. Dennoch hatten auf der Klöckner-Hütte Bremen 60,16 Prozent der Kollegen (1.714 von 2.849 abgegebenen Stimmen) mit »Ja« gestimmt — obwohl die Vertrauenskörperleitung das »nein« empfohlen hatte.

Aber, ohne Bert Brecht gelesen zu haben, sagten einige Kollegen sinngemäß: »Die wirklichen Auswege werden erst in der Sackgasse gefunden.«

Peine/Salzgitter wurde vom Stahlstreik kaum berührt

Der Stahlstreik ist an den Stahlbetrieben Peine / Salzgitter vorbeigegangen. Weder hat die Unternehmenseite, die seit kurzem dem Arbeitgeberverband Eisen und Stahlindustrie Düsseldorf angeschlossen ist, zum Mittel der Aussperrung gegriffen, noch hat die Gewerkschaft die Arbeiter und Angestellten in die Streikauseinandersetzungen geführt. Dabei wäre es in Peine und Salzgitter mindestens ebenso notwendig wie in Nordrhein-Westfalen, die Auseinandersetzung um die Arbeitsplätze mit anderen Methoden zu führen als mit Sozialplan-Verhandlungen.

Seit 1974 wurden bei P/S laut Salzgitter-Zeitung rund 3.800 Arbeitsplätze vernichtet. Nach Plänen des P/S-Vorstandes sollen »mittelfristig« weitere 970 Arbeitsplätze abgebaut werden. Nach gewerkschaftlichen Informationen sollen bis 1983 insgesamt 2000 Arbeitsplätze eingespart werden.

Bei dieser Entwicklung steht die IGM mit ihren Funktionären und Betriebsräten zwischen den Arbeitern auf der einen und den Unternehmern auf der anderen Seite. Die bisherige Politik des Betriebsrates, durch das Abschließen von Sozialplänen den Arbeitsplatzabbau für die Kollegen »erträglich« zu machen, kommt immer mehr in Gegensatz zu den Bedürfnissen der Kollegen und Kolleginnen im Betrieb.

Man kann in Salzgitter zwar noch nicht davon sprechen, daß die Gewerkschaftspolitik zwischen die Mühlsteine Arbeiter

und Unternehmer geraten würde, da der eine Mühlstein, eine aktive Belegschaft, noch fehlt. Doch ist bei Diskussionen über den letzten Tarifabschluß in der Belegschaft und auf den Vertrauensleuteversammlungen einiger Ummut der Kollegen über das Ergebnis und die Verhandlungsführung zu hören gewesen.

Auch tragen die Umstände, daß die Belastung des Einzelnen am Arbeitsplatz zunehmend größer, die Kolonnen immer kleiner werden, Auszubildende durch den Einstellungsstopp kaum mehr wie früher ihren Arbeitsplatz im Unternehmen finden, dazu bei, daß Salzgitter nicht mehr lange eine ruhige Insel bleiben wird.

Eine an den Bedürfnissen der Kollegen nach Sicherung ihrer Arbeitsplätze orientierte Gewerkschaftspolitik muß mehr darauf bedacht sein, die Belgschaft in die Auseinandersetzung mit einzubeziehen. In keiner Phase der Verhandlungen mit den Unternehmern kannten jedoch die Kollegen die »geheimen« Pläne der IGM. Die Betriebsräte hüllten sich in Schweigen. Die wenigen Flugblätter beschränkten sich auf allgemeine Tarifinformationen. Der Tarifvertrag für P/S endete einen Monat später als der für NRW und Klöckner Bremen. Der schleppende Verlauf der Verhandlungen für P/S zeigte, daß die örtliche Verhandlungsführung der IGM kein großes Interesse zeigte, den Anschluß an den Kampf in NRW zu

finden. Dementsprechend waren die Kollegen zum großen Teil der Ansicht, daß es in Salzgitter und Peine zu keinem Streik kommen würde.

Trotzdem hat noch kurz vor Ende des Streiks in NRW ein kurzer Warnstreik stattgefunden, an dem Elektrohauptwerkstatt, mechanische Hauptwerkstatt, Walzwerke II, III, IV und Gießerei mit circa 1800 Kollegen und Kolleginnen teilgenommen haben. In der «IGM-Information» vom 5. Januar steht etwas von »spontaner Versammlung«. Den Erfahrungen zufolge ist eine spontane eigene Handlung der Belegschaft in diesem Umfang bei der P/S im Augenblick kaum möglich, so daß die Vermutung aufkommt, daß dieser Warnstreik von oben veranlaßt wurde. Kaum daß das Unternehmen mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen drohte, nannte die IGM den Warnstreik schnell in «Informationsveranstaltung» um. Schon in den Nachbarbetrieben wußten die Kollegen nichts mehr über diesen «Informationswarnstreik». Sie waren auf Gerüchte angewiesen oder konnten sich erst am nächsten Tag durch ein IGM-Flugblatt (und ein begrenzter Kreis von Kollegen durch eine Vertrauensleutevollversammlung) informieren.

Auf die Kritik an IGM und Betriebsräten wird oft geantwortet, daß die Arbeiter in Salzgitter ja doch nicht bereit

seien zu streiken. Richtig daran ist, daß hier jahrzehntelang, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine Regung der Belegschaft zu spüren war. Daß aber soviel Kollegen den Warnstreik mitgemacht haben, zeigt, daß es durchaus möglich ist, die Arbeiter in Salzgitter für ein konsequentes Eintreten zur Erhaltung ihrer Arbeitsplätze zu gewinnen. Das Beispiel des Warnstreiks der 1800 Kollegen sollte zeigen, daß die IGM mit den Forderungen nicht allein dasteht, sondern daß die Kraft der Kollegen diese unterstützen würde — das ist nicht mehr als Säbelrasseln. Dazu gehörte auch, daß die IGM schon Anfang Dezember zur Abwehr der zu erwartenden Streikbrecherarbeit aufrief. Als jedoch während des Streiks in Erfahrung gebracht wurde, daß P/S Stahl an andere Abnehmer lieferte, als bisher üblich, geschah nichts. Die Verhandlungen für Peine / Salzgitter liefen noch einige Tage länger, bis der neue Tarifvertrag am 24. 1. abgeschlossen wurde. Da mußte noch etwas Wind gemacht werden, da es noch nicht sicher war, daß die Vorteile, die die P/S-Beschäftigten gegenüber den Kollegen in NRW (50 Prozent Urlaubsgeld und Wintertage) haben, erhalten blieben. Doch weitere Kampfmaßnahmen kamen nicht zustande, obwohl IGM-Bevollmächtigter Globig in Frankfurt gewesen sein und um »grünes Licht« für Streik nachgefragt haben soll.

Ach wie war es doch vordem . . . — Arbeitszeitverkürzung am Anfang des »Wirtschaftswunders«

Aus der Sonderbeilage der »Rundschau« zum 3. ordentlichen Bundeskongreß des DGB, Oktober 1954

Mit der 40-Stunden-Woche geht es besser

„Unsere Arbeiter in den Martin-Werken haben jetzt viel mehr Zeit, sich ihrer Familie zu widmen und am kulturellen Leben teilzunehmen“, erzählt der Betriebsratsvorsitzende des Hüttenwerkes Oberhausen in seinem kleinen einfachen Büro, durch dessen Fenster man die gewaltigen Anlagen eines der größten eisenschaffenden Unternehmens an der Ruhr erblickt. „Im Januar 1953 war es ein Experiment, als wir die Arbeitszeit der Hüttenleute von damals 53 bis 56 Stunden in der Woche auf 40 Stunden Normalarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich plus zwei entsprechend bezahlten Ueberstunden verkürzten. Selbst die Arbeiter waren mißtrauisch, da sie letzten Endes doch Lohninbußen befürchteten. Inzwischen aber hat sich dieser Versuch längst bewährt, und keiner, ob Unternehmensleitung oder Belegschaftsmitglieder, möchten es wieder rückgängig gemacht wissen.“

Jeder Arbeiter verfährt jetzt, wie der Betriebsrat berichtet, an vier Tagen hintereinander je eine Schicht und hat dann zwei Tage frei, bis er seine nächste Schicht — morgens, mittags oder abends — antritt. In einem Turnus von 16 Wochen arbeitet er damit höchstens 42 Wochenstunden in Schnitt. Die Einteilung der Schichten erfolgt für ein Jahr im voraus, so daß er und seine Familie frühzeitig über die Freizeit disponieren können. Der Verdienst ist je Stunde um 26 Prozent gestiegen, und der erste Schmelzer hat gegenwärtig einen Stundenlohn von 2,48 DM. Außerdem konnten in den beiden Martin-Werken 190 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Diese Umstellung hat nun — wie man erfährt — dem Werk keine Erhöhung der Produktionskosten gebracht, sondern im Gegenteil wirtschaftliche Vorteile, da sie es ermöglichte, die Erzeugung um 3500 t SM-Stahl monatlich zu steigern. Da gleichzeitig eine neue kontinuierliche Arbeitsweise über die Sonntage hinweg eingeführt wurde, können jetzt die früher am Wochenende ungenutzt abgeblasenen Energie- und Gasmengen, die als riesige Fackeln am Samstagabend über dem Revier leuchteten, restlos verwertet werden. Das erbringt für das Werk nicht nur erhebliche Ersparnisse, sondern beseitigt auch die zeitweise auftretenden und die Produktion behindernden Gasengpässe. Die Werksleitung beurteilt deshalb die Arbeitszeitverkürzung im Hinblick auf die Rentabilität des Unternehmens sehr günstig.

„Wir haben“, so sagt der Betriebsrat, „unsere Belegschaft immer wieder von Zeit zu Zeit befragt und festgestellt, daß sich die Arbeitszeitverkürzung in jeder Beziehung günstig auswirkte. Das Familienleben hat sich erfreulich entwickelt, die Kinder haben viel mehr von ihren Vätern, die Gärten und Wohnungen werden mehr gepflegt, und die geistigen Interessen sind reger geworden. Mehrere ärztliche Untersuchungen ergaben, daß sich ebenfalls der Gesundheitszustand der verkürzt tätigen Arbeiter wesentlich gebessert hat. So wurde im Durchschnitt eine Ge-

wichtszunahme von 3 Pfund je Belegschaftsmitglied ermittelt.

Von kirchlicher Seite Bedenken gegen die neue Arbeitsweise mit der Einbeziehung des Sonntags in den Turnus erhoben werden, weil man darin eine Beeinträchtigung des Kirchgangs zu erblicken glaubt, so sind diese unbegründet“, erklärt der Betriebsratsvorsitzende, der in der Katholischen Arbeiterbewegung steht. „Es ist sogar festzustellen, daß nach der Arbeitszeitverkürzung auch der Kirchgang reger geworden ist. Früher konnte dagegen bei einem Arbeiter, der 53 Stunden in der Woche hart gearbeitet hatte und dann auch noch von einer Nachtschicht am Sonntagmorgen heimkehrte, von wirklicher Freizeit am Sonntag keine Rede sein, da seine Erschöpfung viel zu groß war. Selbstverständlich kommt aber die durchgehende Arbeitsweise nur für die Stahlproduktionsbetriebe in Frage, deren Eigenart sie erfordert. Für alle anderen Betriebszweige streben wir dagegen die 5-Tage-Woche mit freiem Wochenende an.“

Das Beispiel von Oberhausen zeigt, daß die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Forderung nach der 40-Stunden-Woche in der Praxis möglich ist. Die ständig fortschreitende technische Modernisierung und die bei höherer Beanspruchung der Arbeitnehmer zu verzeichnende Produktivitätssteigerung lassen die Forderung nicht nur berechtigt erscheinen, sondern haben auch in den meisten Industriezweigen die Voraussetzung für ihre Erfüllung geschaffen. Zugleich kann damit der drohende Abbau von Arbeitskräften infolge der technischen und maschinellen Weiterentwicklung vermieden werden. Wenn dieses Problem bei den Beratungen des Frankfurter DGB-Kongresses eine bedeutende Rolle spielen wird, so sei daran erinnert, daß es schon einmal im Mittelpunkt einer gewerkschaftlichen Tagung stand.

Als dauernde Regelung zum Schutz der Arbeiterschaft gegen die nachteiligen Folgen der Rationalisierung und zugleich als Maßnahme gegen die damals ungeheuer anwachsende Arbeitslosigkeit forderte 1931 der 14. Kongreß des ADGB zu Frankfurt am Main die Einführung der 40-Stunden-Woche. Die Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit wurde also bereits vor 23 Jahren nach dem Stande der Technik und der Arbeitsorganisation als gerechtfertigt und sozialpolitisch notwendig bezeichnet. Man weigerte sich allerdings, diesen gewerkschaftlichen Standpunkt anzuerkennen, die Krise verschärfte sich und führte schließlich zur politischen Katastrophe. Heute in einer ganz anderen wirtschaftlichen Situation sollte bei gutem Willen die Aufgabe der Arbeitszeitverkürzung kein unlösbares Problem mehr darstellen, nachdem die USA mit 36 bis 38, Schweden mit 40 bis 42, Frankreich mit 40 bis 42 und England mit 42 bis 45 Arbeitsstunden in der Woche längst diesen Weg beschritten haben.

Walter Fritze